Informationen zur politischen Bildung / izpb
bpb.de/izpb
B6897F
367
3/2026



Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft









Inhalt

4
Einleitung

6
Aufstieg der NSDAP

28
Machteroberung 1933

42
Nationalsozialistische Gesellschaft

58
Früher Widerstand, Terror und Verfolgung

74 Literatur und Material
74 Der Autor
75 Bildnachweise, Impressum

Zu diesem Heft

Der Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik und die anschließende Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes ab 1933 führen vor Augen, was geschehen kann, wenn eine Demokratie sich nicht ausreichend gegen autoritäre Kräfte zu wehren weiß, und wie schnell demokratische und rechtsstaatliche Strukturen durch Manipulation und Gewalt außer Gefecht gesetzt und schließlich durch eine Diktatur ersetzt werden können.

Rohe Gewalt, die gnadenlose Ausgrenzung und Verfolgung von politischen Gegnerinnen und Gegnern, von Menschen, die Widerstand leisteten sowie von jenen Menschen, die nicht in die rassistische und antisemitische Vorstellung der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ passten, prägten diese Zeit. An vielen Stellen in dieser Ausgabe wird greifbar, wie die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten die Leben dieser Menschen angriff oder zerstörte. Ebenfalls zeigt sich, wie Menschen begeistert mitmachten, versuchten, von den Ereignissen zu profitieren oder sich anpassten.

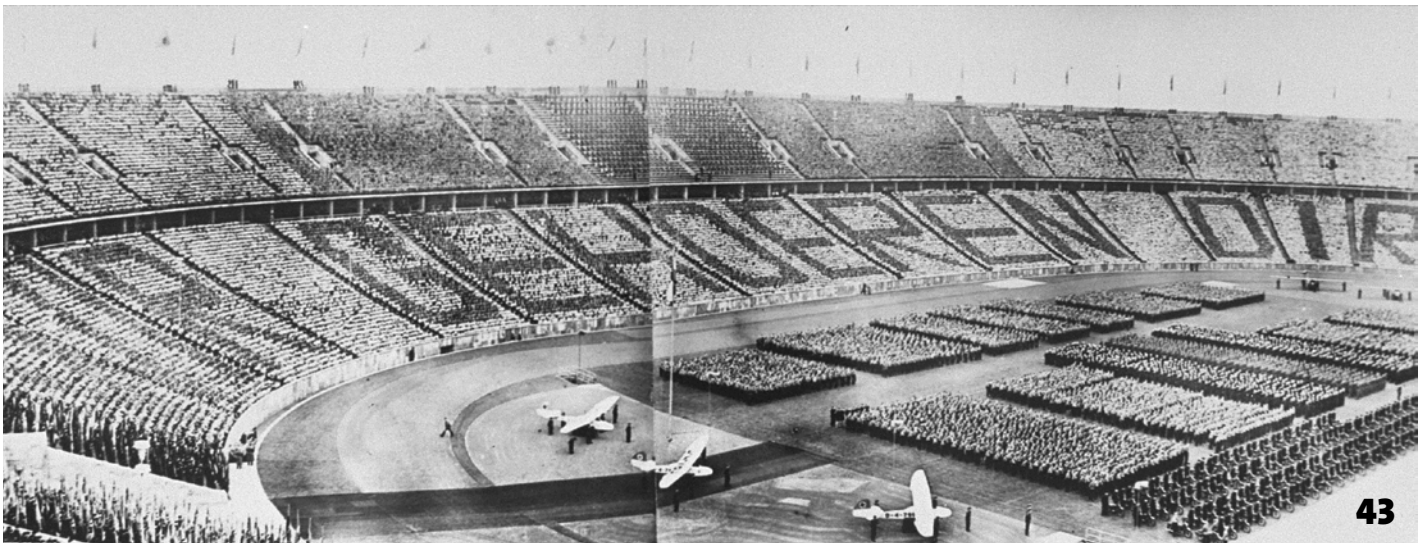
Die Nationalsozialisten verstanden es, sich zu inszenieren. In einer Zeit, in der große Teile der Bevölkerung unter Unsicherheit und wirtschaftlicher Not litten, gelang es ihnen, die Gefühle vieler Menschen anzusprechen und ihr Vertrauen zu gewinnen, wobei Gewalt und Ausgrenzung als Wahlversprechen dienten. Durch das Anknüpfen an romantisierte Vorstellungen charismatischer Anführer stilisierten sie Adolf Hitler zum „Führer“, der sein Volk aus der Not führen werde. Mediengewandtheit verschaffte ihnen eine enorme Präsenz: Mit gewalttätigen Aktionen auf der Straße erhielten sie mediale Aufmerksamkeit. Propagandistische Fotos und Filme zeigten die Welt so, wie die Nationalsozialisten sie präsentieren wollten. Mit massenhaft gedruckten Plakaten und durch Radioübertragung von aufpeitschenden Reden drangen sie mit ihren Botschaften bis in den privaten Raum vor. Manche dieser Inszenierungen wirken bis heute nach, wie ihre Versuche, sich als Vertreter der Arbeiter darzustellen, oder der bewusst kultivierte Mythos, die Nationalsozialisten hätten die Gesamtheit einer geschlossenen deutschen „Volksgemeinschaft“ repräsentiert. Diese Scheinbilder zerfallen jedoch, sobald man das Handeln der Nationalsozialisten und dessen Folgen näher betrachtet.

Diese Ausgabe thematisiert den Aufstieg und die ersten Jahre des nationalsozialistischen Regimes bis zum Frühjahr 1939. Sie gibt einen Überblick darüber, wie der Nationalsozialismus sich nach dem Ersten Weltkrieg neben anderen faschistischen und völkischen Bewegungen Europas entwickelte, unter Aneignung des demokratischen Systems der Weimarer Republik an die Macht kam und wie die Nationalsozialisten einen autoritären Staatsapparat aufbauten, dessen Verfolgungsinstrumente sich immer weiter verschärften und den Weg für den Holocaust ebneten. Historische Quellen geben einen Einblick in die Lebensrealität der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen sowie in das Gedankengut, das viele Menschen prägte.

Eine Fortsetzung dieser Ausgabe erscheint im Frühjahr 2027.

Charlotte Wittenius

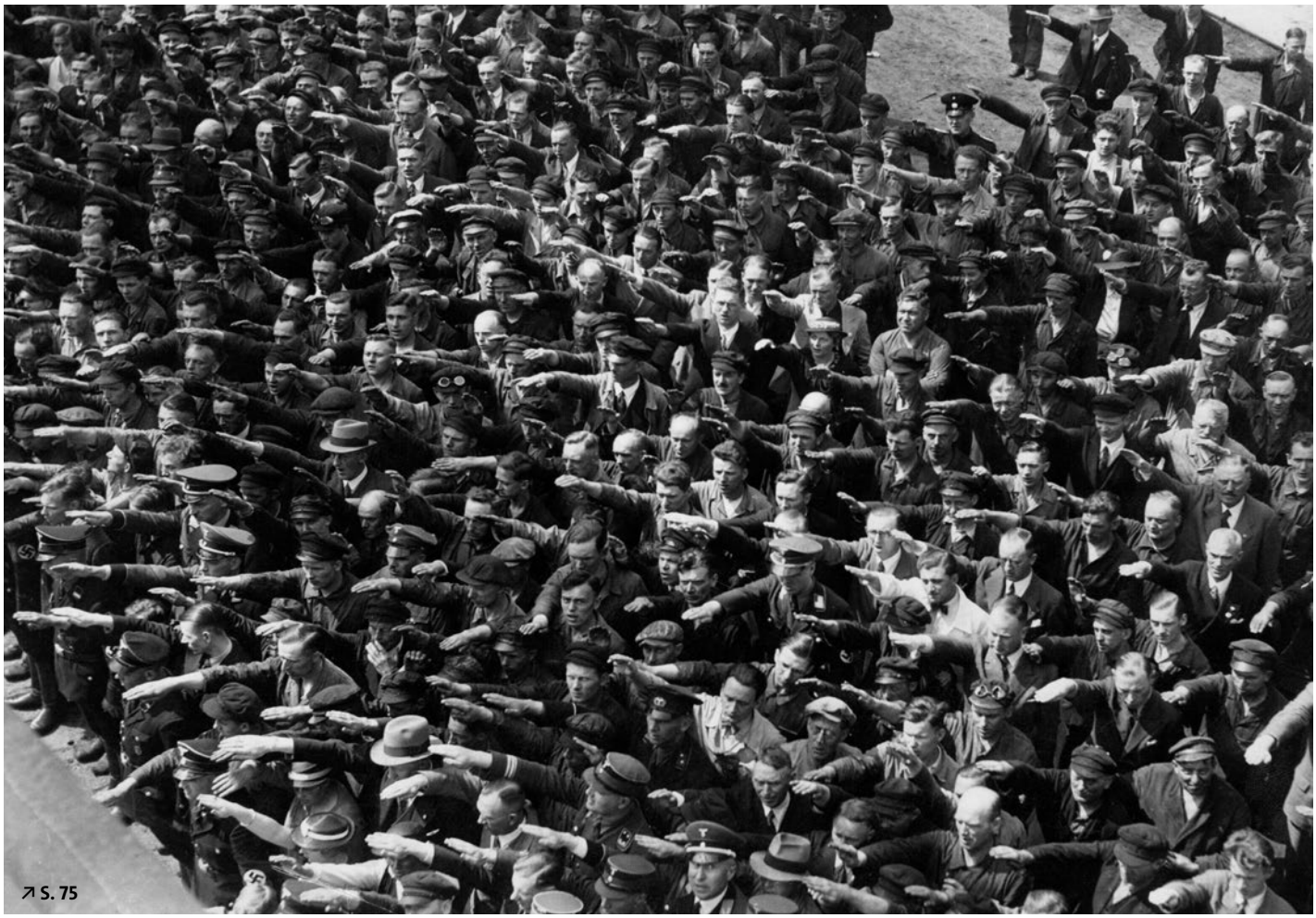
Digitale Version dieses Hefts unter:
www.bpb.de/581646



MICHAEL WILDT

Einleitung

Ohne die Zustimmung vieler wäre der Wahlsieg der NSDAP 1933 nicht möglich gewesen. Ausgrenzung, Verfolgung, Terror und Gewalt prägten die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaft von Beginn an.

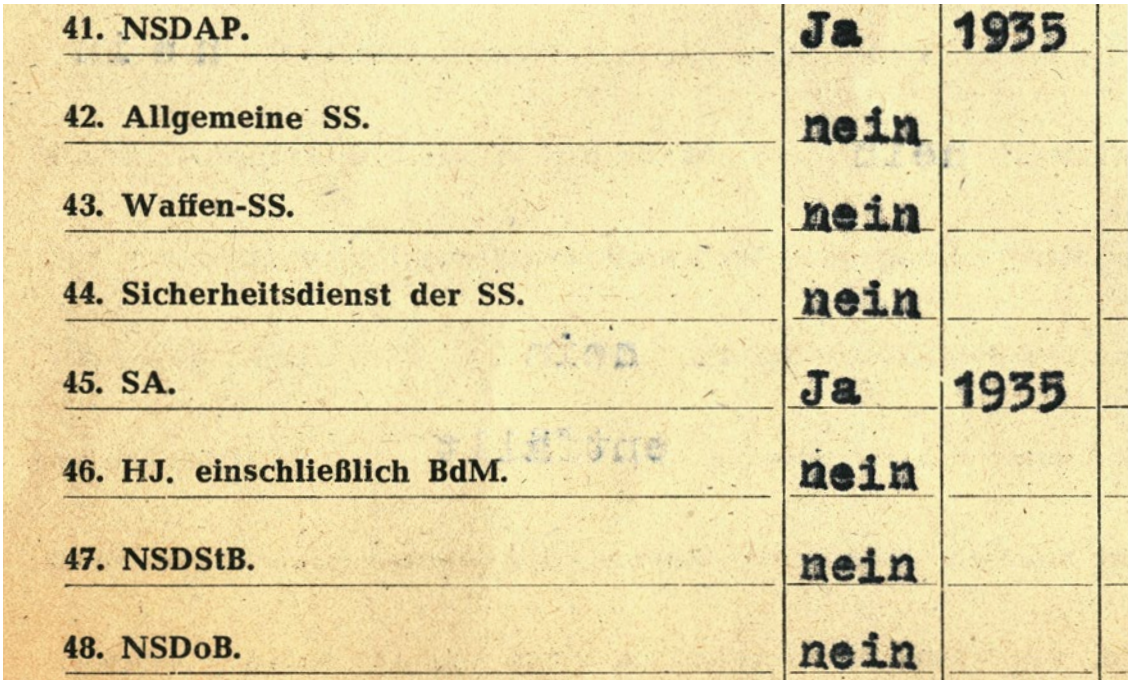


↗ S. 75

Konformität der Massen und individuelle Verweigerung

Konformität und Verweigerung – das Umschlagfoto zeigt Arbeiter der Hamburger Werft Blohm & Voss beim Stapellauf des Marineschulschiffs „Horst Wessel“ am 13. Juni 1936. Zu dem Ereignis war selbst der „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler angereist, ebenso wie etliche ranghohe Militärs und Parteiobere. Des Weiteren waren Ehrenkompanien der Wehrmacht, der SA und der SS angetreten. Zum Höhepunkt der Großveranstaltung, als das Schiff zu Wasser gelassen und die Nationalhymne gespielt wurde, hoben alle den Arm zum sogenannten deutschen Gruß – nur einer nicht. Auf dem Bild ist ein Mann zu erkennen, der die Arme verschränkt hält.

Wer dieser Mann ist, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Irene Eckler meinte ihren Vater August Landmesser zu erkennen, der seine jüdische Verlobte Irma Eckler wegen der Nürnberger Gesetze von 1935 nicht heiraten durfte. Die Töchter Ingrid und Irene kamen außerehelich zur Welt. August Landmesser wurde 1938 denunziert, wegen „Rassenschande“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und dann als Soldat an die Front geschickt, wo er seit 1944 als verschollen galt. Irma Eckler wurde 1938 ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gebracht und 1942 ermordet. Aber auch eine andere Hamburger Familie glaubte, in dem Mann mit den verschränkten Armen ihren Verwandten Gustav Wegert identifizieren zu können, der nachweislich als Schlosser bei Blohm & Voss gearbeitet hatte und als gläubiger Christ aus religiöser Überzeugung den Hitlergruß verweigerte.



41. NSDAP.	Ja	1935
42. Allgemeine SS.	nein	
43. Waffen-SS.	nein	
44. Sicherheitsdienst der SS.	nein	
45. SA.	Ja	1935
46. HJ. einschließlich BdM.	nein	
47. NSDStB.	nein	
48. NSDoB.	nein	

Ob die eigenen Vorfahren Mitglieder in der NSDAP oder einer anderen nationalsozialistischen Organisation waren, kann in der Datenbank der NSDAP-Mitgliederkartei nachvollzogen werden, etwa unter catalog.archives.gov/id/12044361. Beispiel eines Fragebogens aus der Entnazifizierung

Doch unabhängig davon, um wen es sich bei diesem Arbeiter handelt, besitzt dieses Bild eines unbekannten Fotografen eine starke Aussagekraft. Denn es zeigt zum einen die hohe Bereitschaft mitzumachen, den Arm zum „Hitlergruß“ zu heben, wenn es verlangt war; und zum anderen die durchaus vorhandenen, alltäglichen Handlungsmöglichkeiten, sich dem Druck zur Gleichförmigkeit zu entziehen. Selbst bei den vielen erhobenen Armen lassen die individuellen Haltungen auf ganz unterschiedliche Grade der Zustimmung schließen.

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ war so einheitlich nicht, wie die nationalsozialistischen Machthaber glauben machen wollten. Trotz aller Gleichheitspropaganda gab es nach wie vor große soziale Unterschiede. Einige Menschen versuchten, der umfassenden gesellschaftlichen Organisierung zu entgehen, zogen sich ins Private zurück, bewahrten, wie der Historiker Alf Lüdtke es nannte, ihren „Eigensinn“. Aber nur wenige leisteten aktiven Widerstand.

Dem nationalsozialistischen Versprechen von Aufstieg, nationaler Einheit und Gemeinschaft standen Gewalt, Terror und Verfolgung zur Seite. Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, sogenannte „Asoziale“ und Menschen mit körperlichen oder kognitiven Beeinträchtigungen sollten nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehören und wurden als „Fremdvölkische“ und „Gemeinschaftsfremde“ gnadenlos ausgegrenzt, verfolgt und ermordet. Antisemitismus und Rassismus sind der Kern des Nationalsozialismus. Gemeinschaftsversprechen und Gewalt bilden somit einen untrennbaren Zusammenhang nationalsozialistischer Herrschaft.

Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, Zustimmung und Terror, „Volksgemeinschaft“ und Ausgrenzung, Zugehörigkeit und Verfolgung sind die Themen dieses Heftes. Der Sieg des Nationalsozialismus 1933 war kein unausweichlicher Prozess. Auch die große Zustimmung zum NS-Regime bedeutete keineswegs, dass nicht auch Widerstand, Ablehnung und alltägliche Zivilcourage möglich waren. Militarisierung und Gewalttätigkeit waren bereits im Kaiserreich angelegt, wurden durch den Ersten Weltkrieg verstärkt und prägten auch die Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik. Aber erst die nationalsozialistische Herrschaft schuf gewaltsame Strukturen, die die deutsche Gesellschaft zunehmend prägten. Der Novemberpogrom 1938 legte offen, wie sehr sich diese Gesellschaft im Nationalsozialismus innerhalb weniger Jahre verändert hatte, wie gewalttätig der Antisemitismus bereits war, bevor Krieg und Holocaust begannen.

Mehr Informationen zur Weimarer Republik gibt es in der IzpB 346:
www.bpb.de/332801



Hinweis auf diskriminierende Inhalte in historischen Quellen !

In diesem Heft werden an einigen Stellen nationalsozialistische Quellen zitiert und abgebildet, wie beispielsweise Auszüge aus Reden und Propagandamaterial. Die diffamierenden und menschenverachtenden Inhalte dieser Aussagen und Abbildungen wurden unverändert übernommen. Propagandamaterial mit diskriminierenden Darstellungen ist durch Ausrufezeichen gekennzeichnet. Historische Fotos sind nicht gekennzeichnet und werden durch Bildunterschriften eingeordnet.

MICHAEL WILDT

Aufstieg der NSDAP

In den Nachwehen des Ersten Weltkriegs gründete sich die NSDAP und verbreitete schon bald ihre völkische Ideologie – in Reden, ihrem Parteiprogramm und bei paramilitärischen Aktionen der SA.



↗ S. 75

Mehr Informationen zum Ersten Weltkrieg unter: www.bpb.de/157601

Der Nationalsozialismus war eine Geburt des Ersten Weltkriegs. Überall in Europa entstanden nach dem Krieg faschistische Bewegungen, die sich in ihrer antikommunistischen Stoßrichtung, in ihrem „Führerglauben", ihrer gewalttätigen Politik und ihrem völkischen Nationalismus sowie in ihrer Ablehnung einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft ähnelten. Die Bezeichnung Faschisten erhielten sie durch die italienischen *Fasci di combattimento* (= Kampfbünde), die Benito Mussolini (1883–1945) 1919 gegründet hatte und mit denen er 1922 an die Macht gelangt war.

Der Erste Weltkrieg war eine tiefgreifende historische Zäsur für Europa. Da die Kolonien der europäischen Großmächte in den Krieg einbezogen wurden, hatte er auch eine globale Dimension. Begonnen mit der Illusion eines kurzen Waffengangs entwickelte sich rasch ein industrialisierter Krieg mit Millionen Toten. Da aus deutscher Sicht die Fronten außerhalb des Deutschen Reiches verliefen, täuschten sich viele über den Verlauf und glaubten der Kriegspropaganda, dass der Sieg sicher sei. Erst im Sommer 1918 gestanden die führenden deutschen Generäle Paul von Hindenburg

(1847–1934) und Erich Ludendorff (1865–1937) ein, dass der Krieg verloren sei. Doch entzogen sie sich ihrer Verantwortung und überließen es der zivilen Reichsregierung, bei den Siegermächten um einen Waffenstillstand zu bitten, der am 11. November 1918 unterzeichnet wurde. Für viele Deutsche war jedoch die Armee unbesiegt geblieben und angeblich von hinterhältigen Verbrechern an der „Heimatfront“ verraten worden, die Streiks angezettelt und den Kampfwillen untergraben hätten.



Ausrufung des Kriegszustandes vor der Münchner Feldherrenhalle 1914. Der Fotograf Heinrich Hoffmann montierte möglicherweise Hitler vor der Erstveröffentlichung des Bilds in einer NS-Propagandabroschüre 1936 nachträglich hinein.

Aufbrüche und Belastungen der Republik

Das Ende des deutschen Kaiserreiches und die Revolution von 1918 hatten bei vielen sozialdemokratisch oder liberal gesinnten Deutschen Hoffnungen auf eine demokratische und soziale Republik geweckt. Der provisorisch regierende Rat der Volksbeauftragten, gebildet aus Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die sich 1917 von der sozialdemokratischen Mehrheit abgespalten hatten, weil diese den Krieg unterstützten, verkündete sogleich im November 1918 das freie, gleiche Wahlrecht, nun auch für Frauen. Gewerkschaften und Unternehmen vereinbarten den Acht-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. Die in der Revolution im ganzen Reich entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte befürworteten mehrheitlich eine parlamentarische Demokratie, beharrten aber auf einer Demokratisierung der Armee und auf der Verstaatlichung der Schwerindustrie als wirtschaftlichen Schlüsselfaktor (↗ S. 8).

„Dolchstoßlegende“

Schon während des Krieges gewann der Antisemitismus, insbesondere der Vorwurf, „jüdische Schieber“ und „Kriegsgewinnler“ verdienten Millionen, während die Bevölkerung hungern müsste, rasch an öffentlicher Resonanz. Tatsächlich war das deutsche Kaiserreich auf einen mehrjährigen Krieg nicht vorbereitet gewesen. Schon bald mangelte es an Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern. Arbeiterinnen und Arbeiter protestierten mit Streiks gegen die schlechten Lebensbedingungen; Frauen demonstrierten vor Lebensmittelgeschäften. Antisemitismus war weit verbreitet, demzufolge „die Juden“ angeblich für die Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich seien und die „Heimatfront“ schwächten. Als sich nach dem unerwarteten Eingeständnis der Obersten Heeresleitung, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden

Faschismus

Der Begriff ist abgeleitet vom lateinischen *fasces* (Bund, Bündel), das im 19. Jahrhundert als Symbol für die Einheit der italienischen Nation stand. Benito Mussolini gründete 1919 die *Fasci di combattimento* als nationalistische Sammlungsbewegung, deren Gewaltmilizen Großgrundbesitzern und Unternehmern als antisozialistische Kampforganisation dienten.

Nach der Machtübertragung an Mussolini 1922 blieb der Begriff „Faschismus“ zunächst auf Italien beschränkt, weitete sich im Laufe der 1920er-Jahre aber auch auf militant-nationalistische Gruppen in Europa wie zum Beispiel die *British Fascists* aus. Nach der nationalsozialistischen Machteroberung 1933 und dem Sieg Francisco Francos (1892–1975) im Jahr 1939 über die republikanischen Kräfte im spanischen Bürgerkrieg wurden auch diese Regime als faschistisch bezeichnet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bezog sich der Begriff „Faschismus“ auf extrem nationalistische Bewegungen in Europa in der Zeit zwischen 1918 bis 1945, die Demokratie und liberalen Pluralismus ebenso wie Sozialdemokratie und Kommunismus radikal ablehnten und ein völkisches Verständnis von Nation besaßen, das in rassistischer und antisemitischer Perspektive gesellschaftliche Minderheiten ausgrenzte und einen „gesunden Volkskörper“ anstrebte. Als Mittel ihrer Politik setzten diese Bewegungen rücksichtslos Gewalt ein, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte lehnten sie ab.

Aber auch Regime, die nach 1945 entstanden, wie die Militärdiktaturen in Brasilien (1964–1985), Chile (1973–1990), Argentinien (1976–1983) oder Griechenland (1967–1974), in denen Oppositionelle verfolgt, gefoltert und ermordet wurden, wurden von ihren Gegnerinnen und Gegnern als faschistisch bezeichnet.

Unter anderem daher gibt es in der Wissenschaft bis heute vielfältige, durchaus kontroverse Auffassungen, wie Faschismus definiert werden soll. Mal trat in diesen Definitionen die faschistische Ideologie in den Vordergrund, mal die faschistische Praxis; mal wurde Faschismus als internationale Bewegung verstanden, mal konkret auf ein Land bezogen. Es erwies sich, dass faschistische Bewegungen keineswegs nur reaktionär rückwärtsgewandt waren, sondern moderne Technologien vereinnahmten und förderten. Einerseits verklärten faschistische Führer die Vergangenheit, romantisierten das ländliche Leben. Andererseits benutzten sie moderne technologische Mittel, um ihre Ideologie zu verbreiten, die Bevölkerung zu kontrollieren und Kriege zu führen, und betrieben eine selektive wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik, die zum Beispiel kinderreiche Familien unterstützte, die einem „gesunden Volkskörper“ entsprachen. Faschismus ist daher, wie der Historiker Arnd Bauerkämper hervorhebt, nicht nur als Widerstand gegen gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zu verstehen, sondern kann im Gegenteil auch als ihr gewalttätig radikaler Ausdruck gefasst werden.

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer gerechten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

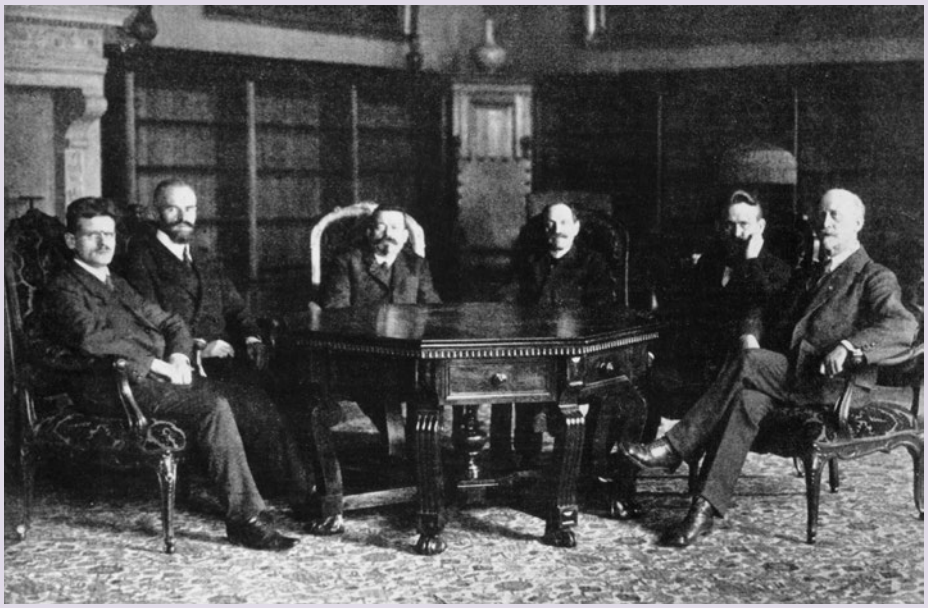
Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

Friedrich Ebert, Hugo Haase, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg, Wilhelm Dittmann, Emil Barth, Aufruf des Rates der Volksbeauftragten „An das deutsche Volk", Berlin 1918. Online: www.1000dokumente.de/Dokumente/Aufruf_%E2%80%9EAn_das_deutsche_Volk%E2%80%9C_des_Rats_der_Volksbeauftragten



Der Rat der Volksbeauftragten, fotografiert am 11. November 1918. V. l. n. r.: Emil Barth, Otto Landsberg, Friedrich Ebert, Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Philipp Scheidemann

könne, plötzliche Ernüchterung einstellte, wurden „die Juden“ ebenso wie „die Linke“ für die Niederlage verantwortlich gemacht. Revolutionäre mit jüdischer Herkunft wie Rosa Luxemburg (1871–1919), Hugo Haase (1863–1919) oder Eugen Leviné (1883–1919) schienen die antisemitische wie antikommunistische Weltsicht zu bestätigen, dass es „jüdische Bolschewisten“ seien, die den kämpfenden deutschen Soldaten bildlich gesprochen einen „Dolch in den Rücken“ gestoßen hätten. Diese „Dolchstoßlegende“, die den wahren Sachverhalt umdrehte, bildete eine der giftigsten antisemitischen Propagandalügen der nationalistischen und völkischen Rechten (↗ S. 10).

Aufstände und Putschversuche

Die erhoffte Verstaatlichung der Schwerindustrie blieb jedoch aus. Zudem traute die sozialdemokratische Führung eher der alten militärischen Elite zu, die Sicherheit der jungen Republik zu gewährleisten. Statt eigene republiktreue Militärverbände aufzubauen, verließ sich die Regierung auf sogenannte Freikorps, die sich aus demobilisierten Soldaten, die nicht ins Zivilleben zurückkehren wollten, gebildet hatten und die Republik eher stürzen wollten als sie zu schützen. Diese Freikorps wurden vor allem zur gewalttätigen Niederschlagung von Aufstandsversuchen der radikalen Linken eingesetzt, die an dem Ziel einer Räterepublik festhielten und für kurze Zeit in Bremen und München die Macht errangen.

Die kurze Einigkeit, die sich in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 äußerte, in denen die MSPD stärkste Partei wurde und zusammen mit dem katholischen Zentrum und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) eine verfassungstreue Regierung bilden konnte, war rasch vorbei. Die Feinde der Republik auf der rechten Seite, ermuntert durch die militärischen Erfolge gegen linke Aufständische, glaubten die Zeit reif für den Staatsstreich. Im März 1920 marschierte das Freikorps Ehrhardt mit Unterstützung des Reichswehrchefs in Berlin, General Walther Freiherr von Lüttwitz (1859–1942), in die Reichshauptstadt ein. Doch brach der Putschversuch am Widerstand der Zivilgesellschaft zusammen: Ein Generalstreik im ganzen Reich brachte die Putschisten endgültig zu Fall. Der Staatsstreich von rechts war durch eine republikanische Loyalität „von unten“ verhindert worden.

Gewerkschaften und streikende Arbeiterinnen und Arbeiter sahen nun die Gelegenheit gekommen, um grundlegende Reformen durchzusetzen, und führten den Streik fort. Im Ruhrgebiet übernahmen sogar bewaffnete Arbeitermilizen örtlich die Macht. Wieder ließ die Regierung Freikorps, darunter jene Einheiten, die eben noch gegen die Republik geputscht hatten, gegen die Streikenden marschieren und vor allem im Ruhrgebiet den Aufstand blutig niederschlagen. Als am 6. Juni 1920 der erste Reichstag gewählt wurde, erlitt die MSPD eine schwere Niederlage, während die linke USPD ihre Stimmen mehr als verdoppelte. Ebenso gewannen rechte Parteien deutlich an Zustimmung. Die republiktreue sogenannte Weimarer Koalition aus MSPD, DDP und Zentrum verlor ihre parlamentarische Mehrheit und sollte sie im Verlauf der Weimarer Republik auch nicht wieder zurückgewinnen. Antidemokratische Gruppen hingegen erhielten Zulauf.

Vertrag von Versailles

Eine schwere Bürde der jungen Republik bildete der Versailler Friedensvertrag. Ohne dass eine deutsche Delegation hatte mitverhandeln können, wurde im Mai 1919 von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges das Ergebnis der Friedensverhandlungen präsentiert. Dieses sah massive Gebietsabtretungen vor, was mit einem empfindlichen Verlust von Kohle- und Erzvorkommen sowie industriellen Ressourcen einherging. Westpreußen fiel an Polen, Frankreich erhielt Elsass-Lothringen zurück. Die

„Jüdischer Bolschewismus“

[...] Der Judäo-Bolschewismus, auch jüdischer Bolschewismus genannt, war ein antisemitisches Verschwörungskonzept, das während der Russischen Revolution 1917 aufkam und sich schnell verbreitete. Juden hätten den Kommunismus erfunden, um die alte Ordnung zu zerstören und die Weltherrschaft zu übernehmen, behaupteten die Konterrevolutionäre. Der Zerfall des Zarenreichs, die Oktoberrevolution, der anschließende Bürgerkrieg – all das sei Plan der jüdischen Verschwörung gewesen.

Die Konterrevolutionäre stützten sich dabei auf ein uraltes Vorurteil vom bösen Juden, erklärt der US-amerikanische Historiker Paul Hanebrink von der Rutgers University in New Jersey: „Schon lange vorher schrieb man den Juden alle möglichen schlechten Intentionen zu. Der Judäo-Bolschewismus war somit eine moderne Ausprägung eines noch viel älteren Mythos.“

[...] Dieser Mythos hatte für die Juden in Mittel- und Osteuropa furchtbare Folgen. Rund 180.000 Juden kamen damals bei Pogromen von konterrevolutionären Weißgardisten und den Anhängern der ukrainischen Nationalregierung ums Leben.

Auch in vielen anderen europäischen Ländern und in den USA stieß die Vorstellung vom Judäo-Bolschewismus auf fruchtbaren Boden. Jüdische Minderheiten wurden vielerorts diskriminiert und Juden, die vor der Verfolgung in Osteuropa geflohen waren, wurden von anderen Ländern nicht aufgenommen, weil sie das „Virus der Revolution“ in sich tragen könnten und somit potentielle Unruhestifter seien, beschreibt Paul Hanebrink die Situation nach dem Ersten Weltkrieg.

Auch Hitler [d.h. die Nationalsozialisten, Anm. d. Red.] bediente sich bei diesem kruden Konzept: Er rechtfertigte Gewalt gegen Juden und Kriegshandlungen gegen die Sowjetunion als präventive Schutzmaßnahme gegen die „jüdisch-bolschewistische Bedrohung“ aus der Sowjetunion, die gegen den ethnischen Nationalismus gerichtet sei und ganz Europa „asiatischen Barbarenhorden“ unterwerfen wolle – angeführt natürlich von jüdischen Kommunisten. Eine gedankliche Basis auch für seine Verfolgung und Ermordung von Millionen Juden. [...]

Hanna Ronzheimer, „Feindbild: Jüdischer Kommunist“, in: ORF Science vom 17. Januar 2020. Online: https://science.orf.at/v2/stories/2997274/

Generalfeldmarschall von Hindenburg zu den Schuldfragen des Weltkrieges, 18. November 1919

Mit seiner Aussage in einer öffentlichen Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im November 1919 bekräftigt Hindenburg die Erzählung der „Dolchstoßlegende".

„[…] Die Sorge, ob die Heimat fest genug bliebe, bis der Krieg gewonnen sei, hat uns von diesem Augenblicke an nie mehr verlassen. Wir erhoben noch oft unsere warnende Stimme bei der Reichsregierung. In dieser Zeit setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen. […]

Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. […] Ein englischer General sagte mit Recht: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden." Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewunderungswürdig wie die des Offizierkorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruche des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg.

Das ist die große Linie der tragischen Entwicklung des Krieges für Deutschland nach einer Reihe so glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahlreichen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist. […]"

Zitiert nach: Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung, 14. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, Berlin 1919, S. 731. Online: www.1000dokumente.de/Dokumente/Erkl%C3%A4rung_des_Generalfeldmarschalls_von_Hindenburg_vor_dem_Parlamentarischen_Untersuchungsausschuss_(Dolchsto%C3%9Flegende)



Darstellung des „Dolchstoßes" auf einer Postkarte um 1923. Die Karikatur zeigt den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann mit erhobenem Dolch im Rücken der Soldaten. Zustimmung erhält er vom überzeichnet dargestellten Zentrumspolitiker Matthias Erzberger. Im Hintergrund sitzen antisemitisch gezeichnete vermeintliche Anstifter der Tat.



Todesgefahr mitten in der Stadt: Im März 1920 besetzen Freikorpsverbände die Reichshauptstadt Berlin, um den Sturz der gewählten Regierung zu erzwingen.

ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika, in Ozeanien und in China wurden unter das Mandat des Völkerbundes gestellt, ebenso das Saarland, dessen Bevölkerung fünfzehn Jahre später entscheiden sollte, ob sie zu Frankreich oder Deutschland gehören wollte. Für Oberschlesien wurde eine Volksabstimmung im Jahr 1921 beschlossen, in der eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Deutschland votierte. Dennoch teilten die Alliierten die Region und schlugen die industriellen Teile Oberschlesiens Polen zu. Das künftige deutsche Heer sollte höchstens 100 000 Mann umfassen. Zudem wurden dem Deutschen Reich hohe Reparationszahlungen auferlegt, und es hatte zu akzeptieren, dass es die alleinige Kriegsschuld trug.

Die Empörung in Deutschland über den Vertrag war groß. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Philipp Scheidemann (1865–1939) sagte, dass einem deutschen Politiker die Hand verdorren müsse, wenn er diesen Vertrag unterschriebe – und trat zurück. Doch die Drohung der Alliierten, in Deutschland einzumarschieren, wenn der Vertrag nicht unterschrieben würde, ließ der Reichsregierung keine Wahl. Nachdem der Reichstag mehrheitlich für die Annahme gestimmt hatte, wurde der Vertrag am 28. Juni 1919 unterzeichnet.

Obwohl die britische und die US-amerikanische Regierung die Notwendigkeit von Nachverhandlungen über den Zahlungsmodus der Reparationsforderungen schon bald anerkannten und verhindern wollten, dass das Deutsche Reich durch eine hohe Schuldenaufnahme ökonomisch in die Krise geriet, blieb der Versailler Vertrag eine schwere Belastung für die Republik. Denn die nationalistische Rechte mobilisierte mit aller Kraft gegen das „Schanddiktat von Versailles" und nutzte jede Gelegenheit, republiktreue Politiker als „Erfüllungspolitiker", „Novemberverbrecher" und „Handlanger der Alliierten" zu diffamieren – eine Haltung, die bis weit hinein in das Bürgertum Resonanz fand.

Anfänge der NSDAP

In diesem politischen Umfeld gründeten in München der Eisenbahnschlosser Anton Drexler (1884–1942) und der Journalist Karl Harrer (1890–1926) am 5. Januar 1919 die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), eine von vielen rechtsextremen, völkischen Gruppen, die sich den Kampf gegen die „Novemberverbrecher", den Versailler Vertrag und den „jüdischen Bolschewismus" (↗ S. 7ff.) auf ihre Fahnen geschrieben hatten. In der hämischen Kritik am liberalen Rechtsstaat der Weimarer Republik und am parlamentarischen System unterschied sich die DAP wenig von anderen rechten Gruppierungen. Ebenfalls trieb sie wie etliche andere rechtsextreme Organisationen ein radikaler Antisemitismus um.

Adolf Hitler (1889–1945), der im Auftrag der Reichswehr die rechtsradikale Szene in München bespitzelte, besuchte auch eine Versammlung der DAP. Drexler entdeckte rasch das Rednertalent Hitlers und warb ihn an. Hitler fand wiederum dort das politische Betätigungsfeld, das er suchte. Er schied aus der Reichswehr aus und wurde zum Hauptredner der Partei. Über seine öffentliche Agitation – er bestritt jede Woche mehrere Versammlungen – gewann die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), wie sie seit Februar 1920 hieß, zunehmend mehr Aufmerksamkeit in München.

Im Winter 1919/1920 arbeiteten Drexler und Hitler das Parteiprogramm aus, das im Laufe der nächsten Jahre für unabänderlich erklärt wurde (↗ S. 12f.). Viele der 25 Punkte unterschieden sich in ihrer Zielsetzung nicht von anderen völkischen Programmen der Zeit. Gefordert wurden die Aufhebung des Versailler Vertrages, der Anschluss Österreichs, die Rückgabe der Kolonien und die Verstaatlichung von Großbetrieben. Für den Mittelstand wurde die Auflösung der Warenhäuser zugunsten der kleinen Gewerbetreibenden verlangt, für die Bauern in einer schwammigen Formulierung eine den „nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform". Von dem damals bekannten völkischen Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder stammte die Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft", was die Abschaffung von Einkommen aus Zinserträgen bedeuten sollte. Dahinter stand die antisemitische Auffassung, dass jüdische Bankiers die wirtschaftliche Macht innehätten. „Arbeit", vor allem Handarbeit, stand im Mittelpunkt, ebenso wie die Parole: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Insbesondere zielte das Programm auf die Herstellung einer antisemitischen „Volksgemeinschaft". Unter Punkt 4 hieß es klipp und klar: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein."

Keinesfalls war das Programm der NSDAP „sozialistisch", auch wenn die Partei den Begriff im Namen trug. Sozialdemokratie und Marxismus bildeten für die Nationalsozialisten feindliche Ideologien, die vernichtet werden sollten. Die Forderung nach Gleichheit und Freiheit für alle Menschen, wie sie

Gebietsverluste des Deutschen Reichs im Friedensvertrag von Versailles

Gebiete	Neue Zugehörigkeit
Teil III: „Politische Bestimmungen über Europa"	
Eupen und Malmedy	Belgien
Kohlegruben des Saarbeckens	Frankreich (für 15 Jahre unter Kontrolle des Völkerbundes, „Ausbeutungsrecht" bei Frankreich; Anschließend Volksabstimmung über Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich)
Elsaß-Lothringen	Frankreich
Hultschiner Ländchen	Tschechoslowakei
Posen, Westpreußen, Teile Niederschlesiens und Ostpreußens	Polen
Memelgebiet	Unter Kontrolle der Alliierten (Frankreich, USA, Großbritannien und Italien)
Danzig	Als „Freie Stadt" unter Kontrolle des Völkerbundes
Nordschleswig	Dänemark (nach Volksabstimmung)
Teil IV: „Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands"	
Deutsch-Ostafrika (im heutigen Tansania, Burundi, Ruanda, Mosambik)	Aufgeteilt an Belgien, Großbritannien und Portugal
Deutsch-Südwestafrika (im heutigen Namibia)	Als Mandat an Südafrika
Kamerun (im heutigen Kamerun, Nigeria, Gabun, Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Tschad)	Zunächst unter Kontrolle des Völkerbundes, dann aufgeteilt an Frankreich und Großbritannien
Togo (im heutigen Togo, Ghana)	Aufgeteilt an Frankreich und Großbritannien
Deutsch-Neuguinea (im heutigen Papua-Neuguinea, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nördliche Marianen, Palau, Nauru, Marshallinseln, Salomonen)	Australien, Marianen- und Karolinen-Inseln an Japan
Deutsch-Samoa (heute Samoa)	Neuseeland
Pachtgebiete in China (Kiautschou, Tientsin und Hankau) (in der heutigen Volksrepublik China)	Wurden mit einem separaten Vertrag 1922 aufgegeben
Teil XIV: „Bürgschaften für die Durchführung"	
Linkes Rheinufer	Alliierte (Besatzung für 15 Jahre)

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus dem Vertragstext des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919. Online: www.documentarchiv.de/wr/vv.html


Deutsche Arbeiter-Partei (D. A. P.)
Ortsgruppe München Abteilung:
Mitgliedskarte
für Adolf Hitler Zeichn. 39
München, den 1. Jan. 1920
Nr. 555 Schlüsselgewalt
Für den Arbeitsausschuß: Drexler
Diese Karte gilt als Ausweis bei geschlossenen Versammlungen

Gemäß Ausweis ist Adolf Hitler das 55. – nicht, wie später behauptet, das siebte – Mitglied der DAP. Um eine höhere Unterstützerzahl vorzutäuschen, beginnt die Registrierung mit der Nummer 500.

Programm der NSDAP

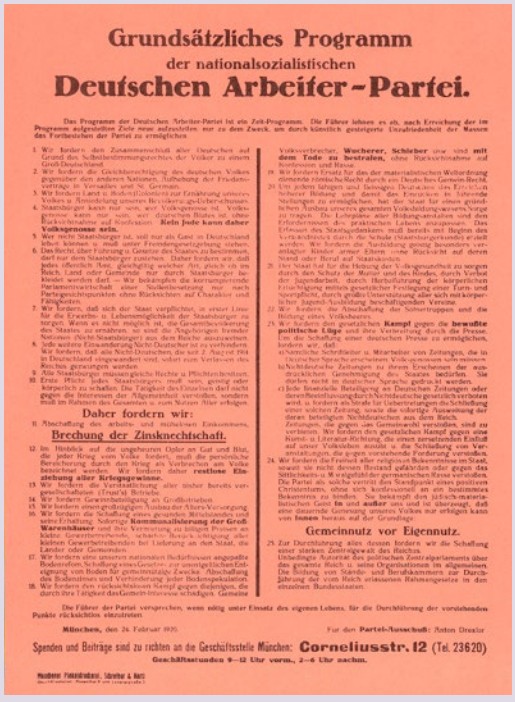
Das Programm der NSDAP unterschied sich nicht wesentlich von anderen völkischen Gruppen, die ebenso die Aufhebung des Versailler Vertrages und die Rückgabe der dort festgelegten Gebietsabtretungen forderten. Das NSDAP-Programm zeigt klar die antisemitische und menschenfeindliche Ideologie der Partei. Schon im Punkt 4 wurde festgelegt, dass Jüdinnen und Juden keine „Volksgenossen" und damit auch keine deutschen Staatsbürger sein durften. Die Forderung nach gleichen Rechten und Pflichten für alle Staatsbürger (Punkt 9) galt also explizit nicht für Jüdinnen und Juden. Sie und weitere „Nicht-Deutsche" sollten entweder unter Fremdengesetzgebung stehen oder sofort ausgewiesen werden (Punkte 5, 7, 8).

Die wirtschaftlichen Forderungen (Punkte 11–16) klingen anti-kapitalistisch und mittelstandsfreundlich, wurden aber, als die NSDAP 1933 an die Macht kam, nicht weiter beachtet. Kaufhäuser, Banken und Großindustrie blieben unter der NS-Herrschaft bestehen; die Kriegswirtschaft führte sogar zu einer starken, staatsgelenkten Zentralisierung.

Früh erkannte die nationalsozialistische Führung die Bedeutung der Medien und forderte die Abschaffung der Pressefreiheit zugunsten einer „deutschen Presse" (Punkt 23).

Antisemitisch war auch die Festlegung in der Religions- und Kulturpolitik. Die NSDAP bekannte sich vage zu einem „positiven Christentum" und wollte den „jüdisch-materialistischen Geist" bekämpfen (Punkt 24).

Durch die Parteisatzung vom Mai 1926 wurde das Programm für „unabänderlich" erklärt. Allerdings erklärte Hitler im April 1928 wegen der Landagitation der NSDAP und der Befürchtung, Bauern durch die Forderung nach Enteignung abzuschrecken, dass nur unrechtmäßig erworbener Boden enteignet werden solle.



Grundsätzliches Programm
der nationalsozialistischen
Deutschen Arbeiter-Partei.

Das Programm der Deutschen Arbeiter-Partei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zwecke, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen des Fortbestehen der Partei zu ermöglichen

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.
6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.
7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.
8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
Brechung der Zinsknechtschaft.
12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher **restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.**
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller bisher bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige **Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser** und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.
18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, **Wucherer, Schieber** usw. sind **mit dem Tode zu bestrafen,** ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein Deutsches Gemein-Recht.
20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Eindringen in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Durchführung grundsätzlich besonders begabter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich turnerisch betätigenden Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.
22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppen und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen **Kampf** gegen die **bewußte politische Lüge** und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
a) sämtliche Schriftleiter u. Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen Volksgenossen sein müssen.
b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
c) jede finanzielle Beteiligung an Deutschen Zeitungen oder deren Pressekonsortien durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird u. fordern als Strafe für Uebertretungen die Schließung einer solchen Zeitung, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.
Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- u. Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt u. die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderung verstoßen.
24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- u. Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist **in** und **außer** uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Gesundung unseres Volkes nur erfolgen kann von **innen** heraus auf der Grundlage

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reichs.
Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich u. seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920.

Für den **Partei-Ausschuß:** Anton Drexler

Spenden und Beiträge sind zu richten an die Geschäftsstelle München: **Corneliusstr. 12** (Tel. 23620)
Geschäftsstunden 9–12 Uhr vorm., 2–6 Uhr nachm.

Das Parteiprogramm der NSDAP vom 24. Februar 1920

„Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zwecke, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden: Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den Rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
    a. sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
    b. nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,
    c. jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
    Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920."

Zitiert nach: BArch NS 26/2053.

Hitlers frühe Jahre

Adolf Hitler, am 20. April 1889 in der österreichischen Stadt Braunau am Inn geboren, stammte aus bescheidenen Verhältnissen. Sein Vater war Zollbeamter, hinterließ aber, als er 1903 starb, genügend Geld, dass seine Witwe und sein Sohn davon weiterleben konnten. Hitler brach die Schule nach der 9. Klasse ab und blieb anschließend zunächst in Linz bei seiner Mutter wohnen. Nach ihrem Tod im Dezember 1907 zog er nach Wien, scheiterte jedoch mit seinen Versuchen, an der Wiener Kunstakademie als Student aufgenommen zu werden. So führte er ein orientierungsloses, müßiggängerisches Leben, verdiente sich Geld mit Gelegenheitsarbeiten und dem Verkauf selbstgemalter Ansichtspostkarten, wohnte in Männerwohnheimen, las völkische und antisemitische Broschüren und hörte leidenschaftlich Opern des Komponisten Richard Wagner (1813–1883) in der Wiener Staatsoper.

Ob Wagners weitbekannter Antisemitismus Hitler beeinflusst hat, ist in der Geschichtsschreibung strittig. Immer wieder wird allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die öffentliche theatralische Inszenierung der nationalsozialistischen Politik, wie sie später zum Beispiel auf den Reichsparteitagen praktiziert wurde, durchaus mit dieser frühen Theaterleidenschaft Hitlers verbunden war. Auch die späteren gigantischen Baupläne für die Reichshauptstadt Berlin lassen sich auf die Wiener Jahre zurückführen, in denen sich Hitler als begabten Künstler und Architekten sah.

Als 1913 der Einberufungsbefehl in die österreichische Armee drohte, setzte sich Hitler nach München ab, weil er sich als deutscher Nationalist fühlte und in keinem Fall für das österreichische Vielvölkerimperium kämpfen wollte. In München meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger. Hitler machte im Militär keine Karriere, sondern blieb Gefreiter, ein unterer Dienstgrad. Offenkundig war er ein verlässlicher, wenig auffallender Soldat. Entgegen seiner eigenen Selbstdarstellung in der 1925/27 erschienenen programmatischen Schrift „Mein Kampf" war er allerdings kaum an der Front eingesetzt gewesen und verdankte seine Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz der Fürsprache eines jüdischen Offiziers.

1916 wurde er an der Westfront zum ersten Mal verwundet, im Oktober 1918 Opfer eines Giftgasangriffs, erblindete kurzzeitig und erlebte das Kriegsende im November im Krankenbett.

die Arbeiterbewegung aufstellte, lehnte die NSDAP mit ihrem rassistischen und antisemitischen Weltbild ab.

Hitler entwarf persönlich die Parteifahne mit dem Hakenkreuz in einem weißen Kreis auf rotem Grund und verband damit absichtlich ein bekanntes völkisches Symbol mit der Farbe der Arbeiterbewegung.

Finanzielle Unterstützung für die damals noch unbedeutende NSDAP

Obwohl die NSDAP zu dieser Zeit in München nur eine der vielen kleinen völkischen Gruppen darstellte, gab es vermögende Gönner der jungen Partei: Etwa den Verleger Julius F. Lehmann, der rechtsextremen Organisationen viel Geld zukommen ließ, oder Rudolf Freiherr von Sebottendorf, der den „Münchner Beobachter" für die rechte Agitation kaufte und den Namen im August 1919 in „Völkischer Beobachter" ändern ließ. Wohlhabende Sympathisanten wie der Klavierfabrikant Edwin Bechstein oder der Verleger Hugo Bruckmann samt ihrer Ehefrauen unterstützten die NSDAP mit beträchtlichen Spenden. Ebenso förderte die Reichswehr die junge Partei. Durch seinen früheren militärischen Vorgesetzten Karl Mayr lernte Hitler im Frühjahr 1920 den Hauptmann Ernst Röhm (1887–1934) kennen, der großen Einfluss auf die sogenannten Einwohnerwehren in Bayern besaß. Röhm baute die Sturmabteilung (SA) auf und verwandelte die anfängliche Schlägertruppe, die die Versammlungen der NSDAP absicherte, in eine paramilitärische Organisation, der aus den Freikorpsverbänden erfahrene und ausgebildete Kämpfer zuströmten.

Hitler, der sich im Kampf um die Macht in der Partei erfolgreich gegen Drexler durchsetzte und im Juli 1921 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, stellte die Propaganda in den Mittelpunkt – das hieß stets Aufruf zur Tat und Demonstration von Stärke durch Gewalt. Zum „Deutschen Tag" im nordbayrischen Coburg am 14./15. Oktober 1922, einem Aufmarsch der Rechtsradikalen aus allen Teilen Deutschlands, erschienen Hitler und die übrige Parteiführung in einem eigens angemieteten Sonderzug mit rund 800 SA-Männern, die trotz eines polizeilichen Verbots in geschlossener Formation marschierten und eine Massenschlägerei mit sozialistischen Arbeitern am Straßenrand provozierten.

Als sich ebenfalls im Oktober der einflussreiche völkische Politiker Julius Streicher (1885–1946) in Nürnberg mitsamt seiner Anhängerschaft der NSDAP unter Hitler anschloss, war die Partei erstmals über München hinausgekommen und hatte ihre Mitgliederzahl auf rund 20 000 verdoppelt.

Ein weiteres Ereignis im Oktober 1922 beflügelte die junge NSDAP: Benito Mussolinis „Marsch auf Rom". Zwar war hinter den Kulissen in Absprache mit dem italienischen König die Übergabe der Macht an Mussolini bereits eine fest verabredete Angelegenheit gewesen, aber mit dem Marsch von etwa 20 000 faschistischen „Schwarzhemden" am 28. Oktober auf Rom war der Mythos von einer heldenhaften faschistischen Machtergreifung geboren. Die Wirkung zeigte sich sofort bei den rechtsradikalen, putschbereiten Gruppen in Deutschland. Anfang November 1922 prahlte die Parteizeitung der NSDAP, der „Völkische Beobachter", dass nun auch Deutschland einen Mussolini habe: „Er heißt Adolf Hitler".

Krisenjahr 1923

Im Jahr 1923 häuften sich die Krisen. Mit der Begründung, Deutschland komme seinen Reparationspflichten nicht nach, besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um Kohle und Stahl zu beschlagnahmen. Durch die Politik des „passiven Widerstands" der Reichsregierung wurde die bereits hohe Inflation befeuert und erreichte ein Ausmaß, das für viele Menschen existenziell wurde. Diese politisch wie sozial äußerst instabile Lage ermunterte wiederum sowohl die nationalistische Rechte wie die Kommunisten, ihre Umsturzpläne zu verwirklichen.

Rheinlandbesetzung und Hyperinflation

Als die Reichsregierung im Herbst 1922 um die Stundung von Reparationszahlungen bat und außerdem auch mit den geforderten Lieferungen von Kohle und Holz in Verzug kam, besetzten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet, um die Lieferung von Kohle und Eisen zu erzwingen. Der daraufhin von der deutschen Regierung ausgerufene „passive Widerstand", was hieß, dass Betriebe und Verwaltungen nicht mehr arbeiten sollten, zerrüttete Wirtschaft und Staatsfinanzen und trieb die Geldentwertung in eine kaum vorstellbare Dimension.

Hatte der Wechselkurs der Mark zum US-Dollar im Dezember 1922 noch bei 1:8000 gelegen, stieg er bis zum April 1923 auf 1:20 000 an und erreichte Anfang August die schwindelerregende Marke von einer Million. Ein Wirsingkohl kostete Anfang Oktober auf den Berliner Märkten 8 Millionen Mark, ein Vierpfundbrot 24 Millionen, ein Ei 15 Millionen. Wenige Tage später lag der Brotpreis schon bei 58 Millionen. Menschen mit geringem Einkommen wie Soldatenwitwen, Rentner oder Kriegsinvalide waren der Hyperinflation ohnmächtig ausgeliefert. Gleichzeitig minimierte die Hyperinflation alle Geldschulden. Gerade diejenigen, denen es mit Geschick und Skrupellosigkeit gelang, sich Geld zu leihen, um damit Sachwerte zu kaufen, konnten glänzende Geschäfte machen. In diesem Zuge wurden alle antisemitischen Ressentiments gegen angeblich jüdische Geschäftemacher und Spekulanten wieder virulent. Erst im November 1923 gelang es dem neuen Reichskanzler Gustav Stresemann (1878–1929) von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), mit einer Währungsreform den Geldwert wieder zu stabilisieren.



Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923. Französische Soldaten und Panzer in Bochum

Politisch geriet der „Ruhrkampf" zu einer Arena separatistischer wie nationalistischer Extremisten. Insbesondere die Anwesenheit Schwarzer Soldaten aus den französischen Kolonien ließ rassistische Ressentiments hochkochen und erregte die deutschen Gemüter. Die französische Seite reagierte auf den zivilen Widerstand mit Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Ausweisungen. Selbst die Kommunisten versuchten, durch nationale Rhetorik aus der Welle nationaler Erregung Gewinn zu ziehen.

Die KPD versuchte im „Deutschen Oktober" 1923 mit finanzieller Hilfe der Sowjetunion einen Aufstand, der aber nur in Hamburg zum Zuge kam und kläglich scheiterte. Die NSDAP, der in diesen



Kinder spielen während der Hyperinflation 1923 mit Geldscheinen, die durch die Inflation massiv an Wert verloren haben.

Verelendung durch die Inflation

Der später in der Bundesrepublik bekannte Publizist Sebastian Haffner, Jahrgang 1907, schilderte 1939 diese Inflationszeit rückblickend:

„Die Lebensunterhaltskosten hatten angefangen davon zu jagen, denn die Händler folgten dem Dollar dicht auf den Fersen. Ein Pfund Kartoffeln, das noch am Vortage fünfzigtausend Mark gekostet hatte, kostete heute schon hunderttausend; ein Gehalt von fünfundsechzigtausend Mark, das man am vorigen Freitag nach Hause gebracht hatte, reichte am Dienstag nicht aus, um ein Paket Zigaretten zu kaufen. [...] Den Alten und Weltfremden ging es am schlechtesten. Viele wurden zum Betteln getrieben, viele zum Selbstmord. Den Jungen, Flinken ging es gut. Über Nacht wurden sie frei, reich, unabhängig. Es war eine Lage, in der Geisteträgheit und Verlaß auf frühere Erfahrung mit Hunger und Tod bestraft, aber Impulshandeln und schnelles Erfassen einer neuen Lage mit plötzlichem ungeheurem Reichtum belohnt wurde. [...] Tatsächlich bereitete sich damals, vollkommen unsichtbar und unregistriert, jener ungeheure Riß vor, der heute das deutsche Volk in Nazis und Nichtnazis spaltet."

Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Deutsche Verlags-Anstalt in der Gruppe Random House, München 2003, S. 56 f. und 70.

Das Krisenjahr 1923



Grenzen und Hauptstädte
- Staatsgrenze
- Hauptstadt

besetzte Gebiete
- Saargebiet unter Verwaltung des Völkerbundes
- Besatzungsgebiete (Rheinland)

Ruhrkonflikt
- erneute Besetzung rechtsrheinischer Gebiete durch französische und belgische Truppen (ab 11.1.)
- passiver Widerstand der Bevölkerung (13.1.–26.9.)

Rheinischer Separatismus
- Zentren der „Rheinischen Republiken“ (21.10.–29.11.)
- Proklamation der „Republik Pfalz“ in Speyer (12.11.)

„Deutscher Oktober“
- Bildung von SPD/KPD-Regierungen in Sachsen (10.10.) und Thüringen (16.10.)
- kommunistischer Aufstand
- Einmarsch der Reichswehr in Sachsen (23.10.) und Thüringen (6.11.), Sturz bzw. Rücktritt kommunistischer Minister

Rechtsextremer Widerstand gegen die Reichsregierung
- offene Rebellion der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung (19.–20.10.)
- rechter Putsch

Streiks
- bedeutende Streiks

Reichsregierungen 1923

Kabinett Cuno		22.11.1922–12.8.1923
Kabinett Stresemann I		13.8.1923–3.10.1923
Kabinett Stresemann II		6.10.1923–23.11.1923
Kabinett Marx I		30.11.1923–26.5.1924

Zentrum · BVP · SPD · DDP · DVP · parteilos

Hyperinflation 1923

Monat	Wechselkurs US-Dollar : Mark
Januar	1 : 4.281,00
Juni	1 : 26.202,00
Oktober	1 : 6.017.200.000,00
November	1 : 522.285.700.000,00

Ende der Inflation (15.11.): 1.000 Mrd. Mark = 1 Rentenmark

Quelle: Monatsdurchschnitte des Statistischen Reichsamts

1 Oldenburg
2 Mecklenburg-Strelitz
3 Schaumburg-Lippe
4 Lippe
5 Waldeck
6 Pfalz (zu Bayern)
B. Belgien
LUX. Luxemburg

1 : 8 200 000
0 200 km

© mr-kartographie, 2026

Quelle: mr-kartographie, 2026

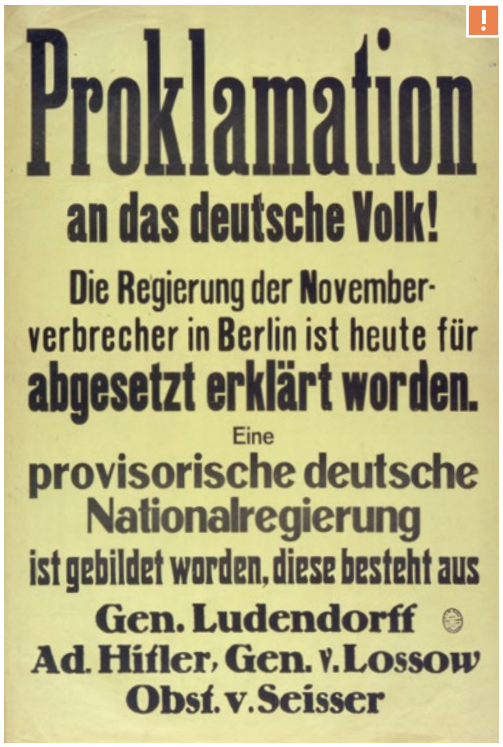
Krisenmonaten über 35 000 neue Mitglieder zuströmten, fühlte sich stark genug, um nach dem Vorbild der italienischen Faschisten den „Marsch auf Berlin“ zu wagen. In Großkundgebungen hetzten die Nationalsozialisten und andere Organisationen in München gegen die „Novemberverbrecher“ in Berlin. Zentrale Symbolfigur der völkischen Staatsstreichpläne war General Erich Ludendorff (1865–1937), bei dem sich die Spitzen der paramilitärischen Organisationen trafen und der Hitler nunmehr auch auf Reichsebene Reputation verschaffte.

Hitler-Ludendorff-Putsch

Im November wollte Hitler in München die putschbereiten Kräfte vor vollendete Tatsachen stellen. Zusammen mit Ludendorff plante er, bei einer Versammlung am 8. November im Bürgerbräukeller, zu der alle prominenten Politiker des rechten Spektrums erscheinen würden, die Übernahme der Regierung zu erklären und die zögernde Rechte zum Mitmachen zu zwingen. Doch schlossen sich weder das Militär noch die Polizei dem Putsch an. Hitler, der glaubte, durch eine Demonstration der Stärke doch noch zum Erfolg zu kommen, marschierte mit seinen Anhängern am Morgen des 9. November durch die Münchner Innenstadt. Vor der Feldherrenhalle wurden die Demonstranten von einer Polizeitruppe aufgehalten. Im Schusswechsel kamen vier Polizisten und 14 Putschisten ums Leben, darunter Max Erwin von Scheubner-Richter, der neben Hitler marschiert war.



Nationalsozialistische Stoßtrupps verhaften am 9. November 1923 demokratische Politiker in München.



Plakat der Putschisten vom 9. November 1923



Menschenmasse auf dem Münchner Marienplatz. Der völkische Politiker und Publizist Julius Streicher (links) hält eine Rede, 9. November 1923.



Straßenbarrikade in München mit Heinrich Himmler, dem späteren Reichsführer SS (dritter von links mit Fahne), 9. November 1923

Gerichtsverfahren gegen Hitler und Ludendorff

Hitler und die anderen Hochverräter wurden verhaftet und vor Gericht gebracht. Was das endgültige Ende der politischen Karriere Hitlers und der NSDAP hätte bedeuten müssen, geriet indessen zur propagandistischen Umdeutung des Putschversuchs als wagemutige Tat von Patrioten. Über den Prozess wurde ausführlich in den Zeitungen berichtet; als am 1. April 1924 das Urteil verkündet wurde, waren die Zuschauerbänke des Gerichtssaals voll besetzt. Ludendorff wurde freigesprochen, Hitler zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aus der er jedoch schon im Dezember 1924 wieder entlassen wurde. Für seine weitere politische Karriere in Deutschland war vor allem von Bedeutung, dass er als österreichischer Staatsangehöriger nicht ausgewiesen wurde, was angesichts seiner Straftat rechtlich zwingend gewesen wäre, der mit den Putschisten sympathisierende Richter allerdings unterließ.

Bei den bayrischen Landtagswahlen im April 1924 erzielte das völkische Wahlbündnis „Völkischer Block", dem auch die Nationalsozialisten angehörten, einen Stimmenanteil von 17 Prozent und lag damit gleichauf mit der SPD. Und auch bei den Reichstagswahlen einen Monat später gaben 16 Prozent der bayrischen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme den Völkischen, die reichsweit auf 6,5 Prozent der Stimmen kamen und mit 32 Abgeordneten, darunter zehn Nationalsozialisten, in den Reichstag einzogen. Aber trotz des propagandistischen Erfolgs vor Gericht hatte sich der Weg des Staatsstreiches als Sackgasse erwiesen, weil das Militär nicht mehr mitspielte. Vielmehr musste eine neue politische Strategie ausgearbeitet werden, mit der nun Wahlen gewonnen werden sollten, um die Demokratie von innen her zu zerstören.

Nach dem Putsch: „legaler" Weg zur Macht

Hitler nutzte die Festungshaft in Landsberg, um die politische Taktik der NSDAP neu abzustecken. Dabei kam ihm zugute, dass er einerseits innerhalb der Partei und der völkischen Szene mittlerweile die Aura eines unbeugsamen „Führers" errungen hatte, andererseits aus dem Gefängnis heraus nicht in die organisatorischen Tagesgeschäfte eingebunden war.

Er schrieb während seiner Haftzeit, in der er bequem mit nahezu unbeschränkten Besuchs- und Versorgungsmöglichkeiten ausgestattet war, den ersten Teil von „Mein Kampf".

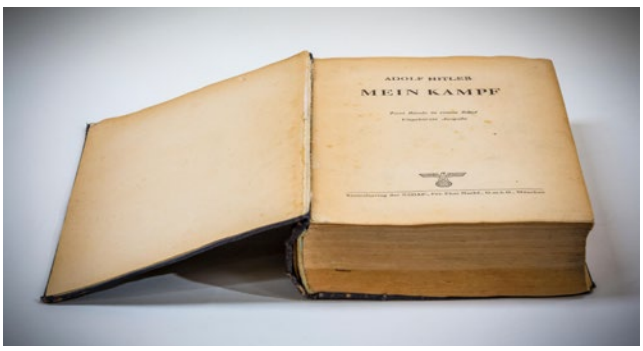
Mit der Entlassung aus der Haft bot sich Hitler die Chance eines Neubeginns der Partei unter seiner ausschließlichen Führung. Am 16. Februar 1925 wurde in Bayern das Verbot der NSDAP und des „Völkischen Beobachters" wieder aufgehoben; allerdings hatte Hitler außerhalb Bayerns weiterhin ein öffentliches Redeverbot. Sogleich verkündete er die Neugründung der Partei zum 27. Februar 1925, der nur beitreten konnte, wer einen erneuten Mitgliedsantrag stellte. Damit wurde die durchaus zerstrittene NSDAP auf Hitlers Linie gebracht, und auch innerhalb der völkischen Bewegung gewannen die Nationalsozialisten an Einfluss.

Die innerparteiliche Machtkonsolidierung Hitlers vollzog sich parallel zu politischen Entwicklungen auf Reichsebene, die die Rahmenbedingungen nach rechts verschoben. Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert (*1871), der erste und einzige sozialdemokratische Reichspräsident der Weimarer Republik. Sozialdemokraten, Liberale und katholisches Zentrum einigten sich auf den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx (1863–1946) als Kandidaten. Für die politische Rechte ging der 78-jährige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg ins Rennen. Hitler hatte Ludendorff überredet, im ersten Wahlgang als Kandidat der extremen Rechten anzutreten, was diesem schmeichelte, aber für ihn in einer deutlichen Niederlage endete. Ludendorff erhielt nur ein Prozent der Stimmen und schied damit als Konkurrent Hitlers im völkischen Lager aus. In der Stichwahl siegte Hindenburg über Marx; damit stand ein ehemaliger kaiserlicher General mit rechtskonservativem Weltbild an der Spitze der Weimarer Republik.

Hitlers Macht konzentrierte sich vorerst noch auf München und Süddeutschland. Außerhalb Bayerns war er auf einflussreiche Parteiführer wie Gregor

„Mein Kampf"

Der erste Band erschien 1925 mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Der zweite Band wurde Ende 1926 veröffentlicht. Eine sogenannte Volksausgabe in einem Band erschien 1930. Trotz zunächst eher mäßigen Verkaufserfolgen blieb Hitlers Buch nicht unbeachtet. Ein „ungelesener Bestseller", wie Historiker noch Mitte der 1960er-Jahre glaubten, war „Mein Kampf" keineswegs. Waren schon 1932 nach den Wahlerfolgen der NSDAP beachtliche 90 000 Exemplare verkauft worden, explodierten die Verkaufszahlen nach der Machtübernahme 1933. Bis 1945 wurde „Mein Kampf" über zehn Millionen Mal verkauft und in 16 Sprachen übersetzt, wodurch Hitler als Autor Millionen verdiente und 1933 publikumswirksam auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichten konnte. Dieses Vermögen diente Hitler unter anderem dazu, Würdenträger des Regimes und Wehrmachtsgeneräle mit großzügigen Geldgeschenken an sich zu binden.



„Mein Kampf" umfasste zwei Bände: eine politisch stilisierte Autobiografie Adolf Hitlers und eine programmatische Schrift zu sämtlichen Aspekten der nationalsozialistischen „Weltanschauung".

Hitlers Weltbild

Bis zur Mitte der 1920er Jahre hatte Hitler aus verschiedenen Versatzstücken völkisch-antisemitischer, rassenbiologistischer und sozialdarwinistischer, nationalistischer und imperialistischer, antidemokratischer und antimarxistischer Vorstellungen sein persönliches Weltbild zusammengezimmert. Es wurde von zwei Ideensträngen zusammengehalten: von einem radikalen, universellen Antisemitismus und von der Lebensraumdoktrin. Verbunden war dieses ideologische Grundgerüst mit dem Glauben, die Geschichte sei von einem permanenten „Kampf der Völker um Lebensraum" bestimmt, der nur dann siegreich geführt werden könne, wenn die „Rassereinheit" gewahrt bliebe bzw. wiederhergestellt würde.

Die Rassenfrage war für ihn der Schlüssel zur Weltgeschichte. Völker und Rassen galten ihm als in sich abgeschlossene Arten. Jede Vermischung war ihm ein Verstoß gegen die Natur und ein Grund für den Verfall. Zwischen den Rassen und Völkern herrschte das Gesetz des ewigen Kampfes. Der Lebenskampf als Gesetz der Geschichte galt vor allem der Selbsterhaltung der Völker. Die Funktion solcher rassentheoretischen und sozialdarwinistischen Ideologeme [Gedankengebilde, Anm. d. Red.] lag auf der Hand: Sie dienten der Rechtfertigung innerer Inklusion bzw. Exklusion und der außenpolitischen Expansion. Bei ihrem Kampf um Selbsterhaltung stießen die Völker an die Grenzen des Raumes. Der Widerspruch zwischen der Begrenztheit des Lebensraumes und dem unbedingten Erhaltungswillen der Völker war für Hitler Ursache des „ewigen Kampfes um Raum". Hitler meinte das Grundgesetz der Geschichte erkannt zu haben: Geschichte war für ihn ganz in der sozialdarwinistischen Tradition „Lebenskampf der Völker" um „Lebensraum". Damit glaubte er sein Rassen- und Raumeroberungsprogramm begründen zu können. In dieser zutiefst unhumanen, naturalistisch-biologistischen Weltsicht war auch der Gedanke der „Rassenzüchtung" angelegt. Die Natur wünsche den „Sieg des Stärkeren" und die „Vernichtung des Schwachen". Diese Züchtungs- und Reinigungsaufgabe komme allein dem „Arier" zu, der ganz in der Tradition der Rassenlehre als die „geniale" und „schöpferische" Rasse dargestellt wird, die allein zur Kultur fähig sei.

Nicht nur die „Rassenfrage" hatte Hitler in seiner Haftzeit, wie er behauptete, konsequent mit der Raumfrage verbunden, sondern daraus zugleich ein außenpolitisches Programm entwickelt, das einzig darauf ausgerichtet war, mit Rückendeckung durch England einen neuen „Germanenzug" Richtung Russland vorzubereiten und zu eröffnen. Auch in diesem Punkt verbanden sich rassistische Obsessionen mit imperialistischen Vorstellungen, die vor und während des Ersten Weltkrieges Konjunktur hatten. Und sie ließen sich scheinbar mühelos mit antibolschewistischen Ideologemen verbinden, die in Reaktion auf die Russische Revolution entstanden waren und die Hitler unter dem Einfluss Rosenbergs [Alfred Rosenberg, nationalsozialistischer Politiker und Ideologe, Anm. d. Red.] in seine Vorstellungswelt aufnahm und integrierte.

Überall vermutete Hitler jüdische Zersetzungsarbeit. Alle Vorgänge in der modernen Welt, die ihn beunruhigten, wurden auf „den Juden" zurückgeführt. „Nichts ist mehr verankert, nichts mehr wurzelt in unserem Innern. Alles ist äußerlich, flieht an uns vorbei. Unruhig und hastig wird das Denken unseres Volkes. Das ganze Leben wird vollständig zerrissen." Das waren zutiefst kulturpessimistische Ängste vor der Moderne, die auf einen „Erreger" zurückgeführt wurden. Es war eine ideologische Kampfansage an den gesamten emanzipatorischen Prozess der Neuzeit.

Der „Jude" wurde für den historischen Wandel verantwortlich gemacht, und ebenso universal verstand Hitler seine historische Mission. „Die Entfernung des Juden", das bedeutete für Hitler die Wiedereinsetzung der Gesetze von Natur und Geschichte. Mit dem deutschen und dem jüdischen Volk standen sich im Urteil der Rassenideologen zwei Grundprinzipien gegenüber: Natur und Widernatur. Das deutsche Volk galt als das typische „Raumvolk", das jüdische Volk immer als das „raumlose" Volk. Es sei unfähig zur festen Staatsbildung, ein Gegenprinzip zum souveränen Staat. Als Verkörperung der Widernatur war „der Jude" für Hitler auch Urheber und Träger aller politischen Prinzipien der Gegenwart, die er genauso bekämpfte wie die Rassenideologen vor ihm. Sein Hass, in dem er sich von niemanden überbieten lassen wollte, galt darum vor allem dem Internationalismus, dem Pazifismus und der Demokratie. Alle drei Feindbilder mündeten in die Kampfansage an Marxismus und Bolschewismus, die seit der Russischen Revolution nicht nur für Hitler einen festen Bestandteil des eigenen ideologischen Bedrohungs- und Abwehrszenarios bildeten. Im Bolschewismus sah Hitler die radikalste und letzte Angriffswaffe des Judentums, die das Werk von Pazifismus und Demokratie im neuen Gewande fortsetzte.

Hans-Ulrich Thamer, Adolf Hitler. Biographie eines Diktators, München 2018, S. 107 ff.



Die am 23. März 1933 in der New Yorker Zeitung „New York World-Telegram" veröffentliche Karikatur „Pyromaniac" zeigt Hitler als Brandstifter, der rassistischen Hass und Repression verbreitet.

Straßer (1892–1934) angewiesen, der die Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gauleiter, also der dortigen regionalen Parteiführer der NSDAP, repräsentierte. Straßer wie auch Joseph Goebbels (1897–1945), damals Redakteur der Zeitschrift „Nationalsozialistische Briefe", gehörten zur parteiinternen „Linken", die einen antisemitischen Antikapitalismus vertrat. Im Frühjahr 1926 gelang es Hitler auf einer Parteiführertagung in Bamberg, diese konkurrierenden Strömungen zurückzudrängen, nicht zuletzt, weil Goebbels mit Begeisterung auf Hitlers Seite wechselte.

„Führerkult" um Hitler in der NSDAP

Nunmehr galt Hitler als anerkannter „Führer", der für sich die absolute Herrschaft innerhalb der NSDAP beanspruchte. Immer stärker inszenierte die Partei einen „Führerkult" um ihn. Parteimitglieder hatten nun mit „Heil Hitler" zu grüßen, die Jugendorganisation wurde „Hitlerjugend" genannt, Hitlers Wort galt in der Partei als unumstößlich und das Parteiprogramm verschmolz immer mehr mit seiner Person. Insbesondere Goebbels, der 1930 Reichspropagandaleiter wurde, stellte die Außenwirkung der Partei ganz entscheidend auf die Person Hitlers ab, der als „Führer" von ganz Deutschland präsentiert wurde.



Joseph Goebbels bei einer Rede in Bernau, 1928. Mit Absicht tritt er in schwarzer Lederkluft auf, um sich „proletarisch" zu geben.

Goebbels als Gauleiter in Berlin

Im Herbst 1926 ernannte Hitler Goebbels zum NSDAP-Gauleiter in der Reichshauptstadt Berlin und übertrug ihm damit eine der wichtigsten politischen Positionen der Partei im Kampf um die Macht.

Die NSDAP in Berlin befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem schlechten Zustand. Parteileitung und SA-Führung waren heillos zerstritten, der bisherige Gauführer hatte aufgegeben. Die Sozialdemokraten stellten im Stadtparlament mit 74 Abgeordneten die stärkste Fraktion, die Kommunisten verfügten über 43 Abgeordnete, während die Nationalsozialisten gar nicht vertreten waren.

Politik und Aufmerksamkeit in einer Mediengesellschaft

Doch Goebbels hatte früh begriffen, dass sich die Politik in einer sich entwickelnden Mediengesellschaft nachhaltig verändern würde. Es kam für die Nationalsozialisten darauf an, öffentlich aufzufallen und in den Tageszeitungen, den damals wichtigsten politischen Medien, präsent zu sein. Noch besser war, die Ereignisse, über die berichtet wurde, selbst zu schaffen und deren Interpretation in den Medien zu beeinflussen, um das öffentliche, politische Urteil über die Nationalsozialisten selbst mitzugestalten.

Goebbels setzte auf die Strategie, mit spektakulären, gewalttätigen Aktionen – in erster Linie gegen die Kommunisten – die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Damit sollten die Nationalsozialisten bedeutender erscheinen, als sie in Wirklichkeit waren. So setzte Goebbels im Februar 1927 eine Kundgebung in den Pharus-Sälen mitten in Berlin-Wedding, dem Kerngebiet der kommunistischen Partei, an. Thema: „Der Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates". Bevor Goebbels überhaupt seine Rede beginnen konnte, brach bereits eine Saalschlacht aus. Die zahlenmäßig unterlegenen Kommunisten mussten, von der Polizei geschützt, das Feld räumen: zwölf Verwundete bei den Nazis, auf der Gegenseite fünfundsiebzig. Das Spektakel war gelungen. Die Berliner Tageszeitungen berichteten in großer Aufmachung über die Nationalsozialisten und ihren Gauleiter.

Wegen ähnlicher gewalttätiger Zusammenstöße erließ der Berliner Polizeipräsident im Mai 1927 ein Verbot der NSDAP und SA, das allerdings schon ein Jahr später wieder aufgehoben wurde mit der Begründung, der Partei die ungehinderte Möglichkeit zur Beteiligung an den Reichstagswahlen 1928 zu geben. Goebbels erfand den effektvollen Slogan „Trotz Verbot nicht tot" und gab eine neue Wochenzeitung heraus mit dem kennzeichnenden Titel: „Der Angriff". Dort wurden alle hasserfüllten, antisemitischen Register gezogen, Jüdinnen und Juden verächtlich gemacht, zu Gewalttätigkeiten gegen sie aufgerufen und die Weimarer Republik fundamental angegriffen, wobei der „Angriff" bemüht war, mit Karikaturen und sogenanntem Berliner Witz den antisemitischen Hass „unterhaltsam" zu präsentieren.

Goebbels stilisierte den SA-Sturmführer Horst Wessel (1907–1930), der im Januar 1930 in einer privaten Auseinandersetzung von einem Kommunisten niedergeschossen worden war, zum „Märtyrer der Bewegung". Sein Begräbnis geriet zur großen Propagandaveranstaltung. Von nun an wurde es zum SA-Ritual, dass, wenn beim Appell nach Horst Wessel gefragt wurde, sämtliche Anwesenden mit „Hier!" antworteten. Und noch etwas hinterließ der junge SA-Mann Wessel seiner Organisation: ein Gedicht, das nun vertont als „Horst-Wessel-Lied" zum Lied der NS-Bewegung wurde.

Propaganda

Noch stand die NSDAP am Beginn ihres politischen Aufstiegs. Sieger der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 waren die Sozialdemokraten, die mit knapp 30 Prozent der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis in der Weimarer Republik erzielten. Die NSDAP, die erstmals allein antrat, erreichte spärliche 2,6 Prozent der Stimmen, konnte aber dennoch, da es in der Weimarer Republik keine 5-Prozent-Sperrklausel gab, zwölf Abgeordnete in den Reichstag entsenden, darunter Joseph Goebbels.

Auf dem Land sah die Lage anders aus. In Franken und Oberbayern lagen die Stimmanteile deutlich über dem Durchschnitt, aber auch in den ländlichen Regionen Norddeutschlands, wo sie bislang kaum aktiv gewesen war, hatten deutlich mehr Wählerinnen und Wähler als im Reichsdurchschnitt der NSDAP ihre Stimme gegeben. Die Parteiführung verlagerte daher den Schwerpunkt ihrer Propaganda auf die ländlichen Gebiete und kleineren Städte, um die Bauern und den Mittelstand zu gewinnen.

Versammlungen, auf denen nationalsozialistische Redner sprachen, bildeten die Basis der politischen Arbeit. 1928 verfügte die NSDAP über reichsweit 300 Redner, die in diesem Jahr allein 20 000 Veranstaltungen bestritten. Noch im selben Jahr wurde eine zentrale Rednerschule geschaffen, mit deren Hilfe es in den nächsten beiden Jahren gelang, die Zahl der Redner bis zur Reichstagswahl 1930 auf etwa 1000 zu verdreifachen.

Die zweite wichtige Propagandaform waren die Straßendemonstrationen in den Städten und Werbemärsche in der Provinz durch die SA. „Die einzige Form, in der sich die SA an die Öffentlichkeit wendet", hieß es in einem zentralen SA-Befehl 1926, „ist das geschlossene Auftreten. Dieses ist zugleich eine der stärksten Propagandaformen."

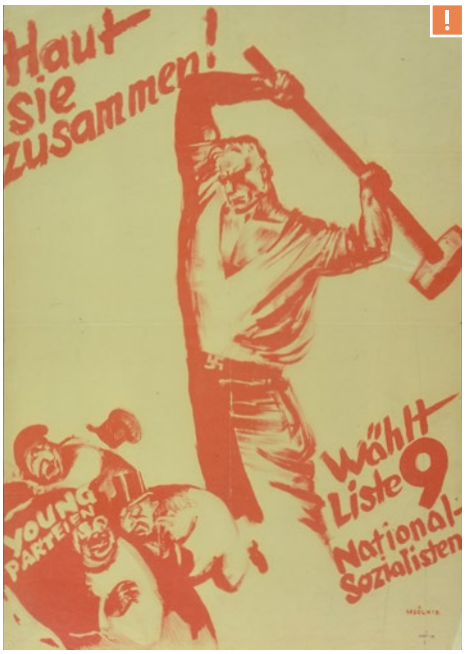
Die politische Auseinandersetzung in der Weimarer Republik, auch für die NSDAP, war ganz wesentlich von einem neuen Bildmedium geprägt: dem Plakat, das, in hoher Auflage gedruckt, massenhaft vor allem in den Städten verbreitet werden konnte. Die NSDAP-Plakate fielen im Unterschied zu anderen Parteien durch ihre gewalttätige Bildsprache auf.

Das Plakat als neues Massenmedium

Inhaltlich richtete sich die NS-Propaganda in den Wahlkämpfen 1928 und 1930 gegen die Sozialdemokraten, denen wegen ihrer Zustimmung zum Versailler Vertrag Verrat, Korruption und Verwaltungsfilz vorgeworfen wurde. Zwar stand Antisemitismus nicht ausdrücklich im Vordergrund der Propaganda, aber Weimarer Republik, Demokratie und Judentum wurden im „Kampf gegen das System" untrennbar miteinander verknüpf und verteufelt.

Ein zunehmend wichtiger werdendes Element in der Propaganda der Partei wurde die Person Adolf Hitler und der „Führer-Mythos" (Historiker Ian Kershaw). Es gab bereits eine lange deutsche Führertradition, die über Bismarck, Friedrich II. und Luther bis zum Kaiser Barbarossa zurückreichte. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs wurde erst recht nach einem willensstarken, weitsichtigen, tatkräftigen „Führer" verlangt. Das kam der Inszenierung des Hitlerbildes entgegen. Zudem besaß Hitler im Unterschied beispielsweise zum greisen Reichspräsidenten Hindenburg nicht nur den Vorteil, jung zu sein, sondern vor allem als ein „Mann aus dem Volk" zu gelten. Er präsentierte sich als jemand, der jenseits des politischen Alltagsbetriebes des Kompromisses stand, als jemand, der aus der Routine ausbrach und etwas wagte.

Der „Führer-Mythos" als zentrales Element der Propaganda







NSDAP-Wahlplakate zu den Reichstagswahlen 1928 und 1930 mit auffallend gewalttätiger Bildsprache

Propaganda und SA

Die Propaganda war eines der wichtigsten Betätigungsfelder der NSDAP in der Weimarer Republik. Sie konzentrierte sich auf wenige, ständig wiederholte Schlagworte und prägnante Losungen für die breite Masse. Unterschiedliche Bevölkerungskreise wurden mit unterschiedlichen Methoden angesprochen, aber stets sollte die Propaganda „die gefühlsmäßige Vorstellungswelt der großen Masse begreifend, in psychologisch richtiger Form den Weg zur Aufmerksamkeit und weiter zum Herzen der breiten Masse" finden – wie Adolf Hitler 1924 in „Mein Kampf" betonte. Nicht Argumentation, sondern der Appell an die Emotionen sollte im Vordergrund stehen – einen Aspekt, den ansonsten nahezu alle anderen Parteien in der Weimarer Republik vernachlässigten. Unermüdlich agierte die NS-Propaganda auch zwischen den Wahlen: Sie beschwor Katastrophen, prangerte die „nationale Schmach" des Versailler Vertrages und ein Versagen der demokratischen Parteien während der Inflation 1923 an, schürte so die Ängste der Menschen und ihren Hass auf die Republik.

[...] Die NSDAP war Anfang der 1930er Jahre nicht zuletzt Dank ihrer Propaganda zu einer Massenbewegung aufgestiegen. Organisatorischer Einfallsreichtum der Reichspropagandaleitung der Partei – ab 1930 unter Führung von Joseph Goebbels – sowie eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit mit Propagandamärschen und einer sorgfältigen Choreographie bei Massenveranstaltungen mit Uniformen, Fahnen und Symbolen übten vor allem bei jungen Männern verführerische Faszination aus. In Zeiten der Weltwirtschaftskrise und allgemeiner Orientierungslosigkeit vermittelten die provozierenden Aufmärsche der Sturmabteilung (SA) den Eindruck von Stärke und Geschlossenheit. Die fortschreitende Verarmung und Angst vor Verelendung boten einen fruchtbaren Nährboden für antikapitalistische und antiliberale Propaganda. In Schwarz-Weiß-Manier wurden mit Demokraten und Juden Feindbilder stilisiert, denen die Nationalsozialisten die Verantwortung für die politische und ökonomische Krise gaben. [...]

Arnulf Scriba, „Die NS-Propaganda", in: LeMO vom 14. Juli 2015. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/innenpolitik/ns-propaganda

[...] Die SA gliederte sich nach der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 in die Partei ein. Ihre Angehörigen trugen braune Uniformen mit Schaftstiefeln, Koppel und Schulterriemen sowie eine Armbinde mit Hakenkreuz. Die politische Agitation der NSDAP ergänzte die SA als Instrument der NS-Propaganda durch die „Eroberung der Straße". Eine durch provozierende Aufmärsche zur Schau gestellte Stärke und Geschlossenheit der nationalsozialistischen Bewegung wirkte vor allem auf Jugendliche und junge Männer anziehend. Sie erhielten dort neben einer Grundversorgung vor allem Anerkennung und das Gefühl einer Kameradschaft ohne soziale Schranken. Die Mitgliederstärke der SA wuchs zwischen 1925 und 1930 von ca. 3.600 auf annähernd 60.000 Männer in 200 Ortsvereinen. In Konkurrenz zu bürgerlichen Vereinen entstanden seit 1928 mit motorisierten Staffeln, Marine- oder Reiterstürmen verschiedene Spezialeinheiten, die gezielt sozial Schwachen die Teilnahme an einem derartigen Freizeitangebot ermöglichen wollten.

[...] Vor dem Hintergrund des politischen Durchbruchs der NSDAP in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und der anhaltenden Weltwirtschaftskrise etablierte sich die SA bis Anfang 1933 zu einer schnell wachsenden Massenorganisation mit weit über 400.000 Mitgliedern.

Bis Ende 1932 starben 94 „Braunhemden" bei blutigen Saal- und Straßenschlachten zwischen SA und ihren Hauptgegnern, dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund (RFB) und dem republikanischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Begräbnisfeiern wurden zu einem Heldenkult ausgestaltet. Gleichzeitig trieb eine Terrorwelle der SA mit unzähligen Mord- und Bombenanschlägen die Republik an den Rand des Bürgerkriegs. Das Sprengen von Versammlungen politischer Gegner und die eingedrillte Kampftaktik der SA, der übergangslose Ausbruch aus einer disziplinierten Marschformation in hemmungslose Gewaltaktionen, gehörten Anfang der 1930er-Jahre beinah zum alltäglichen Erscheinungsbild. [...]

Arnulf Scriba, „Die Sturmabteilung (SA)", in: LeMO vom 11. September 2015. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/sa



Beim „Reichsparteitag des Sieges" 1933 im Nürnberger Luitpoldhain marschieren SA-Verbände mit Hakenkreuz-Fahnen an der Rednertribüne (rechter Bildrand) vorbei.



Mitglieder der SA posieren mit einer erbeuteten Fahne des Roten Frontkämpferbundes, undatierte Aufnahme von 1931 oder 1933.

Erdrutschsieg 1930

Die Mobilisierung der Partei wurde durch die wirtschaftliche und politische Krise der Weimarer Republik unterstützt. Der Erste Weltkrieg hatte die Weltwirtschaft grundlegend verändert. Argentinien, Australien, Kanada und die USA waren zu großen Agrarexportländern geworden, was die deutsche Landwirtschaft enorm unter Druck setzte. In der Eisen- und Stahlindustrie existierten nach dem Rüstungsboom während des Krieges nun Überkapazitäten, die zu einem rapiden Preisverfall führten. Und nach dem Börsencrash im Oktober 1929 in den USA zogen die ausländischen Gläubiger ihre Kredite aus Deutschland ab und verschärften damit das Problem der Reparationszahlungen. Der Konjunkturrückgang ließ in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen im Februar 1929 erstmals auf über drei Millionen steigen.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen im Mai 1929 stieg der Anteil der NSDAP-Stimmen von 1,6 Prozent auf fünf Prozent, bei den badischen Landtagswahlen im Oktober 1929 erreichte die Partei sieben Prozent; in Berlin wählten einen Monat später über 130 000 Wählerinnen und Wähler, knapp sechs Prozent, die Nationalsozialisten. Und im Dezember 1929 gewann die NSDAP in Thüringen über elf Prozent der Stimmen, was dazu führte, dass ein Nationalsozialist, Wilhelm Frick (1877–1946), Minister in der thüringischen Landesregierung wurde.

Im März 1930 brach das sozialdemokratisch geführte Kabinett der Reichsregierung, das sich auf eine Reichstagsmehrheit von SPD, DDP, DVP und Zentrum hatte stützen können, an seinen inneren politischen Widersprüchen auseinander. Eine Regierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte, kam nicht mehr zustande. So ernannte Reichspräsident Hindenburg den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning (1885–1970) zum neuen Reichskanzler und sagte zu, dass dieser mit Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 regieren sollte. Allerdings konnten laut Verfassung diese Notverordnungen, die der Reichspräsident unterzeichnen musste, von einer Mehrheit des Reichstages zurückgewiesen werden. Als dies geschah, löste Brüning mit einer Vollmacht Hindenburgs den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14. September 1930 an.

Insgesamt hatte sich die politische Landschaft mittlerweile nach rechts verschoben. In der Deutschnationalen Volkspartei, die in den Reichstagswahlen 1928 zwar fast ein Drittel ihrer Wähler verloren hatte, hatte der rechtsnationalistische Chef eines weit verzweigten Presse- und Filmkonzerns, Alfred Hugenberg (1865–1951), die Wahlniederlage genutzt und war an die Spitze der Partei getreten. Im Wahlkampf, der von Joseph Goebbels als frisch ernanntem Reichspropagandaleiter geführt wurde, waren die Nationalsozialisten bis in die entlegensten Orte aktiv. Allein in den letzten vier Wochen vor dem Wahltermin gab es rund 34 000 Versammlungen.

Dennoch war das Ergebnis der Reichstagswahlen für viele Beobachter ein Schock. Während die SPD mit 24,5 Prozent immer noch stärkste Reichstagsfraktion blieb und die KPD ihren Anteil auf 13,1 Prozent steigern konnte, erlitt das bürgerliche Lager dramatische Verluste. Dagegen übertraf der Erfolg der NSDAP selbst die eigenen Erwartungen. Ihre Stimmenzahl stieg von gut 800 000 auf über 6,4 Millionen, das entsprach einem Anteil von 18,3 Prozent. Damit wurde die NSDAP auf Anhieb zweitstärkste Partei und zog mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein – ein politischer Erdrutsch, wie es ihn in der Geschichte der parlamentarischen Wahlen in Deutschland bis dahin noch nicht gegeben hatte.

Die NSDAP wird zweitgrößte Kraft im Reichstag

Der Wahlerfolg der NSDAP beförderte auch die Mitgliederentwicklung. Gab es Ende 1928 rund 97 000 NSDAP-Mitglieder, wuchs deren Zahl auf knapp 130 000 im September 1930 und sollte sich bis zur Machtübernahme im Januar 1933 auf annähernd 850 000 steigern.

Wählerinnen und Wähler der NSDAP

Woher kamen die Stimmen für die NSDAP? Erstens konnten die Nationalsozialisten stärker als andere Parteien bisherige Nichtwähler, vor allem in den ländlichen Wahlkreisen, mobilisieren und vom generellen Anstieg der Wahlbeteiligung profitieren. Zweitens konnten sie in hohem Maße Stimmen aus dem deutschnationalen und rechtsbürgerlichen Lager abziehen.

Zerfall des bürgerlich-protestantischen Lagers

Das bürgerlich-protestantische Lager aus Deutschnationaler Volkspartei (DNVP), Deutscher Volkspartei (DVP) und Deutscher Demokratischer Partei (DDP), das durch das Kaiserreich geprägt war, zerfiel unter den neuen, radikalisierten politischen Bedingungen. Gegenüber den „Altparteien“ pflegte die NSDAP das Image einer jungen Volkspartei, die klassen- und schichtenübergreifend die deutsche „Volksgemeinschaft“ schaffen wollte. Neue soziale Gruppen wie die Angestellten und die wachsende Bedeutung der Großstädte trugen dazu bei, dass die bisherigen sozialen Milieus sich aufzulösen begannen.

So hatten die Nationalsozialisten Erfolg in den protestantisch geprägten Gegenden. Bei allen Wahlen nach 1928 ist ein starker statistischer Zusammenhang zwischen dem Anteil evangelischer Wählerinnen und Wählern und den Stimmengewinnen der NSDAP zu beobachten. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 war vom protestantischen Preußen dominiert worden. Deutscher Nationalismus und Protestantismus waren seither eng miteinander verbunden, was der NSDAP mit ihren extrem nationalistischen Parolen zugutekam.

Schwerer tat sich die NSDAP in den mehrheitlich katholischen Gegenden. Deutschland war zu gut zwei Dritteln protestantisch und einem Drittel katholisch geprägt, und im Vergleich zur heutigen Bundesrepublik zeichnete sich die Weimarer Republik durch eine hohe konfessionelle Homogenität in den jeweiligen Regionen aus. Aufgrund des staatlich-protestantischen Kulturkampfes gegen den Katholizismus von Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich ein eigenes katholisches Milieu mit einer eigenen

Zerfall des katholischen Milieus

politischen Partei, dem Zentrum, gebildet. Noch bei den Reichstagswahlen im März 1933 konnten Zentrum und sein regionaler Ableger, die Bayrische Volkspartei (BVP), über vierzig Prozent der katholischen Wählerinnen und Wähler an sich binden. Danach allerdings zerfiel auch die Stabilität des katholischen Milieus und der Nationalsozialismus gewann auch dort an Zulauf.

Die wichtigste Gruppe der NSDAP-Wählerinnen und Wähler schienen nach zeitgenössischer Ansicht die Mittelschichten zu sein. Nach der Septemberwahl 1930 prägte der Soziologe Theodor Geiger (1891–1952) das Schlagwort von der „Panik im Mittelstand". Das Milieu der Arbeiter galt den Zeitgenossen als weniger anfällig für den Nationalsozialismus. Demgegenüber ist jedoch festzuhalten, dass keineswegs alle Arbeiter in der Weimarer Republik links wählten. Die Arbeiterschaft stellte zwar die größte soziale Gruppe der Wahlberechtigten, aber zu ihr zählten die ostelbischen Landarbeiter ebenso wie Heimarbeiter aus dem Erzgebirge und Arbeiter in kleinen Handwerksbetrieben. Nur eine Minderheit gehörte zur klassischen Industriearbeiterschaft, die überwiegend sozialdemokratisch wählte. Hingegen neigte sich die Beamtenschaft, die aufgrund der desaströsen Lage der öffentlichen Haushalte durch die Wirtschaftskrise unter Gehalts- und Pensionskürzungen litt, deutlich stärker den Nationalsozialisten zu, die sich als Verteidiger ihrer Interessen anboten.

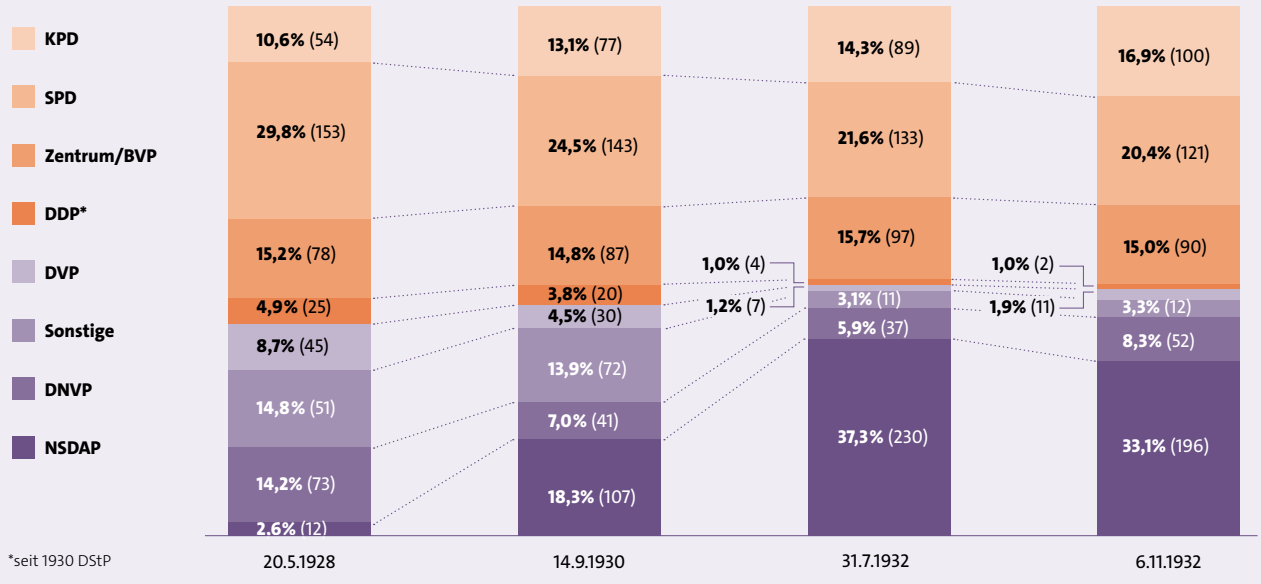
Die Frauen, wie immer wieder vermutet wird, verhalfen keineswegs Hitler und der NSDAP zur Macht. Obwohl Frauen deutlich mehr Wahlberechtigte stellten als Männer, gehörten sie eher zu den Nichtwählerinnen. Und unter den Frauen, die zur Wahl gingen, stimmte die Mehrheit für die konservativen Parteien der Mitte und nicht für die Radikalen am rechten oder linken Rand.

Schaut man auf die Mitgliedschaft der NSDAP, so bildete vor allem die angehende akademische Elite eine wichtige Gruppe. Es gab neunmal so viele Studierende in der NSDAP wie in der erwerbstätigen Bevölkerung insgesamt. Und es waren die Universitäten, an denen die Nationalsozialisten frühe Triumphe feiern konnten. Wegen der Wirtschaftskrise besaßen zehntausende Hochschulabsolventen, die zu einem Großteil aus der Mittelschicht stammten und die ersten waren, die in ihrer Familie das Abitur und ein Studium absolviert hatten, kaum Aussicht auf einen Arbeitsplatz. Für diese jungen Leute war die Idee einer „Volksgemeinschaft" attraktiv. Sie entsprach, wie der Historiker Götz Aly schreibt, „dem Bedürfnis, bei Verlassen tradierter sozialer Milieus mit gleichermaßen mobilisierten Menschen eine dem Neuen und der Zukunft zugewandte Gemeinschaft zu bilden und gesellschaftliche Orte zu schaffen, an denen die jeweilige Herkunft eine vergleichsweise geringe Rolle spielte".

Dies wurde durch die Altersstruktur ihrer Mitglieder untermauert. Die neuen Mitglieder, die der Partei bis 1933 zuliefen, waren im Durchschnitt etwa 31 Jahre alt. Weit über zwei Drittel der SA-Mitglieder waren unter 30 Jahre alt. Hitler selbst ließ keine Gelegenheit aus, die „Kraftlosigkeit und

Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1928 bis 1932

Stimmanteile und Zahl der Mandate



Quelle: Grafik nach GHWK, Zahlen nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 52, 1933, S. 539.

Indifferenz der Väter“ anzuprangern und sich selbst auch als „Führer“ der Jugend zu feiern. Die NSDAP präsentierte sich als junge, klassenübergreifende „Volkspartei“, die imstande wäre, die Wünsche nach Einheit und Sicherheit in einer künftigen „Volksgemeinschaft“ zu erfüllen.

Das Ende der Weimarer Republik

Ohne parlamentarische Mehrheit, nur mit Tolerierung seitens der Sozialdemokraten und auf der Grundlage von Notverordnungen des Reichspräsidenten setzte Reichskanzler Brüning seine Regierung auch nach dem September 1930 fort. Die parlamentarische Republik verwandelte sich in ein autoritäres Präsidialsystem, ohne dass es Brüning gelang, der schweren Wirtschaftskrise Herr zu werden. Statt mit kreditfinanzierten staatlichen Investitionsprogrammen die Wirtschaft wiederzubeleben, wie es die USA unter Franklin D. Roosevelt (1882–1945) taten, sollte durch massive Kürzungen bei den staatlichen Ausgaben die Verschuldung abgebaut und das Lohnniveau gesenkt werden. Damit verschärfte sich der Konjunktureinbruch dramatisch. Das Bruttosozialprodukt, gemessen am Stand 1928 (= 100), ging 1931 auf 79, 1932 auf 65 zurück. Entsprechend sanken die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltseinkommen. Offiziell stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 5,3 Millionen 1932, wobei der Historiker Hans-Ulrich Wehler schätzt, dass die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen 1932 bei acht Millionen lag, was einer Arbeitslosenquote von 37 Prozent entsprach. Vor allem junge Menschen, die am Anfang ihrer Berufsausbildung standen, waren von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Wahlen 1932

Als Anfang 1932 der Reichspräsident neu gewählt werden musste, schloss sich die NSDAP nicht dem Bündnis zur Unterstützung einer Wiederwahl Hindenburgs an, sondern stellte mit Hitler ihren eigenen Kandidaten auf. Als „Führer des jungen Deutschlands“ stilisierte ihn die Partei gegen das „sterbende System“ von Weimar und den greisen Hindenburg. Im ersten Wahlgang am 13. März 1932 lag Hindenburg mit 49,6 Prozent deutlich vor Hitler, der 30,1 Prozent der Stimmen erhielt, hatte jedoch die erforderliche absolute Mehrheit verfehlt. Zwar siegte in der Stichwahl am 10. April Hindenburg mit 53 Prozent, aber Hitlers Stimmenanteile stiegen noch einmal auf 36,8 Prozent – ein doppelt so hohes Wahlergebnis für die Nationalsozialisten wie bei den Reichstagswahlen 1930. In den Landtagswahlen der kommenden Monate ging die NSDAP bis auf das katholisch geprägte Bayern überall als stärkste Partei hervor.

Die politischen Verwerfungen sowie die anhaltende wirtschaftliche Krise sorgten dafür, dass das Vertrauen in die Kompetenz Brünings schwand. Hindenburg entließ Brüning daher Ende Mai und ernannte den deutschnationalen Franz v. Papen



Arbeitslose stehen Schlange im Hof des Arbeitsamtes Hannover, 1930.



Wahlkampf mit Großplakaten für Hindenburg und Hitler zur Wahl des Reichspräsidenten 1932

(1879–1969) zum neuen Reichskanzler. Dieser setzte sogleich Neuwahlen für den 31. Juli an, weil Hitler die Duldung der Papen-Regierung im Reichstag durch die Nationalsozialisten an Neuwahlen geknüpft hatte.

Für den Wahlkampf organisierte die NSDAP unter dem Motto „Hitler über Deutschland“ vier Deutschlandflüge Hitlers, mit denen er jeweils zu Großkundgebungen eingeflogen wurde. Diese Flüge, die das Bild eines über den Klassen schwebenden Heilsbringers inszenierten, trugen entscheidend dazu bei, dass Hitler die Massen erreichte wie kein deutscher Politiker vor ihm. Zwischen April und November 1932 hielt er insgesamt

148 Massenkundgebungen ab, meistens vor einem Publikum von 20 000 bis 30 000 Menschen, sodass ihn tatsächlich Millionen Deutsche in diesem Jahr unmittelbar erlebten und hörten.

Der „Altonaer Blutsonntag“

Bestimmt wurde der Wahlkampf aber auch durch exzessive Gewalt, nicht zuletzt, weil die Regierung v. Papen das von Brüning verfügte SA-Verbot wieder aufgehoben hatte. Allein in den zehn Tagen vor der Wahl wurden in Preußen 24 Menschen getötet und über 280 verletzt. Als am Sonntag, den 17. Juli, in Altona nahe Hamburg ein nationalsozialistischer Demonstrationszug provozierend durch die Arbeiterviertel marschierte, kam es zu einer Schießerei zwischen Polizei, Demonstranten und Einwohnern, bei der 18 Menschen, zumeist unbeteiligte Anwohner und Passanten, getötet wurden. Der „Altonaer Blutsonntag“ bildete den äußeren Anlass für die Reichsregierung unter v. Papen, mit einer Notverordnung am 20. Juli die preußische Regierung für abgesetzt zu erklären und v. Papen selbst als kommissarischen Ministerpräsidenten Preußens einzusetzen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der sozialen Krise wagten Sozialdemokraten und Gewerkschaften keinen Generalstreik gegen diesen verfassungswidrigen Staatsstreich von rechts.

Wahlkampf als emotionales Erlebnis

Tagebucheintrag von Luise Solmitz vom 23. April 1932, die eine von Hitlers Massenkundgebungen in Hamburg besuchte:

„Um 11 fuhren wir nach Lokstedt auf die stillgelegte Aschenbahn von riesigen Ausmassen. […] Sommerlich heiss strahlte die Sonne u. gestaltete alles zu einem Bild fröhlichster Erwartung; es war wundervoll. Tadellose Ordnung u. Disziplin, obwohl die Polizei den ganzen Platz den Ordnern überließ u. sich am Rande aufhielt. Keiner sagte ‚Hitler‘, voll unendlichen Vertrauens u. gläubiger Liebe immer nur ‚der Führer‘. […] Es ging auf drei Uhr. ‚Der Führer kommt!‘ Ein Ruck ging durch die Massen. Auf der Rednertribüne sah man Hände zum Hitlergruß ausgestreckt. Ein Redner eröffnete die Versammlung, schalt aufs ‚Sischtem‘, keiner hörte auf ihn, Hitler, Hitler flog es durch alle Herzen. […] Ein zweiter Redner hieß Hitler willkommen u. gab den Weg frei für den, der 120.000 Menschen zu sich gezogen hatte […]. – Da stand Hitler, im einfachen schwarzen Rock, ein männlicher Mann, nicht weiblicher, aber hinreißend u. blickte wartend über die Menge. Ein Hakenkreuzfähnlein rauschte empor, in brausendem Heilruf machte sich der Jubel über diesen Augenblick Luft. Freundlich wartend stand Hitler. Dann sprach er. Hauptgedanke: Aus Parteien soll ein Volk werden, das deutsche Volk. […] Als die Rede beendet war, erhob sich brausender Jubel u. Zuruf. Hitler grüßte dankte, das Deutschlandlied tönte über die Bahn. […] Man half Hitler in den Mantel. Dann ging er. […] So wie wir alle zu Hitler aufsehen, in ergreifender Gläubigkeit, wie zu dem Helfer, Erretter, zu dem Erlöser aus so übergroßer Not. Zu ihm, der den preuß. Prinzen, den Gelehrten, den Geistlichen, den Bauern, den Arbeiter, den Erwerbslosen aus der Partei rettet ins Volk hinein.“

Zitiert nach: Staatsarchiv Hamburg, Bestand 622-1/140.

Als am Abend des 31. Juli die Wahllokale schlossen, war einer der erbittertsten Wahlkämpfe der Weimarer Jahre zu Ende gegangen. Die liberal-konservative bürgerliche Mitte war der entscheidende Verlierer der Wahl, auch die Deutschnationalen verbuchten Verluste; die Sozialdemokraten verloren zehn Sitze und errangen nur noch 21,6 Prozent der Stimmen; die KPD gewann zwölf Mandate hinzu und kam auf 14,3 Prozent. Die NSDAP dagegen war die herausragende Gewinnerin: Mit 37,3 Prozent der Stimmen und 230 Reichstagsmandaten waren die Nationalsozialisten zur mit Abstand stärksten Partei in Deutschland geworden.

Politische Krise 1932/33

Hitler machte sich nach diesem Wahlsieg berechtigte Hoffnungen, von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt zu werden. Eine Unterredung zwischen den beiden am 13. August verlief ergebnislos, da Hitler Hindenburgs Aufforderung ablehnte, in eine Regierung unter v. Papen einzutreten, sondern kompromisslos auf seinem Führungsanspruch beharrte. Damit stürzte die NSDAP als eine schon siegesgewisse und machthungrige Partei in eine schwere Krise. Die SA ließ ihrem Hass freien Lauf, zerstörte sozialdemokratische Parteibüros und jüdische Geschäfte und griff demokratische Abgeordnete mit Gewalt an.

Die aufgeflammte Gewalt und der Hass konnten indes nicht über die politische Sackgasse hinwegtäuschen, in die sich die NS-Führung unter Hitler manövriert hatte. Die Regierung v. Papen hatte die große Mehrheit des Parlaments gegen sich, Neuwahlen wurden unvermeidlich. In der Bevölkerung machte sich Enttäuschung breit über die Unfähigkeit der Parteien, eine Lösung der politischen Krise zu finden. Der Stimmenanteil der NSDAP in den erneuten Reichstagswahlen am 6. November 1932 fiel auf 33,1 Prozent, sie blieb aber deutlich stärkste Partei. Die politisch festgefahrene Lage wurde mit dem Wahlergebnis nicht verändert.

Während sich die politische Krise zuspitzte, versuchten zugleich einflussreiche Akteure aus Wirtschaft und Militär, die weitere Entwicklung aktiv mitzugestalten. Mitte November trat v. Papen zurück. Sein Nachfolger, der bisherige Reichswehrminister General Kurt v. Schleicher (1882–1934), unternahm den Versuch, eine „Querfront“ mit den Gewerkschaften und einem Teil der NSDAP unter dem Organisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, zu bilden, um politische Unterstützung im Reichstag zu erhalten. Aber Hitler behielt die Kontrolle; Straßer trat von allen Parteiämtern zurück und verließ Berlin. Beide, Gregor Straßer wie Kurt v. Schleicher, wurden anderthalb Jahre später Mordopfer bei der blutigen Säuberungsaktion gegen die SA-Führung im Juni 1934 (↗ S. 43).

Die herrschenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten hatten die Demokratie längst abgeschrieben. Die Wirtschaftselite verlangte eine autoritäre, unternehmensfreundliche Politik, die insbesondere die Kommunisten,

aber auch die Sozialdemokraten radikal bekämpfen sollte. Einflussreiche Reichswehrgeneräle wie Werner von Blomberg (1878–1946) unterstützten die Machtübertragung an die Nationalsozialisten, weil sie damit eine Stärkung der Stellung des Militärs im Staat und in der Gesellschaft erwarteten. Sie alle setzten auf einen autoritären Staat unter Einschluss der Nationalsozialisten, die sie hofften, zähmen zu können. Auf diese Weise waren sie entscheidend daran beteiligt, die Nationalsozialisten an die Macht zu bringen.

Hitler wird Reichskanzler

In Geheimgesprächen einigten sich v. Papen und Hitler auf ein neues Kabinett unter einem Reichskanzler Hitler, in dem nationalsozialistische Minister in der Minderheit blieben. „In zwei Monaten", soll v. Papen gesagt haben, „haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht" – eine ebenso bornierte wie katastrophale Fehleinschätzung. Denn Hitler und die NS-Führung waren keineswegs gewillt, nur die Steigbügelhalter für die alte Herrenklasse zu spielen. Sie wollten die politische wie gesellschaftliche Ordnung in Deutschland grundlegend verändern.













Wahlplakate verschiedener Parteien zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932

MICHAEL WILDT

Machteroberung 1933

In wenigen Monaten bauten die Nationalsozialisten die Weimarer Republik in eine Diktatur um. Neben Gewalt und Terror gegen andersdenkende und jüdische Menschen setzten sie auch auf Mobilisierung.


↗ S. 75

»Was macht eine Demokratie, wenn eine Mehrheit des Volkes sie nicht mehr will?«

Sebastian Haffner

Die Geschwindigkeit und Radikalität, mit der die Nationalsozialisten 1933 innerhalb weniger Monate den Staat umbauten, war für viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen schockierend und kaum glaublich, für viele andere mitreißend. Mit einem geschickten Spiel aus Gemeinschaftsversprechen auf der einen sowie radikaler Ausgrenzung, Terror und Verfolgung auf der anderen Seite gelang es den Nationalsozialisten, die republikanische Verfassungsordnung, auch wenn sie formal erhalten blieb, auszusetzen und eine auf der Vorstellung einer Einheit von Volk, Rasse und Führer gegründete Diktatur zu errichten, die sich der Zustimmung einer großen Mehrheit der Deutschen sicher sein konnte.

Ohne die Rücksichtslosigkeit, mit der nicht bloß die Nationalsozialisten, sondern auch die Deutschnationalen die Weimarer Verfassungsordnung zu Grabe tragen wollten, aber auch ohne den Terror durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und Konzentrationslager hätte diese Auflösung der verfassungsmäßigen politischen Ordnung nicht diesen Verlauf nehmen können. Ebenso unerlässlich war die aktive Mithilfe etlicher gesellschaftlicher Organisationen. Es gab, kommentierte der Journalist Sebastian Haffner (1907–1999), der als wacher Zeitgenosse das Geschehen beobachtete und 1939 nach Großbritannien ins Exil ging, im Rückblick, „ein sehr verbreitetes Gefühl der Erlösung und Befreiung von der Demokratie. Was macht eine Demokratie, wenn eine Mehrheit des Volkes sie nicht mehr will?“

Übernahme des Staates

30. Januar

„Es ist fast ein Traum“, notierte Joseph Goebbels am 30. Januar 1933 in seinem Tagebuch. „Die Wilhelmstraße [Sitz der Reichskanzlei und verschiedener Ministerien in Berlin, Anm. d. Red.] gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei.“ Nachdem Hindenburg für Papens Plan eines vereinigten rechten Kabinetts unter Hitler gewonnen war, vereidigte der Reichspräsident am Mittag des 30. Januar die neue Regierung und ernannte Hitler zum Reichskanzler.

Auf den ersten Blick sah es so aus, als hätte sich gegenüber der bisherigen Politik nicht viel geändert. Der ehemalige Reichskanzler und Vertraute Hindenburgs, Franz v. Papen, war Vizekanzler; Reichsaußenminister Konstantin v. Neurath (1873–1956), Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin v. Krosigk (1887–1977) und der Reichsjustizminister Franz Gürtner (1881–1941) blieben im Amt. Als starker Mann im Kabinett galt Alfred Hugenberg, der sowohl das Wirtschafts- als auch das Landwirtschaftsministerium übernahm. Hinzu kam der Führer des „Stahlhelms“, Franz Seldte (1882–1947), als Reichsarbeitsminister, und Generalleutnant Werner v. Blomberg als neuer Reichswehrminister. Nur wenige Nationalsozialisten gehörten dem neuen Kabinett an: neben Hitler als Reichskanzler Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und Hermann Göring (1893–1946), zugleich kommissarischer preußischer Innenminister und Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Doch zeigten die Fackelzüge in Berlin und überall im Reich am Abend des 30. Januar, dass die Nationalsozialisten ernst machen wollten mit der angekündigten „nationalen Erhebung“. Nicht die Einbindung der NS-Führung in die Kabinettsdisziplin, sondern die Zurückdrängung der Deutschnationalen in der Reichsregierung und die nationalsozialistische Machteroberung zeichnete die nächsten Monate aus. Einig waren sich Deutschnationale und Nationalsozialisten allerdings darin, dass die kommenden Wahlen, die Hitler zur Bedingung gemacht hatte, die letzten sein sollten. Danach sollte unabhängig von der Verfassung mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes diktatorisch regiert werden.

Terror im Wahlkampf

Was in den Wochen nach dem 30. Januar 1933 folgte, war die klare Willensbekundung, die errungene Macht nicht mehr aufzugeben und Deutschland radikal umzugestalten. Drei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler erklärte Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine: „Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der politischen Macht. […] Völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände in Deutschland. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. […] Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!“



Die neue Reichsregierung am 30. Januar 1933: vordere Reihe (v. l.) Hermann Göring, Adolf Hitler, Franz von Papen; hintere Reihe (v. l.) Franz Seldte, Günther Gereke, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Wilhelm Frick, Werner von Blomberg, Alfred Hugenberg

Am 1. Februar löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und beraumte Neuwahlen für den 5. März an. Sie sollten mit einem demonstrativen Sieg für die Nationalsozialisten enden, wofür alle staatliche Macht eingesetzt wurde. Kommunistische Demonstrationen wurden verboten, die Versammlungs- und Pressefreiheit per Verordnung des Reichspräsidenten eingeschränkt. Dennoch versammelten sich in Berlin am 7. Februar rund 200 000 Menschen im Lustgarten, um gegen die Einschränkungen der Bürgerrechte zu demonstrieren. Auch in anderen Städten kam es zu großen Kundgebungen. Zwar gelang aufgrund der festgefahrenen

Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit



Im Januar 1933 demonstrieren Anhängerinnen und Anhänger von SPD und KPD gemeinsam als Einheitsfront auf dem Messeplatz in Leipzig.

Reaktionen auf Hitlers Machtantritt

Klaus Mann, Sohn von Thomas Mann und selbst Schriftsteller, Tagebucheintrag vom 30. Januar 1933: *„Die Nachricht, dass Hitler Reichskanzler. Schreck. Es nie für möglich gehalten. (Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten).“*

Klaus Mann, Tagebücher 1931–1933, hg. von Joachim Heimannsberg, Peter Laemmle, Wilfried Schoeller, rororo, Reinbek bei Hamburg (Dt. Erstausgabe München 1989) 1995, S. 113.

André François-Poncet, französischer Botschafter in Berlin, in einem Bericht nach Paris im April 1933: *„Als am 30. Januar das Kabinett Hitler/Papen an die Macht kam, versicherte man, dass die Regierung der Deutschnationalen [...] Hitler und seinen Mitkämpfern Paroli bieten würden, dass die Nationalsozialisten mit der Feindschaft der Arbeiterklasse zu rechnen haben und dass schließlich die Katholiken der Zentrumspartei die Legalität verteidigen würden. Sechs Wochen später muss man feststellen, dass all diese Dämme, die die Flut der Hitler-Regierung zurückhalten sollten, von der ersten Welle hinweggespült wurden.“*

Zitiert nach: Josef und Ruth Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, München 1993, S. 217.

Luise Solmitz, deutschnationale Lehrerin in Hamburg, Tagebucheintrag vom 30. Januar 1933: *„Was für ein Kabinett!!! Wie wir es im Juli nicht zu erträumen wagten. Hitler, Hugenberg, Seldte, Papen!!! An jedem hängt ein großes Stück meiner deutschen Hoffnung. Nationalsozialistischer Schwung, deutschnationale Vernunft, der unpolitische Stahlhelm und der von uns unvergessene Papen. [...] Riesiger Fackelzug vor Hindenburg und Hitler durch Nationalsozialisten und Stahlhelm, die endlich, endlich wieder miteinandergehen. Das ist ein denkwürdiger 30. Januar!“*

Zitiert nach: Tagebucheintrag vom 30. Januar 1933, Staatsarchiv Hamburg, Bestand 622-1/140.

Sebastian Haffner, Journalist, Erinnerungen: *„Ich weiß nicht genau, wie die allgemeine erste Reaktion war. Die meine war etwa eine Minute lang richtig: Eisiger Schreck. [...] Dann schüttelte ich das ab, versuchte zu lächeln, versuchte nachzudenken, und fand in der Tat viel Grund zur Beruhigung. Am Abend diskutierte ich die Aussichten der neuen Regierung mit meinem Vater, und wir waren uns einig darüber, daß sie zwar eine Chance hatte, eine ganze hübsche Menge Unheil anzurichten, aber kaum eine Chance, lange zu regieren.“*

Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Deutsche Verlags-Anstalt in der Gruppe Random House, München 2003, S. 104 f.

Victor Klemperer, jüdischer Hochschullehrer in Dresden, Tagebucheintrag vom 21. Februar 1933: *„Seit etwa drei Wochen die Depression des reaktionären Regiments. Ich schreibe hier nicht Zeitgeschichte. Aber meine Erbitterung, stärker, als ich mir zugetraut hätte, sie noch empfinden zu können, will ich doch vermerken. Es ist eine Schmach, die jeden Tag schlimmer wird. Und alles ist still und duckt sich, am tiefsten die Judenheit und ihre demokratische Presse. – Eine Woche nach Hitlers Ernennung waren wir (am 5.2.) bei Blumenfelds mit Raab zusammen. Raab, Gschaftlhuber, Nationalökonom, Vorsitzender des Humboldtclubs, hielt eine große Rede und erklärte, man müsse die Deutschnationalen wählen, um den rechten Flügel der Koalition zu stärken. Ich trat ihm erbittert entgegen. Interessanter seine Meinung, daß Hitler im religiösen Irrsinn enden werde... Am meisten berührt, wie man den Ereignissen so ganz blind gegenübersteht, wie niemand eine Ahnung von der wahren Machtverteilung hat. Wer wird am 5.3. die Majorität haben? Wird der Terror hingenommen werden, und wie lange? Niemand kann prophezeien.“*

Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941, Band 1, Berlin 1995, S. 6 f., © Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 1997, 2008.



Eine Menschenmenge protestiert am 7. Februar 1933 in Berlin gegen die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Auf einem Transparent steht der Spruch „Berlin bleibt rot!“. Rund um den Schriftzug sind die drei Pfeile, das Symbol der Eisernen Front, zu erkennen.

Feindschaft zwischen SPD und KPD kein Bündnis auf der Führungsebene, aber vor Ort kam es durchaus zu gemeinsamen Demonstrationen. Am 19. Februar versammelten sich rund tausend Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Berliner Kroll-Oper, um gegen die Knebelung von Kunst, Wissenschaft und Presse zu protestieren; und noch am 24. Februar hielt die KPD in Berlin eine letzte große Kundgebung ab.

Am 17. Februar wurde die Parteizentrale der KPD in Berlin von der Polizei besetzt und nach angeblichen Umsturzplänen durchsucht. Am selben Tag wies Göring die Polizei an, die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen, dagegen „dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten“ und, „wenn nötig, rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen“.

Wenige Tage später ordnete Göring die Aufstellung von 50 000 „Hilfspolizisten“ an, die ausschließlich aus SA, SS und „Stahlhelm“ rekrutiert werden sollten und mit Knüppeln und Pistolen bewaffnet wurden. Nun konnten zehntausende von SA-Schlägern als staatliche Polizisten ihren gewalttätigen Terror gegen die Linke ausüben.



Ein Schutzpolizist patrouilliert gemeinsam mit einem von Göring eingesetzten „Hilfspolizisten“ der SS durch die Straßen von Berlin, 5. März 1933.

Reichstagsbrand

Vor allem ein Ereignis kam den Nationalsozialisten zu Hilfe: der Brand des Reichstages am Abend des 27. Februar. Im brennenden Gebäude wurde ein junger Niederländer, Marinus van der Lubbe (1909–1934), gefunden, der den Brand aus Protest gegen den Nationalsozialismus gelegt hatte. Heute geht eine Mehrheit in der historischen Forschung davon aus, dass van der Lubbe den Brand allein legte, auch wenn die Frage weiterhin diskutiert wird, ob er von den Nationalsozialisten benutzt wurde. Für die NS-Führung stand von vornherein fest, dass der Brandanschlag das Fanal eines kommunistischen Aufstandsversuchs sei. Noch in der Nacht entschieden Hitler, Göring, Goebbels und v. Papen in kleiner Runde, eine Notverordnung ausarbeiten zu lassen, die tags darauf dem Reichskabinett als Entwurf vorlag.

„Reichstagsbrandverordnung“ tritt in Kraft

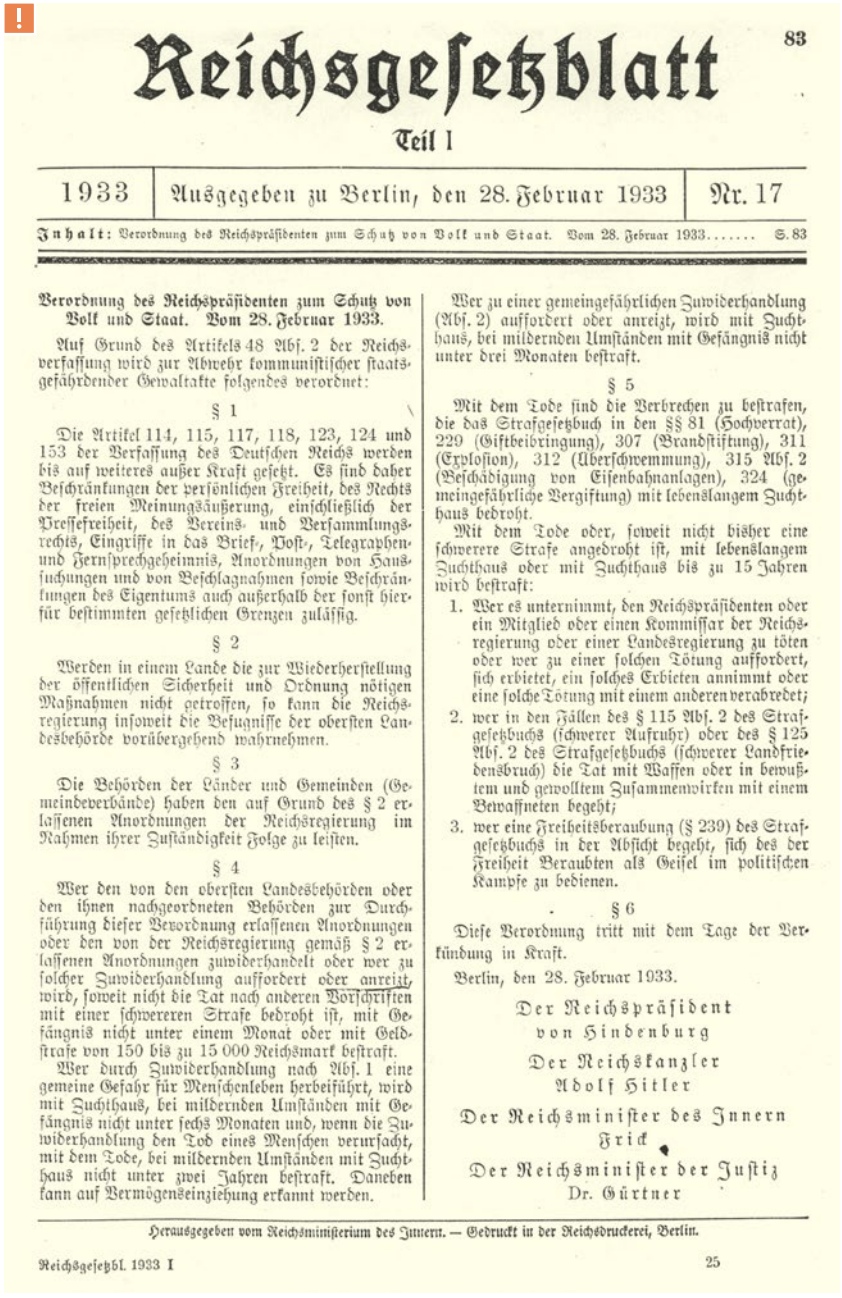
Am späten Nachmittag des 28. Februar 1933 unterschrieb Reichspräsident Hindenburg die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, bekannt als „Reichstagsbrandverordnung“. Mit ihr wurden wesentliche Grundrechte der Verfassung wie Freiheit der Person, die Unverletzbarkeit der Wohnung, das Post- und Telefongeheimnis, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Vereinigungsrecht sowie die Gewährleistung des Eigentums außer Kraft gesetzt. Statt wie bisher mit lebenslangem Zuchthaus konnten nun Hochverrat, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge, Attentate und selbst die Beschädigung von Eisenbahnanlagen mit dem Tod bestraft werden.

Im Unterschied zu früheren Notstandsverordnungen, die die Exekutivgewalt entweder einem militärischen Befehlshaber oder zivilen Reichskommissar übertragen hatten, ließ die Reichstagsbrandverordnung diese Frage offen und bestärkte damit wiederum die Machtbefugnis der Reichsregierung, die über die „nötigen Maßnahmen“ entscheiden konnte. Die Reichstagsbrandverordnung stärkte besonders die Macht der Polizei im NS-Regime und ließ erkennen, wie wenig die nationalsozialistische Führung in den traditionellen Kategorien eines vorübergehenden Staatsnotstands oder Belagerungszustandes dachte. Vielmehr wollte sie ein Instrument zur dauerhaften Festschreibung nationalsozialistischer Herrschaft mittels Polizei und Konzentrationslager schaffen. Bis zum Ende des NS-Regimes stellte die Reichstagsbrandverordnung die formale Legitimation der Geheimen Staatspolizei für deren Verhaftungen und Verfolgungen von deutschen Staatsbürgern dar. Der demokratische, jüdische Jurist Ernst Fraenkel (1898–1975), der 1938 in die USA flüchtete, nannte die Reichstagsbrandverordnung die „Verfassungsurkunde des Dritten Reiches“.

Reichstagsbrandverordnung als „Verfassungsurkunde des Dritten Reiches“

Schon in den Morgenstunden des 28. Februar, also bevor die Verordnung in Kraft trat, begannen die Verhaftungen nach vorbereiteten Listen; in den folgenden Tagen wurden allein in Preußen rund 5000 Menschen, in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten, festgenommen und interniert. Die SA verschleppte Angehörige der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Schulen, Kasernen, Keller und Parteilokale, wo sie geschlagen, gefoltert und ermordet wurden.

Trotz des Terrors gelang der NSDAP bei den Wahlen am 5. März 1933 nicht der erwartete Erfolg, sie blieb auf die Stimmen der Deutschnationalen



83

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933 | Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933 | Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzbl. 1933 I 25

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933“ wird am Tag nach dem Reichstagsbrand erlassen, weshalb sie auch als „Reichstagsbrandverordnung“ bekannt ist. Mit ihr werden Grundrechte weitgehend ausgesetzt und eine gesetzliche Grundlage für die Verfolgung politischer Feinde der NSDAP geschaffen. Faksimile und Volltext abrufbar unter: www.1000dokumente.de/Dokumente/Verordnung_des_Reichspr%E4sidenten_zum_Schutz_von_Volk_und_Staat

angewiesen. Zwar steigerten die Nationalsozialisten ihren Anteil noch einmal beachtlich und erhielten 43,9 Prozent der Stimmen, aber die absolute Mehrheit errangen sie nicht. Das katholische Zentrum und die Sozialdemokraten konnten dagegen trotz Unterdrückung ihren Stimmenanteil halten und selbst die KPD bekam noch 12,3 Prozent der Stimmen. Die NS-Führung feierte das Wahlergebnis trotzdem als Sieg und glaubte nun alle Legitimation zu besitzen, um die „nationalsozialistische Revolution“ voranzutreiben.

„Gleichschaltung“ der Länder

Gleich nach der Wahl vom 5. März wurden Länder und Kommunen „gleichgeschaltet“. Handhabe dazu bot der Paragraf 2 der Reichstagsbrandverordnung, der den Reichsinnenminister ermächtigte, in die Souveränität der Länder einzugreifen, falls diese nicht selbst geeignete Schutzvorkehrungen trafen. Innerhalb von nur wenigen Tagen setzte die Hitler-Regierung nationalsozialistische Reichskommissare in Hamburg, Bremen, Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern ein. Diese Machtübernahmen erfolgten nach stets gleichem Muster. Die jeweils örtliche SA marschierte vor den Rathäusern und Regierungsgebäuden auf, verlangte die Machtübergabe und drohte damit, die Gebäude zu stürmen. Das bot dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister Frick den Vorwand, unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die gewählten Landesregierungen abzusetzen und Nationalsozialisten als neue Machthaber einzusetzen.

Mit dem anschließenden Gleichschaltungsgesetz vom 31. März wurden die Landtage (bis auf Preußen, wo noch Franz v. Papen als Reichskommissar regierte), Bürgerschaften und kommunalen Parlamente sämtlich aufgelöst und nach den regionalen bzw. lokalen Stimmenverhältnissen der Reichstagswahl vom 5. März neu zusammengesetzt. Die kommunistischen Stimmen durften nicht gezählt werden, die sozialdemokratischen Sitze wurden einbehalten, sodass bald nur noch nationalsozialistisch dominierte Einheitsorgane übrigblieben. Diese Gebilde galten auf vier Jahre gewählt. Anfang April wurden in allen deutschen Ländern, bis auf Preußen, Reichsstatthalter eingesetzt, die meist identisch mit den jeweiligen Gauleitern der NSDAP waren und die Landesgewalt übernahmen. In Preußen übernahm am 11. April Hermann Göring als Ministerpräsident die Macht.

Damit hatten die Nationalsozialisten die politische Selbstständigkeit der Länder weitgehend beseitigt und ihre Macht im Staat weiter ausgebaut – parallel dazu schufen sie mit dem Ermächtigungsgesetz die rechtliche Grundlage ihrer Herrschaft.

Ermächtigungsgesetz

Am 23. März 1933 verabschiedete der Reichstag das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“, das der Regierung zunächst für vier Jahre das Recht verlieh, eigenmächtig Gesetze – sogar verfassungsändernde – zu erlassen, soweit sie nicht die Stellung des Parlaments, der Ländervertretung oder des Reichspräsidenten betrafen. Damit wurde die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive abgeschafft und das alleinige Recht des Parlaments, als gewählte Volksvertretung Gesetze zu erlassen, aufgehoben.

Die notwendige Zweidrittelmehrheit konnte nur durch die Zustimmung der katholischen Parteien erreicht werden. Die Verhandlungen mit den

Frühe Konzentrationslager



Häftlinge im „Gutschow-Keller“ in der Berliner Friedrichstraße 234, in dem die SA vom März bis Mai 1933 Hunderte Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden gefangen hielt und folterte.



Häftlinge des KZ Dachau, die eine Lagerstraße planieren müssen, 1933



Häftlingsappell im KZ Oranienburg, ca. 1933



SA-Lagerwache des KZ Oranienburg, 1933

Nationalsozialisten stellten die Zentrumspartei vor eine schwere Zerreißprobe. Doch schließlich siegte die Furcht, bei einer Ablehnung wieder wie unter Bismarck als „Reichsfeind“ dazustehen. Zudem versprach Hitler, die Rechte der katholischen Kirche nicht anzutasten. Auch aus dem Vatikan kamen positive Signale. „In Rom“, so berichtete Kardinal Faulhaber (1869–1952) den bayrischen Bischöfen über seine Begegnung mit dem Papst Anfang März, „beurteilt man den Nationalsozialismus wie den Faschismus als die einzige Rettung vor dem Kommunismus und Bolschewismus.“

Allein die SPD, deren Fraktion aufgrund von Verhaftungen, Verfolgung und Flucht nicht mehr vollzählig anwesend sein konnte, stimmte gegen das Gesetz. Der Fraktionsvorsitzende Otto Wels (1873–1939) begründete in einer mutigen Rede, die immer wieder hasserfüllt von den nationalsozialistischen Abgeordneten unterbrochen wurde, die Ablehnung des Gesetzes seitens seiner Partei. Er schloss mit einem Gruß an die „Verfolgten und Bedrängten“, deren Standhaftigkeit Bewunderung verdiene.

Mit 444 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen beschloss der Reichstag seine eigene Entmachtung. Man kann die Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes kaum unterschätzen. Zum einen nutzte die Hitler-Regierung ihre neue Macht, politische Gegner, Oppositionelle, Juden, Roma und Sinti, „erbkranke“ Menschen zu verfolgen und die Diktatur zu befestigen. Zum anderen verlieh das Gesetz diesen Maßnahmen formale Legalität, so dass zahllose Staatsbedienstete willfährig ausführten, was sie für „Recht“ hielten – oder dafür halten wollten.

»Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten.«

Otto Wels, SPD-Vorsitzender, am 23. März 1933 im Reichstag

Auszüge aus Otto Wels' Rede gegen das Ermächtigungsgesetz, 23. März 1933

Otto Wels (1873–1939) war von 1919 bis in die Zeit nach 1933 Vorsitzender der SPD. Er baute die Exilarbeit der SPD auf, zunächst in Prag, dann in Paris, wo er starb.

„[...] Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. [...] Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. [...] Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. [...]

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offen steht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

[...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Zitiert nach: Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode 1933, Band 457: Stenographische Berichte, Berlin 1934, S. 33 f. Online: www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00037.html

Ausgrenzung und Gemeinschaftsversprechen

Zerschlagung der pluralistischen Gesellschaft

Die Nationalsozialisten wollten nicht nur den Staat umbauen, sondern die Gesellschaft grundlegend verändern. Aus einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft sollte eine gleichgerichtete, rassistische und antisemitische „Volksgemeinschaft" entstehen. Menschen, die in nationalsozialistischer Perspektive „Fremdrassige", „Minderwertige" oder „Gemeinschaftsfremde" waren, sollten ausgegrenzt werden. Diejenigen, die von ihrem „Blut" und politischer Konformität in das nationalsozialistische Weltbild passten, sollten die „Volksgemeinschaft" bilden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Institutionen wie die Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände oder Kirchen, die eine plurale Gesellschaft verkörperten, zerschlagen, geschwächt oder grundlegend umgestaltet.

Tag von Potsdam

Am 21. März 1933 zelebrierte das Regime unter der Regie von Joseph Goebbels, der zehn Tage zuvor Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geworden war, die Eröffnung des neuen Reichstages – ohne die sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten – in der Potsdamer Garnisonskirche als Tag der nationalen Einigung mit Festgottesdienst, Salutschüssen und Aufmarsch von Reichswehr, SA und SS. Das Bild des Kanzlers, der sich ehrerbietig vor dem greisen Reichspräsidenten verbeugte, der Handschlag zwischen dem Gefreiten und dem Feldmarschall, sollte die nationalkonservativen Anhänger binden.



Am „Tag von Potsdam", 21. März 1933, inszeniert sich Hitler als junger Staatsmann, der sich vor dem greisen Reichspräsidenten Hindenburg verneigt.

Noch am selben Tag verkündete die Regierung sowohl eine Amnestie für Straftaten, die „im Kampfe für die nationale Erhebung des Deutschen Volkes" begangen worden waren, als auch eine Verordnung zur „Abwehr heimtückischer Angriffe", mit der jede Kritik an der Regierung mit Gefängnis bestraft werden konnte.

Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 begannen im Ruhrgebiet Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, die sich rasch im ganzen Reich ausbreiteten, häufig begleitet von gewalttätigen Ausschreitungen. Die NS-Führung bemühte sich, die „Einzelaktionen", wie sie in der NS-Terminologie hießen, unter Kontrolle zu bekommen. Doch hielt der Druck von der Parteibasis weiter an, sodass sich die Parteiführung Ende März entschloss, einen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte zu organisieren. Als Begründung dienten die internationalen Proteste, vor allem in den USA, gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland, die von den Nationalsozialisten als jüdisch gesteuerte Gräuelpropaganda hingestellt wurden.

Überall in Deutschland standen am Samstag, dem 1. April 1933, SA-Posten vor Geschäften mit jüdischen Inhabern, die aber angesichts der Drohungen ihre Läden größtenteils geschlossen hatten. Obwohl die Regimeführung immer wieder betonte, dass Ruhe und Disziplin herrschten, brach die Gewalt an etlichen Orten auf.

Außenpolitisch war der Boykott ein Fehlschlag, weil er den Eindruck von den Judenverfolgungen in Deutschland bestätigte; und auch innenpolitisch erwies er sich als wenig erfolgreich, weil offenkundig zahlreiche Deutsche die Aktion missbilligten, wie zum Beispiel aus Tagebüchern ersichtlich ist. Es trauten sich auch Deutsche, trotz der SA-Posten demonstrativ in den Geschäften einzukaufen, soweit sie überhaupt geöffnet hatten. Zahlreiche jüdische Besitzer schlossen ihre Läden an diesem Tag.

Wenige Tage nach dem Boykott nutzte die Hitler-Regierung die ihr durch das Ermächtigungsgesetz verliehene Macht, um das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April zu beschließen. Damit wurden sogenannte Nicht-Arier – es genügte, wenn ein Großelternteil jüdischer Religion war – aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Ebenso konnte politisch unliebsamen Staatsbediensteten gekündigt werden. Zugleich wurde die Betätigung jüdischer Rechtsanwälte eingeschränkt und zwei Wochen später ein Numerus clausus für jüdische Studenten eingeführt. Waren viele mit den Boykottmethoden und der antisemitischen Gewalt auch nicht einverstanden, so billigten sie doch die Verdrängung von Juden aus Berufen, in denen diese angeblich überproportional vertreten waren – nicht zuletzt profitierten zahlreiche Jungakademiker von den Entlassungen, da sie jetzt die Stellen der vertriebenen jüdischen Kolleginnen und Kollegen erhielten.



Mit dieser Propagandapostkarte wird Hitler in einer Reihe mit den als historischen Führern verehrten Friedrich II. König von Preußen, Reichskanzler Otto von Bismarck und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gestellt.

Zwar war die Zahl der Betroffenen durch Ausnahmeregelungen zunächst noch eingeschränkt, da diejenigen Juden vorerst von der Entlassung verschont wurden, die als Soldaten im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten. Doch war der Wille des Regimes, von Anfang an eine antisemitische Politik zu verfolgen, unmissverständlich zu erkennen. Rund 37 000 Jüdinnen und Juden flüchteten im ersten Jahr der NS-Herrschaft aus Deutschland, um der Verfolgung zu entgehen. Doch blieben die meisten jüdischen Deutschen in ihrer Heimat, weil sie annahmen, dass der antisemitische Kurs der NS-Regierung wieder abklingen würde und ein normales Leben in Deutschland – wenn auch unter deutlich

37 000 Jüdinnen und Juden flüchten 1933 aus Deutschland



Der Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber am 1. April 1933 soll propagandistisch ausgeschlachtet werden. Kameraleute filmen SA-Posten vor dem Berliner Kaufhaus Wertheim.

Erinnerung an den Boykott am 1. April 1933

Edwin Landau (1890–1975), jüdischer Eisenhändler und Klempner im westpreußischen Deutsch-Krone, berichtet in seinen 1940 verfassten Erinnerungen:

„Auch bei uns machten die Nazibanden die Straßen unsicher. So näherte sich der 1. April, der Tag des Judenboykotts. Bereits am frühen Morgen des Freitag sah man die SA mit ihren Transparenten durch die Stadt ziehen. ‚Die Juden sind unser Unglück', ‚Gegen die jüdische Greuelpropaganda im Auslande'. In den Vormittagsstunden begannen sich die Posten der Nazis vor die jüdischen Geschäfte zu stellen, und jeder Käufer wurde darauf aufmerksam gemacht, nicht bei Juden zu kaufen.

Auch vor unserem Lokal postierten sich zwei junge Nazis und hinderten die Kunden am Eintritt. [...] Und für dieses Volk hatten wir jungen Juden einst im Schützengraben gestanden und haben unser Blut vergossen, um das Land vor dem Feind zu beschützen. Gab es keinen Kameraden mehr aus dieser Zeit, den dieses Treiben anekelte? Da sah man sie auf der Straße vorübergehen, darunter gar viele, denen man Gutes erwiesen hatte. Sie hatten ein Lächeln auf dem Gesicht, das ihre heimtückische Freude verriet. [...]

Ich nahm meine Kriegsauszeichnungen und legte sie an, ging auf die Straße und besuchte jüdische Geschäfte, wo man mich auch zuerst anhielt. Aber in mir gärte es, und ich hätte am liebsten diesen Barbaren meinen Haß ins Gesicht geschrien. Haß, Haß – seit wann hatte dieses Element in mir Platz ergriffen? – Seit einigen Stunden erst war in mir eine Wandlung eingetreten. Dieses Land, und dieses Volk, das ich bisher liebte und schätzte, war mir plötzlich zum Feinde geworden. Ich war also kein Deutscher mehr, oder ich sollte es nicht mehr sein. [...] Plötzlich erschien mir auch die Straße fremd, ja die ganze Stadt war mir fremd geworden. [...]

Trotz alledem kamen auch noch an diesem Tage eine Anzahl Kunden zu mir, besonders Katholiken, und es war so mancher dabei, der mich nur aus Protest gegen das Treiben da draußen besuchte. Auch der Bürodirektor des Landrats kam, um, wie er so schön sagte, mir nur die Hand zu drücken. Als ich ihm dankerfüllt sagte, er möge meinetwegen nicht seine Stellung aufs Spiel setzen und an seine Familie denken, antwortete er voll Stolz: ‚Ich bin Parteimitglied Nr. 20 der Deutschnationalen Volkspartei; was soll mir passieren?' Der arme Idealist, er sollte bald gewahr werden, daß auch diese Partei nicht mehr gelten sollte. Aber ich war ihm von Herzen dankbar, denn in mir war es wund. [...]

In der Wohnung rüstete meine Frau zum Sabbat. Ich ging in die Synagoge wie viele andere Juden. Dort sah ich verzweifelte Gesichter [...]. Wenig Trost gab mir das Gebet, und ebenso erschüttert ging ich nach Hause zur Frau und zu den Kindern. Und als ich dort, wie stets, im Kreise meiner Familie den Sabbat einweihte, als ich an die Stelle im Gebet kam, ‚der Du uns erwählt hast von allen anderen Völkern' und meine Kinder sah, die mich mit ihren unschuldigen und fragenden Augen anblickten, da war es mit meiner Fassung vorbei; da entlud sich in mir die Schwere des erlebten Tages, und ich brach zusammen, die letzten Worte nur noch stammelnd. Die Kinder wußten oder begriffen nicht, warum ich heftig weinte, aber ich wußte: Das war mein Abschied vom Deutschtum, meine innere Trennung vom gewesenen Vaterland – ein Begräbnis. Ich begrub 43 Jahre meines Lebens."

Edwin Landau, „Mein Leben", in: Mitteilungen des Verbandes der ehemaligen Breslauer und Schlesier in Israel, Nr. 48 und 49, Nachtrag. Tel Aviv 1981, S. 55. Zitiert nach: Monika Richarz (Hg.), Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780–1945, München 1989, S. 385 ff.



Die Schaufenster eines Geschäftes jüdischer Inhaber sind beschmiert worden. Berlin, April 1933

erschwerten Bedingungen – auch weiterhin möglich sein würde.

Nach 1933 ging die Zahl der vertriebenen deutschen Jüdinnen und Juden (ohne Österreich) auf über 20 000 jährlich leicht zurück, stieg nach den Nürnberger Gesetzen von 1935, die Juden zu Bürgern zweiter Klasse machten (↗ S. 66 ff.), wieder an und erreichte 1938 mit 40 000 und 1939 mit 78 000 ihren Höhepunkt, bevor die Auswanderung vom NS-Regime 1941 verboten wurde. Insgesamt konnten 270 000 deutsche Juden der nationalsozialistischen Verfolgung durch Emigration entrinnen, davon 70 000 nach Palästina und gut 113 000 in die USA.

Kirchen

Die Ausgrenzungspolitik des NS-Regimes stellte auch die Kirchen vor die Frage, wie sie sich zu dieser verhalten sollten. Viele Christinnen und Christen hofften auf ein klares öffentliches Wort ihrer Kirchen, doch dieses blieb weitgehend aus. Zugleich gerieten die Kirchen selbst zunehmend unter politischen Anpassungsdruck. Kein Bischof, keine Kirchenleitung, keine Synode protestierte gegen die Diskriminierung der jüdischen Deutschen. Auch unter der katholischen Bevölkerung gewann der Nationalsozialismus an Zustimmung, obwohl in den katholischen Jugendverbänden nach wie vor der Wille zur Selbstbehauptung stark war.

Demgegenüber hatten zahlreiche protestantische Wählerinnen und Wähler der NSDAP schon in der Weimarer Republik ihre Stimmen gegeben, evangelische Pastoren hatten für sie geworben. Selbst der bekannte protestantische Berliner Bischof Otto Dibelius (1880–1967), der später Mitglied der oppositionellen Bekennenden Kirche wurde, die sich gegen die angepasste Kirchenleitung wandte, schrieb zu Ostern 1933 an die Pastoren seiner Provinz in einem vertraulichen Rundbrief, dass für die Motive, aus denen die völkische Bewegung hervorging, „wir alle nicht nur Verständnis, sondern volle Sympathie haben. Ich habe mich trotz des bösen Klanges, den das Wort vielfach angenommen hat, immer als Antisemiten gewusst. Man kann nicht verkennen, dass bei allen zersetzenden Erscheinungen der modernen Zivilisation das Judentum eine führende Rolle spielt."

Doch die Zuversicht der NS-Führung auf rasche „Gleichschaltung" auch der protestantischen Kirchen trog. Der Versuch, durch die Ernennung des Königsberger Pfarrers Ludwig Müller (1883–1945) zum „Reichsbischof" eine politisch konforme zentrale Leitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche zu installieren, scheiterte. Der Widerstand der jeweiligen Landeskirchen, die auf der föderalen Struktur beharrten, war zu groß. Als die nationalsozialistischen Eiferer unter den Protestanten, die sich „Deutsche Christen" nannten, im November 1933 auf einer Großkundgebung lauthals die Abschaffung des Alten Testaments und der angeblich jüdischen Theologie des Paulus forderten, gründeten evangelische Pastoren einen Notbund, aus dem



Wahlen zu den Gremien der evangelischen Landeskirchen am 23. Juli 1933, hier vor der Marienkirche am Neuen Markt in Berlin. Die nationalsozialistischen „Deutschen Christen" gewinnen in fast allen Landeskirchen eine Mehrheit von rund zwei Drittel der abgegebenen Stimmen.

heraus sich die Bekennende Kirche entwickelte, die die Unabhängigkeit und Werte des christlichen Glaubens verteidigte.

Im Mai 1934 versammelten sich Vertreter aus allen evangelischen Glaubensgemeinschaften in Barmen zu einer Bekenntnissynode, auf der an der Heiligen Schrift als unantastbarem Fundament des Glaubens festgehalten wurde. Die evangelischen Gemeinden wurden damit in die Bekenntnischristen und die Deutschen Christen gespalten, auch wenn sich die große Mehrheit der Kirchenmitglieder keiner der beiden Strömungen anschloss. Viele der zahlreichen Anhänger des Nationalsozialismus in der evangelischen Kirche konnten ihren Glauben durchaus mit ihrer Zustimmung zum Regime verbinden.

Viele Mitglieder der evangelischen Kirche können Glauben mit Zustimmung verbinden

Zerschlagung der Gewerkschaften

Auch im Bereich von Arbeit und Wirtschaft setzte das NS-Regime rasch Maßnahmen durch, um bestehende Strukturen aufzulösen und im Sinne seiner Herrschaft neu zu ordnen. Obwohl Teile der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) anfangs versucht hatten, ihre Unabhängigkeit im NS-Regime dadurch zu bewahren, dass sie sich von der SPD distanzierten und eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung anboten, standen die traditionsreichen freien Arbeiterorganisationen im Visier der neuen Regierung und wurden mithilfe der SA im Mai 1933 zerschlagen. Erneut bildeten Gemeinschaftsversprechen und Gewalt die beiden Seiten nationalsozialistischer „Volksgemeinschaftspolitik".

1. Mai wird zum Feiertag

So wurde der 1. Mai von der Hitler-Regierung erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, dem „Tag der nationalen Arbeit", erklärt. Unter dem Motto „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!"

Indoktrination durch Goebbels' Rede „Zerstörung der Ideologie des Klassenkampfes"

fanden reichsweit große Kundgebungen statt, zu denen auch die Gewerkschaften aufriefen und auf denen Nationalsozialisten Reden hielten. Auf der zentralen Massenversammlung in Berlin verkündete Goebbels: „Am heutigen Abend findet sich über Klassen, Stände und konfessionelle Unterschiede hinweg das ganze deutsche Volk zusammen, um endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen." Die mehrstündige Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin wurde im Rundfunk übertragen. Gleichzeitig fanden in vielen Provinzstädten Aufmärsche der örtlichen Belegschaften statt, bei denen die Berliner Kundgebung per Lautsprecher übertragen wurde und so die zentrale nationalsozialistische Propagandaveranstaltung simultan im ganzen Reich erlebt werden konnte.

Tags darauf, am 2. Mai, stürmte die SA überall im Reich die Gewerkschaftsbüros, verhaftete die Funktionäre, beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley (1890–1945) als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Mit rund 20 Millionen Mitgliedern (Stand 1939) wurde die DAF nicht nur die mitgliederstärkste, sondern aufgrund der millionenfachen Mitgliedsbeiträge und des geraubten Gewerkschaftseigentums auch die reichste angegliederte Organisation der NSDAP.

Zerschlagung und Auflösung aller Parteien außer der NSDAP

Die Industrieverbände sahen im neuen Regime eine Chance, die Unternehmerinteressen nachhaltig zu festigen, und passten sich geschickt an. Nach einem Gespräch zwischen Hitler und führenden Industriellen am 29. Mai verwandelte sich der Reichsverband der deutschen Industrie in eine Zentralorganisation mit Führerprinzip, die eng mit der NS-Führung kooperierte. Vorstandsmitglied Paul Silverberg (1876–1959) musste wegen seiner jüdischen Herkunft gehen.

Die Agrarverbände waren schon seit 1929/30 nationalsozialistisch durchsetzt. Gleich im März 1933 drängte Richard Walther Darré (1895–1953), Vorsitzender des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP, erfolgreich alle Bauernverbände zum Zusammenschluss und übernahm selbst den Vorsitz. Ebenfalls schlossen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Landwirtschaftskammern an, sodass Darré sich Ende Mai „Reichsbauernführer" nennen durfte und, nachdem er Ende Juni zusätzlich Landwirtschaftsminister wurde, die gesamte Agrarpolitik kontrollierte.

Auflösung der Parteien

Im Juni und Juli 1933 folgte die Auflösung der Parteien. Die KPD war zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend zerschlagen worden. Die Mehrheit der SPD-Führung war nach dem „Ermächtigungsgesetz" und der gewaltsamen Auflösung der Gewerkschaften nach Prag ins Exil gegangen und rief von dort zum Sturz des Hitler-Regimes auf. Daraufhin erklärte Reichsinnenminister Wilhelm Frick die sozialdemokratische Partei am 22. Juni zur „volks- und staatsfeindlichen Organisation". Alle ihre Parlamentsmandate wurden aufgehoben, die nicht geflüchteten Parteiführer verhaftet.

Auch die bürgerlichen Parteien gerieten unter Druck und lösten sich, weil deutlich wurde, dass die NS-Führung einen Einparteienstaat durchsetzen



Am 2. Mai 1933 besetzen und verwüsten SA und SS das „Volkshaus" in Leipzig, in dem die Gewerkschaften und andere Arbeitervereine untergebracht sind.

wollte, eine nach der anderen selbst auf. Selbst die Deutschnationalen, die doch mit der NSDAP in der Regierung saßen, entgingen nicht der Logik der Verfassungsauflösung, die sie selbst mit unterstützt hatten. Ende Juni musste der DNVP-Vorsitzende Alfred Hugenberg nach mehreren öffentlichen Fehlauftritten als Reichswirtschaftsminister zurücktreten; die Deutschnationale Partei wie der mit ihr verbundene Veteranenverband „Stahlhelm“ gaben ihr Ende bekannt und traten in die nationalsozialistischen Reihen über.

Den Schluss bildete das katholische Zentrum Anfang Juli. Mit dem Konkordat vom 20. Juli hatte der Vatikan als erste ausländische Macht mit dem neuen Regime einen Vertrag geschlossen, der einige Rechte der katholischen Kirche, insbesondere katholische Schulen zu unterhalten, formal gewährleistete. Zugleich hatte Rom damit dem Verbot von politischer Tätigkeit katholischer Geistlicher zugestimmt und so dem Zentrum als politischer Partei des Katholizismus die Grundlage entzogen. Nachdem in Bayern sogar Parteifunktionäre verhaftet worden waren, gab die Parteiführung resigniert auf und löste das Zentrum auf.

Am 14. Juli, kein halbes Jahr nach dem nationalsozialistischen Machtantritt, erließ die Reichsregierung das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“, das die NSDAP zur einzigen Partei in Deutschland erklärte. Hatte die NSDAP im Januar 1933 noch rund 850 000 Mitglieder, beantragten nach dem 30. Januar und vor allem nach den Reichstagswahlen vom 5. März Hunderttausende die Aufnahme in die Partei, sodass die Parteiführung schließlich zum 1. Mai bei einem Stand von 2,5 Millionen Mitgliedern einen Aufnahmestopp verfügte, um der zuströmenden Massen Herr zu werden.



Studenten, zum Teil in SA-Uniform, verbrennen Schriften von verfemten Schriftstellerinnen und Schriftstellern am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz.



Eine Fußballmannschaft im fränkischen Ochsenfurt in den 1930er-Jahren zeigt den Hitlergruß.

Umwälzung der Gesellschaft

Innerhalb der Gesellschaft gab es viele Initiativen, die den „nationalen Aufbruch“, den sie mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler zu erkennen glaubten, nach Kräften unterstützten. Am Abend des 10. Mai 1933 organisierten Studenten in allen Universitätsstädten im Rahmen der „Aktion wider den undeutschen Geist“ öffentliche Bücherverbrennungen von Autorinnen und Autoren wie Albert Einstein, Sigmund Freud, Rosa Luxemburg, Irmgard Keun, Erich Kästner, Bert Brecht, Anna Seghers, Kurt Tucholsky, Else Lasker-Schüler, Alfred Döblin, Stefan Zweig oder Heinrich Heine, der 1821 geschrieben hatte: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“. Die Ideen der Aufklärung, der Französischen Revolution und des Humanismus galten der völkischen Rechten als „jüdisch-liberal“ und waren damit aus dem Gedankengut einer „deutschen Volksgemeinschaft“ zu löschen.

Kritische und jüdische Journalisten wurden im vorauseilenden Gehorsam von vielen Zeitungen entlassen, durch das sogenannte Schriftleitergesetz wurde die Presse unter staatliche Aufsicht gestellt. Wer sich künstlerisch oder publizistisch betätigen wollte, musste der von Goebbels kontrollierten Reichskulturkammer angehören. Die Mitglieder der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste ließen gehorsam den Ausschluss von Heinrich Mann, Alfred Döblin, Jakob Wassermann und anderen geschehen – mit der rühmlichen Ausnahme von Ricarda Huch, die daraufhin ihren Austritt erklärte.

Vereine übernehmen den „Arierparagrafen“

Nicht zuletzt müssen die unzähligen örtlichen Vereine erwähnt werden, ob Sport-, Gesangs-, Schützenverein oder die lokale Feuerwehr, die allesamt im Laufe des Jahres 1933 den „Arierparagrafen“ in ihr Vereinsstatut übernahmen und damit die jüdischen Mitglieder aus ihren Vereinen



Propagandaplakat zur Volksabstimmung und „Wahl" des neuen Reichstags am 12. November 1933

ausschlossen. Unter vielen anderen erklärte auch der Vorstand des Deutschen Fußballverbandes am 19. April 1933, dass ein „Angehöriger der jüdischen Rasse ebenso auch Personen, die sich als Mitglieder der marxistischen Bewegung herausgestellt haben, in führenden Stellungen der Landesverbände nicht für tragbar" gehalten werden könnten und die Vereinsvorstände die entsprechenden Maßnahmen veranlassen sollten.

Austritt aus dem Völkerbund

Im Herbst 1933 fühlte sich das NS-Regime mächtig genug, um den Bruch mit der internationalen Gemeinschaft zu wagen: Am 14. Oktober verkündete Hitler in einer langen Rundfunkrede Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, was zugleich den Abbruch der Abrüstungsverhandlungen bedeutete. Damit brach das NS-Regime mit einem Paukenschlag mit der Außenpolitik der Weimarer Republik, die internationale Verständigung gefördert hatte. Was in Deutschland als Signal nationaler Interessensvertretung propagandistisch gefeiert wurde, ließ das Deutsche Reich jedoch nun außenpolitisch isoliert zurück. Am 12. November sollten die Wählerinnen und Wähler in einer Volksabstimmung über den Austritt entscheiden und zugleich einen neuen Reichstag wählen, wobei nur eine Partei, die NSDAP, zur „Wahl" stand. Zahlreiche Großkundgebungen, Aufmärsche und Fahnenappelle sollten das Land in eine nationale Hochstimmung bringen. Die katholischen Bischöfe riefen zur „freudigen Stimmabgabe für den Führer" auf. NSDAP und SA achteten vor Ort darauf, dass möglichst alle Wählerinnen und Wähler zur „Wahl" gingen. 95,1 Prozent stimmten mit „Ja" für den Austritt aus dem Völkerbund; 92,1 Prozent für die nationalsozialistische Einheitsliste.

Innerhalb von nur wenigen Monaten war es den Nationalsozialisten gelungen, die politische Ordnung in Deutschland tiefgreifend zu verändern. Die wichtigsten Grundrechte waren außer Kraft gesetzt; die Legislative hatte sich selbst entmachtet und die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive verschoben; die föderale Struktur des Reiches war gleichgeschaltet worden; die freien Arbeitnehmervertretungen waren zerschlagen, die Parteien entweder verboten worden oder hatten sich beflissen selbst aufgelöst. Zwar galt die Weimarer Verfassung formal noch, faktisch war sie jedoch völlig ausgehöhlt. An der Spitze von Reich, Ländern und Kommunen standen Nationalsozialisten, die nach dem „Führerprinzip" herrschten.

Das Jahr 1933 war ein Jahr ungeheurer, umfassender und rasant dynamischer Mobilisierung der deutschen Gesellschaft. Mit Entschlossenheit, Skrupellosigkeit und politischem Geschick schaffte es die nationalsozialistische Führung, eine Dynamik in Gang zu setzen, die mitriss, begeisterte oder zum Mitmachen zwang, verunsicherte, unter Druck setzte, vielleicht viele auch überforderte.

Doch darf die Dimension der Gewalt bei der Machteroberung 1933 nicht außer Acht gelassen werden. Zehntausende wurden verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt, schwer misshandelt und zahlreiche Menschen ermordet. Die ersten antijüdischen Maßnahmen machten den antisemitischen Charakter des Regimes unmissverständlich klar (↗ S. 66).

Sicher profitierten auch viele von der Machteroberung. Die Entlassungen von jüdischen und linken Angehörigen des öffentlichen Dienstes waren zugleich die Karrierechancen vieler anderer. Zehntausende von „alten Kämpfern" der NSDAP reklamierten erfolgreich für sich, nun für ihre Treue und ihren Einsatz mit staatlichen Stellen belohnt zu werden.

Das Jahr 1933 legte den Grundstein für die nationalsozialistische Herrschaft und zeigte zugleich, wie dieses Regime herrschte: Es verließ sich nicht, wie andere Diktaturen des 20. Jahrhunderts, allein auf Gewalt und Terror, sondern setzte vielmehr auf Mobilisierung, um Zustimmung und Loyalität zu erreichen.

Schulen im Dienst der „nationalen Erhebung“

Im Südwesten Deutschlands [wie auch in anderen Teilen des Landes] wurden Anfang März 1933 von den Nationalsozialisten als Zeichen der neuen Machtverhältnisse auf den Amtsgebäuden die Hakenkreuzfahnen aufgezogen. Nur Wochen später wurde alles der Nazi-Ideologie untergeordnet.

[...] Hitlers Bild hing seit dem 5. April 1933 in allen Klassenzimmern. Mit dem Hitlergruß begann jeder Unterricht, Lehrkräfte und Schüler*innen hatten morgens zum Hissen der Hakenkreuzfahne anzutreten. „Stillgestanden – rührt euch – Augen geradeaus – hisst Flagge (die Schüler heben den rechten Arm und begrüßen die Flagge mit der ersten Strophe des Horst-Wessel-Lieds) – rührt euch“, verordnete der SA-Führer Christian Mergenthaler als neuer Kultminister und Ministerpräsident in Stuttgart.

Im Mai verkündete er im Amtsblatt, dass allen Schülern und Schülerinnen die „Größe und Bedeutung der nationalen Erhebung“ eindringlich vor Augen zu stellen sei. Die Zeit bis zu den Sommerferien 1933 diente ausschließlich dieser „nationalen Erweckung“, Parlamentarismus, Internationalismus, Pazifismus mussten als Erscheinungen des Niedergangs dargestellt und die Gedankenwelt des Nationalsozialismus auf völkischer Grundlage gelehrt werden: Rasse, Wehrwillen und Führertum.

Geschichtsunterricht sollte zur heldischen Weltanschauung führen, „verbunden mit dem Führergedanken unserer Zeit“. Der Blick sei auf die „Wiedergewinnung“ von ehemals germanisch besiedelten Gebieten im Osten zu richten.

Das Schulturnen hatte in Übereinstimmung mit den Befehlsformen der Reichswehr zu erfolgen, angelegt zunehmend als vormilitärische Ausbildung: Keulen dienten nun als Handgranaten, die in feindliche Schützengräben zu werfen waren. Rassenkunde wurde zum Unterrichtsinhalt, und schon im April 1933 begann man, jüdische Schüler*innen auszuschließen.

Die Rolle der meist älteren Lehrkräfte sah der sich als Jugendbewegung gerierende Nationalsozialismus eher negativ, „Vertrauensleute“ der Hitlerjugend an jeder Schule dienten nicht nur der Kooperation, sondern auch der Überwachung.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April bestimmte, dass Beamte zu entlassen seien, „die nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten.“ Der linke und jüdische Hauptlehrer Lazarus Mannheimer aus Kehl wurde entlassen, während sein Kollege Emil Gärtner als alter Kämpfer zum Schulrat aufstieg. Für Lehrerinnen und Lehrer gehörte „Mein Kampf“ nun zur Pflichtlektüre. Eingestellt werden konnte man nun nur noch, wenn man der NSDAP beitrat.

Dem Lehrkräftenachwuchs war die Rolle einer „geistigen SA“ zugedacht, in „Aufbauschulen“ ausgelesen nach nationalsozialistischen Grundsätzen.

Abgeschafft wurden auch die bescheidenen Mitbestimmungsorgane der Lehrerschaft, die Lehrerverbände in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) eingegliedert. Im März 1933 bekundeten auch die demokratisch orientierten badischen und württembergischen Lehrervereine, die Vorläufer der GEW, „am Aufbau des nationalen Erziehungswesens mitzuwirken“.

Trotzdem schlossen die Nazis „im Beisein der SA“ die Geschäftsstelle in Heidelberg, bedrohten demokratische Lehrervereinsfunktionäre wie den BLV-Vorsitzenden Oskar Hofheinz, enthoben sie ihrer Funktionen als Schulleiter oder Schulräte oder versetzten sie mit Kürzungen in den Ruhestand, wie Elisabeth Zundel vom Württembergischen Lehrerinnenverein.

Die Erholungsheime der Lehrervereine wie das Löchnerhaus auf der Reichenau wurden beschlagnahmt und zu Einrichtungen des NSLB umfunktioniert. In Schulungsheimen sollte mit militärischem Drill eine „Überholung“ der Lehrkräfte im Geiste des Führers erfolgen. Widerstand, so mussten jetzt viele erkennen, hätte man rechtzeitig leisten müssen.

Erhard Korn, „Vor 90 Jahren. Schulen im Dienst der ‚nationalen Erhebung‘“, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg vom 29. März 2023. Online: www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/schulen-im-dienst-der-nationalen-erhebung



Nach der Machtübernahme legte das NS-Regime großen Wert auf die ideologische Beeinflussung der schulischen Bildung. Bei einer Veranstaltung zeigen Schülerinnen, Schüler und ihre Lehrkräfte den Hitlergruß. Auf der Karte ist das Deutsche Reich mit den Gebietsabtretungen des Versailler Vertrages zu sehen.



Auch der Sportunterricht wird grundlegend zu einer vormilitärischen Ausbildung umgestaltet. Jungen, die hier das Werfen von Handgranaten üben, sollen zu Soldaten erzogen werden.

MICHAEL WILDT

Nationalsozialistische Gesellschaft

Die nationalsozialistische Ideologie drang mit verschiedenen Organisationen und Propaganda in alle Lebensbereiche, ob Arbeit, Freizeit oder Kultur. Gemeinschaftsversprechen waren dabei exkludierend.



↗ S. 75

Totale Herrschaft nicht erreicht

Die Umwälzungen des Jahres 1933 hatten Staat und Gesellschaft grundlegend verändert. Durch Einbindung aller Gesellschaftsgruppen und „Gleichschaltung" von Presse und Rundfunk versuchte das Regime, die Bevölkerung zu vereinnahmen. Eine Vielzahl von nationalsozialistischen Organisationen diente dazu, die Gesellschaft zu mobilisieren und verbliebene, private Räume zu verringern. Propaganda, tatsächliche und angebliche Erfolge in Politik und Wirtschaft sowie Gemeinschaftsaktionen sollten Zuversicht und ein Gefühl von Zugehörigkeit vermitteln. Wer nicht Teil der „Volksgemeinschaft" war, erlebte Ausgrenzung und Verfolgung. Terror und Gewalt waren stets ein Mittel nationalsozialistischer Politik. Trotzdem erreichten die Nationalsozialisten nicht die totale Herrschaft, die sie erringen wollten. Zwar folgten viele mit Überzeugung dem Nationalsozialismus, andere passten sich opportunistisch an oder stimmten nur äußerlich zu. Ebenso aber gab es Deutsche, die ihre Überzeugungen nicht aufgaben, sogar Widerstand leisteten. Und auch die Verfolgten fügten sich nicht einfach in ihr Schicksal, sondern wehrten sich oder versuchten zu entkommen.

„Führerstaat"

Alle Parteien bis auf die NSDAP waren aufgelöst, die Gewerkschaften zerschlagen, der Rechtsstaat durch die Reichstagsbrandverordnung ausgesetzt, die parlamentarische Demokratie beseitigt. Das Reichskabinett tagte nur noch sporadisch. Auf der Länderebene war die politische Gewalt auf die Reichsstatthalter übergegangen, die in Personalunion meistens zugleich die NSDAP-Gauleiter waren. Diese langjährigen Parteikämpfer bildeten den tatsächlichen Machtkern der NSDAP, auf sie stützte sich Hitler in seinen wichtigen politischen Entscheidungen.

Entmachtung der SA

Die einzige tatsächliche Bedrohung des Regimes kam von innen. Die SA, 1933 mit rund zwei Millionen Mitgliedern, stellte einen virulenten Unruheherd dar. Zahlreiche SA-Angehörige, die sich mit der Machtübernahme auch persönliche Vorteile, vor allem einen Arbeitsplatz im neuen Staat, erhofft hatten, waren bisher leer ausgegangen. Darüber hinaus existierte im SA-Führerkorps, dessen Chef Ernst Röhm zu den frühen Förderern und langjährigen Weggefährten Hitlers zählte, die Vorstellung, die SA könne als braune Volksarmee die Reichswehr ablösen. Zwar kursierte das Wort von der zweiten Revolution, aber an einen Putsch dachte in der SA-Führung niemand.

Zudem kriselte das Regime zu Beginn des Jahres 1934, weil der Schwung der anfänglichen Begeisterung dem nüchternen Alltag wich. Insbesondere im bürgerlich-konservativen Lager kamen, nachdem die Deutschnationalen als Machtfaktor weggebrochen waren, Befürchtungen auf, das NS-Regime könne doch noch zu einer braunen Diktatur der Massen werden. Im Juni 1934 hielt Vizekanzler v. Papen eine von Edgar Jung, einem seiner engagiert „jungkonservativen" Mitarbeiter, geschriebene Rede, in der er Korruption, Charakterlosigkeit und Anmaßung der neuen NS-Machtelite anprangerte.

Mit einer blutigen Säuberung erhoffte sich Hitler, sowohl die SA als Machtzentrum wie auch eine mögliche konservative Opposition zu liquidieren und dabei gleichzeitig das Militär eng an das NS-Regime zu binden. Göring, SS-Chef Heinrich Himmler (1900–1945) und Reinhard Heydrich, der mittlerweile zum Chef der preußischen Geheimen Staatspolizei ernannt worden war, betrieben eifrig die Ausschaltung ihrer Machtkonkurrenten. Am 30. Juni 1934 nahmen SS- und Polizeieinheiten in Anwesenheit von Hitler, der persönlich angereist war, die SA-Führung in Bad Wiessee fest und ermordeten sie. Zugleich wurden anhand vorbereiteter Listen in Berlin und in anderen Städten hohe SA-Führer und andere Personen erschossen: Darunter Edgar Jung (1894–1934), der Leiter der Katholischen Aktion Erich Klausener (1885–1934), der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher (1882–1934) und der einstige innerparteiliche Gegner Gregor Straßer. Die nationalsozialistische Führung begründete die Morde mit einem angeblich geplanten Putsch der SA. Insgesamt fielen etwa 300 Menschen den Morden zum Opfer.

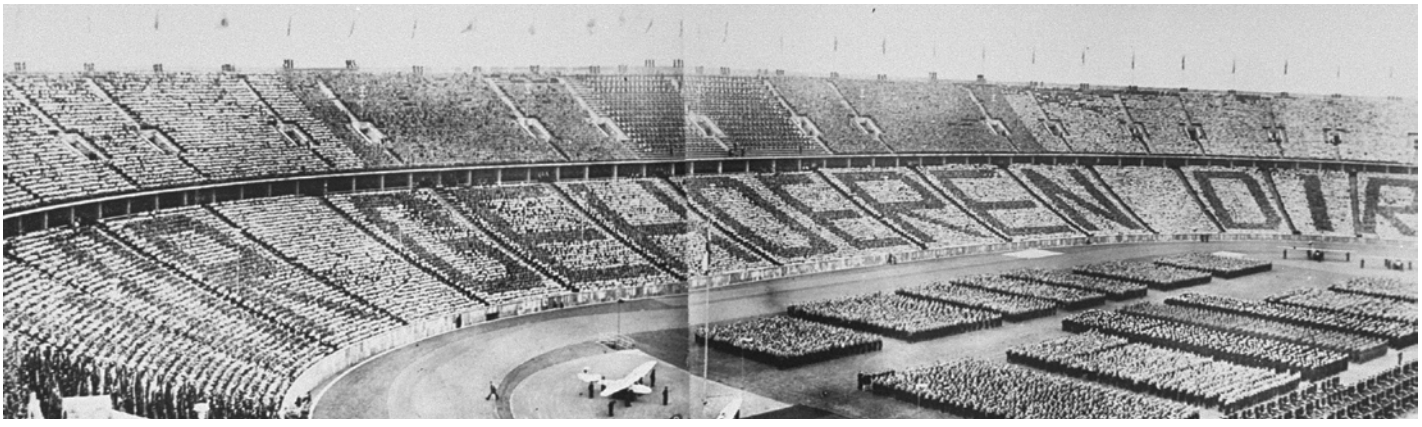


SA-Chef Ernst Röhm (Bildmitte) im Gespräch mit Adolf Hitler während des NSDAP-Reichsparteitages 1933

Das Bürgertum zeigte sich erleichtert, dass nun anscheinend „Ordnung" geschaffen wurde. Auch die Reichswehr war zufrieden, obwohl auch Offiziere ermordet worden waren, da sie sich in ihrem Anspruch als „einziger Waffenträger der Nation" bestätigt sah. Als Reichspräsident Hindenburg wenige Wochen später, am 2. August, im Alter von 86 Jahren starb, entwarf die Reichswehrführung aus eigener Initiative eine neue Eidesformel: Mit dieser wurden alle Soldaten nicht mehr auf die Verfassung und das Vaterland, sondern auf den „Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler" vereidigt, dem „unbedingter Gehorsam" zu leisten sei.

„Unbedingter Gehorsam" gegenüber Hitler

Keine Organisation forderte nun Hitlers Herrschaft mehr heraus, sodass dieser seine Machtfülle vom Wahlvolk bestätigen ließ. Am 19. August 1934 stimmten nahezu 90 Prozent in einer Volksabstimmung, die allerdings nicht mehr frei und kaum noch geheim war, zu, dass Hitler nunmehr die Ämter des Staatsoberhauptes, Reichskanzlers, Parteiführers und Obersten Befehlshabers in seiner Person vereinigte. Der „Führerstaat" war konstituiert.



Am 1. Mai 1939 adressiert Hitler tausende Mitglieder von HJ und BDM im Berliner Olympiastadion. Diese bilden währenddessen auf den Rängen den Spruch „Wir gehören dir!".

Herrschaftsstruktur

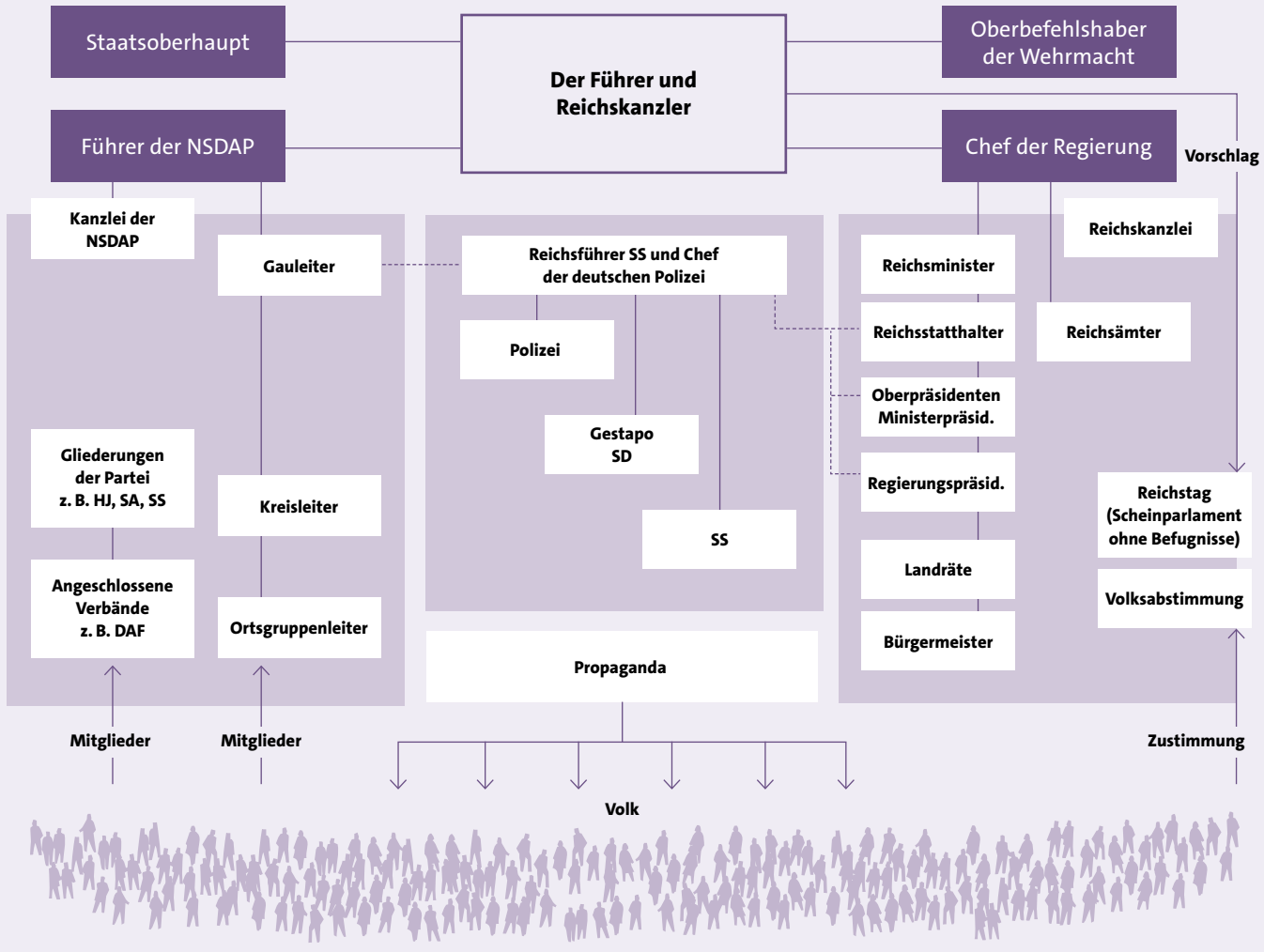
Die NSDAP baute eigene politische Strukturen auf, die zum Teil mit den staatlichen verzahnt waren, zum Teil neben ihnen her und über sie hinweg existierten. So wurde Heinrich Himmler als Reichsführer SS und damit Führer einer Gliederung der NSDAP 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei. In den kommenden Jahren sorgte er dafür, dass dieses zentrale Exekutivinstrument ein von der SS gelenktes und durchdrungenes Herrschaftsmedium des NS-Regimes wurde.

Joseph Goebbels lenkte als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sowie als Präsident der Reichskulturkammer den öffentlichen Diskurs, Presse, Rundfunk, Film und Kunst in einem Ausmaß, das noch wenige Jahre zuvor in der kulturellen Vielfalt der Weimarer Republik kaum denkbar gewesen wäre. Zudem blieb er als Gauleiter von Berlin gerade in der Reichshauptstadt ein zentraler politischer Akteur, der insbesondere die Verfolgung der Jüdinnen und Juden immer wieder antrieb.

Hermann Göring vereinigte in seiner Person nicht nur die Funktion des mächtigen Ministerpräsidenten Preußens als größtem und wichtigstem Land des Deutschen Reiches. Er war zudem Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Reichsluftfahrtminister und wurde 1936 zunächst zum Rohstoff- und Devisenkommissar, dann zum Beauftragten des Vierjahresplans ernannt. Damit errang er faktisch, obwohl es nach wie vor einen Reichswirtschaftsminister gab, die Rolle eines Wirtschaftsdiktators, der die Wirtschaft auf den Krieg ausrichtete und die Ausplünderung der Jüdinnen und Juden in Deutschland wie später in den besetzten Gebieten organisierte.

Ohne die Bereitwilligkeit der alten Eliten, das nationalsozialistische Regime zu stützen, wären die neuen Herrscher sicher rasch an ihr Ende gelangt. Dabei handelte es sich um ein Zusammenwirken, in dem sowohl das Regime als auch die beteiligten Akteure ihre jeweils eigenen Interessen verfolgten. Die Militärs erhofften sich einen starken Ausbau der Rüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft, die

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 50 088

den „Wehrgedanken“ in den Mittelpunkt stellte. Die Unternehmer waren selbstverständlich mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen einverstanden und erwarteten, dass ihre autoritäre Befehlsgewalt im Betrieb wieder ungehindert zur Geltung kam. Die staatliche Verwaltung sah sich zwar mit neuen politischen Strukturen konfrontiert, wurde aber vom NS-Regime von den rechtsstaatlichen Einschränkungen befreit und glaubte, nun endlich nach eigenem Gutdünken walten zu können.

Noch bestanden formalrechtliche Verwaltungsstrukturen, aber insbesondere die Verfolgung der Juden eröffnete der staatlichen Bürokratie Handlungsmöglichkeiten, mit denen die bisherige rechtsstaatliche Ordnung, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte und Pflichten einräumte, zerstört wurde. Jüdinnen und Juden, aber auch Roma und Sinti, Menschen mit körperlichen oder kognitiven Beeinträchtigungen und sogenannte „Asoziale“ wurden zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse herabgemindert, die der Verfolgung schutzlos ausgeliefert waren.

Die Herrschaftsstruktur des „Führerstaates“ war durchaus vielgestaltig und rivalisierend, auch überschneidend und widersprüchlich. Eine einheitliche, feste und überschaubare Ordnung von Regierung und Verwaltung wurde nie erreicht. Doch bedeutete dies keineswegs zwangsläufig Chaos und Schwäche des Systems. Vielmehr konnte die Einsetzung von „Kommissaren“ und „Sonderstäben“ immer wieder dazu beitragen, traditionelle Hierarchien abzubauen, Verwaltungswege zu verkürzen, die Kooperation unterschiedlicher Institutionen zu verstärken und damit die Effizienz und Mobilisierung von Ressourcen zu erhöhen. So sehr auch Machtkämpfe innerhalb des nationalsozialistischen Apparates und Kompetenzkonflikte zwischen wirtschaftlichen oder staatlichen Entscheidungsträgern mit der NSDAP die Politik bestimmten, so stark bestand die Fähigkeit des NS-Regimes gerade darin, daraus immer wieder eine Handlungsoption abzuleiten. Der britische Historiker Ian Kershaw hat die Bereitschaft so vieler verschiedener Institutionen zur Mitarbeit mit dem Willen, „dem Führer entgegen zu arbeiten“, begründet. Gerade die „Un“-Ordnung des NS-Regimes öffnete dem Engagement und der Handlungsbereitschaft viele Möglichkeiten, stets im Glauben, mit dem eigenen Tun im System aufzusteigen und zum Gelingen des Ganzen beizutragen.

Zusammengehalten wurde diese konfliktreiche Struktur des NS-Regimes durch den „Führer“, der an der Spitze von Staat und Gesellschaft stand und uneingeschränkte Entscheidungsmacht besaß. Auf den „Führerwillen“ beriefen sich alle Machtträger des Regimes; auf Hitlers Wort kam es an, wenn Rivalitäten zu klären und Entscheidungskonflikte zu lösen waren.

Ohne Zweifel trug zum „Führermythos“ auch die geschickte Propaganda bei, die die wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und außenpolitischen Erfolge des Regimes in erster Linie Hitler zuschrieb. Die Inszenierung der Reichsparteitage stand ganz im Zeichen der Symbiose von „Bewegung“ und „Führer“. Während der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 präsentierte sich Deutschland als erfolgreiche, wieder erstarkte Nation mit Hitler als international respektiertem Staatsmann an der Spitze. Goebbels und sein Propagandaapparat unternahmen jede Anstrengung, den „Führerkult“ zu verstärken und Hitler als nationalen Retter, als Erlöser und Heilsbringer erscheinen zu lassen. Das religiöse Element, wie es in der rituellen Inszenierung von Parteitagen, nächtlichen Weihen oder in den Totenehrungen zum Ausdruck kam, war offensichtlich, zumal Hitler diese Dimension zusätzlich verstärkte, indem er sich als von der „Vorsehung geschickt“, als „auserwählt“ und vom „Schicksal bestimmt“ bezeichnete.

Inszenierung des „Führerkults“

Aber die Begeisterung, die so viele Deutsche teilten, war nicht nur ein Werk von Verführung und Propaganda. Mit Hitler verband sich nicht nur die Erwartung, dass er Deutschland aus der Krise, sondern vor allem zu neuer Größe führen werde. Das Zukunfts- und Heilsversprechen, das Hitler verhieß, gepaart mit realen Erfolgen, die das Regime vorzuweisen hatte, wie den Abbau der Arbeitslosigkeit oder das wiedererstarkte Auftreten in der Außenpolitik, bildete die Basis für die enorme Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft in den Vorkriegsjahren. Selbst dort, wo Korruption und Misswirtschaft nicht zu übersehen waren, wurde dies nicht dem „Führer“ als vielmehr seinen unvollkommenen Gehilfen angelastet. „Wenn der Führer das wüsste“ geriet zu einer gängigen Selbsttäuschungsformel.

Das Ziel nationalsozialistischer Politik lag in der Herstellung der „Volksgemeinschaft“, einer Gesellschaftsordnung, der nur die „erbbiologisch wertvollen“ und „rassereinen“ Deutschen angehören und aus der die „Fremdvölkischen“ und „Gemeinschaftsfremden“, allen voran die Jüdinnen und Juden, ausgeschlossen werden sollten. Gemeinschaftsversprechen und Ausgrenzung und Verfolgung sind daher die beiden untrennbar zusammengehörenden Seiten der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“.

Organisierung der Gesellschaft

Im September 1939 gehörten der NSDAP über 5,3 Millionen Mitglieder an, mit weiteren knapp zwölf Millionen Angehörigen in den Parteigliederungen wie SA, SS und HJ. Rechnet man noch die angeschlossenen und betreuten Verbände wie Deutsche Arbeitsfront (DAF), Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), Deutsches Frauenwerk (DFW) und andere hinzu, so waren insgesamt (Mehrfachmitgliedschaften unberücksichtigt) rund 68 Millionen Mitglieder in der nationalsozialistischen Organisationswelt integriert, also etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung. 1937 war die Zahl der Politischen Leiter der NSDAP auf rund 700 000 angestiegen; im Krieg lag die Zahl des Führungskorps der Partei bei zwei Millionen. Kreis- und Ortsgruppenleiter, Block- und Zellenwarte waren zugleich Teil des Netzes

Die Mitgliederzahl der NSDAP und ihrer Organisationen, 1939

NSDAP	5 310 000
Gliederungen	
Sturmabteilung (SA)	1 329 448
Schutzstaffel (SS)	235 526
NS Kraftfahrerkorps (NSKK)	350 000
Hitler-Jugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM)	8 700 000
NS Frauenschaft (NSF)	1 400 000
NS Deutscher Studentenbund (NSDStB)	39 339
NS Deutscher Dozentenbund (NSDDB)	7 200
Angeschlossene Verbände	
Deutsche Arbeitsfront (DAF)	22 127 793
NS Deutscher Ärztebund (NSDÄB)	30 000
NS Rechtswahrerbund (NSRB)	104 171
NS Lehrerbund (NSLB)	300 000
NS Volkswohlfahrt (NSV)	14 187 834
NS Kriegsopferversorgung (NSKOV)	1 600 000
Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB)	1 700 000
NS Bund Deutscher Technik (NSBDT)	140 000
Betreute Verbände	
Deutsches Frauenwerk (DFW)	4 000 000
NS Reichsbund für Leibesübungen (NSRL)	3 613 000
NS Fliegerkorps (NSFK)	230 000
NS Altherrenbund	75 000
Reichskolonialbund (RKB)	1 200 000
NS Reichskriegerbund	2 307 250
Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten (RTrB)	130 000

Die Angaben zu NSKK, NSDStB, NSLB, Reichskriegerbund und RTrB beziehen sich auf das Jahr 1938, die Mitgliederzahl der NSV auf 1940, die des NSDDB auf 1941.

Quelle: Michael Grüttner, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Band 19: Das Dritte Reich 1933–1939, Stuttgart 2014, S. 109.

sozialer Kontrolle durch die NSDAP und auch Teilhaber der Macht. Diese Amtsträger konnten auf das Leben ihrer Mitmenschen nachhaltig einwirken, von ihren Berichten hingen das berufliche Weiterkommen und womöglich sogar Leib und Leben ab. Partizipation an der Macht bedeutete zugleich die Erfüllung der nationalsozialistischen Politik.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind“ der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die mit 16 Millionen Mitgliedern (1942) nach der DAF die größte nationalsozialistische Massenorganisation war, kümmerte sich ganz im Zeichen einer völkischen Geburtenpolitik um die Mütter. Auch ledige Mütter wurden betreut, denn „rassisch und erbbiologisch hochwertiger“ Nachwuchs durfte in rassistischer Perspektive dem Volk in keinem Fall verloren gehen.

Die „erbgesunde“ und rassenbiologisch „artgerechte“ Ehe und Familie stand als „Keimzelle der Volksgemeinschaft“ unter besonderem Schutz des NS-Staates. Allerdings wurde aus eben denselben erb- und rassenbiologischen Gründen auch die Ehetrennung gefördert. Der „Schutz der Familie“ bedeutete daher keineswegs die Achtung der privaten Sphäre oder ein moralisches Bekenntnis, sondern unterlag einem strikt rassistischen Zweckmäßigkeitsdenken.

Zinsfreie Ehestandsdarlehen bis zu 1000 Reichsmark wurden an jung verheiratete Paare als Zuschuss für den Kauf der Haushaltseinrichtung gezahlt, wobei dieses Darlehen „abgekindert“ werden konnte, d. h. mit jedem Kind wurde die Rückzahlung um ein Viertel gekürzt. Bereits 1933 hatten 200 000 junge Paare ein Ehestandsdarlehen in Anspruch genommen, 1935 waren es 370 000 Darlehen. Da mit den Darlehen zunächst die Auflage verbunden war, dass die Ehefrau zu Hause blieb, stellte diese Maßnahme nicht allein ein familien-, sondern gleichfalls ein arbeitsmarktpolitisches Instrument im nationalsozialistischen Sinn dar. Zudem war die Gewährung der Darlehen von einem erbgesundheitlichen Gutachten des jungen Paares abhängig. Behinderte oder „nicht-arische“ Ehepaare hatten keine Chance, in den Genuss eines solchen Ehestandsdarlehens zu kommen.

Der Jugend galt ein besonderes Augenmerk des Regimes, sollte doch mit der Erziehung und Ausbildung der jungen Generation der Grundstein für die rassistische „Volksgemeinschaft“ der Zukunft gelegt werden. Die Hitlerjugend (HJ), die seit der Machtübernahme alle übrigen Jugendverbände, bis auf die katholischen, entweder zerschlagen oder angegliedert hatte, wurde 1936 zur Staatsjugend erklärt und organisierte nunmehr alle Jugendlichen – 1939 waren es 8,7 Millionen – im Deutschen Reich: Von zehn bis 14 Jahren gehörten sie als „Pimpfe“ dem Jungvolk bzw. als „Jungmädel“ dem Jungmädelbund an, von 14 bis 18 Jahren als „Hitlerjungen“ der HJ bzw. als Mädchen dem Bund deutscher Mädel (BDM).

Trotz oder vielleicht gerade wegen der Pflichtmitgliedschaft gelang der HJ die Erfassung aller Jugendlichen nicht hundertprozentig. Eltern bemühten sich, ihre Kinder von der Mitgliedschaft freizustellen; und etliche Jugendliche selbst verweigerten sich dem Zwang oder entzogen sich, indem sie gar nicht oder möglichst wenig zu den HJ-Treffen kamen. Auf der anderen Seite eröffneten HJ und BDM Jugendlichen neue Handlungsmöglichkeiten. Unter dem Motto „Jugend führt Jugend“ bot sich Jugendlichen die Gelegenheit, Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Die legendären Zeltlager, die in der Nachkriegserinnerung an die HJ einen so prominenten Raum einnahmen, dienten der Vorbereitung auf den Wehrdienst ebenso wie der Erziehung zur „Volksgemeinschaft“. Hier waren keineswegs alle gleich, aber jeder besaß seine Aufgabe und Verantwortung, die ihm – so der ideologische Anspruch – unabhängig von Herkunft, Stand oder Vermögen der Eltern zugeteilt wurden. Das Lager bildete den zentralen Ort der Erziehung, wo eine formierte soziale Ordnung herrschte, in der Dienst, Disziplin und Kameradschaft obenan standen, aber auch jeder Standes- oder Bildungsdünkel geächtet war.

Elisabeth Cosmann über ihre Erlebnisse im Reichsarbeitsdienst

„Arbeitsdienst. Gott im Himmel. […] Ich bin angekommen am Nachmittag mit sehr vielen anderen zusammen. Das ging immer schubweise. Wir haben dagesessen und uns unterhalten. Die neben mir saß, hat mich ein paar Mal angestoßen und gesagt: ‚Dahinten sitzt die Führerin.' Das war also die Führerin, und zwar eine ganz bekannte, Jutta Sowieso, die später ein ‚großes Tier' geworden ist. Wir haben uns unterhalten und ich habe gesagt: ‚Ich mache alles gerne, aber nicht die Waschküche.' Ich habe sechs Wochen Waschküche gekriegt.

Und das war wirklich schlimm. Wir waren etwa 56 Mädchen und es musste alles von Hand gewaschen werden. Da war nur eine kleine Hütte mit großen Becken, aber nur mit kaltem Wasser. Es gab nur einen einzigen Waschkessel mit Feuer drunter. Die ganze Bettwäsche und alles musste da drin gekocht werden, und dann hatten wir diese Waschbretter. Da stand man dann und mit kaltem Wasser wurde alles geschrubbt. Und es wurde für alle die Privatwäsche gewaschen, und für alle die Bettwäsche, Handtücher und alles, was gewaschen werden musste.

Rund um das Lager war ein hoher Zaun mit einem abgeschlossenen Tor und ein Gitter. […] Wir waren […] in einem großen Schlafraum mit ehemaligen Wehrmachtsbetten. Wir waren zwischen zwölf und sechzehn Mädchen. Statt Matratzen hatten wir Strohsäcke und eine Wolldecke und ein kleines Kissen, und das musste alles exakt gelegt werden. Darauf wurde geguckt und ein Theater gemacht! Ein Tisch und ein kleiner Hocker mit drei Beinen […], sonst war in dem ganzen Raum nichts.

Draußen im Gang standen Kommoden für die Wäsche. Sie wurden von Backsteinen gestützt und wackelten und wenn man eine Schublade zumachte, fiel die ganze Kommode nach hinten um. Wir hatten Waschschüsseln, und das wars. Irgendeinen Rückzug, Privatleben gab es nicht […].

Es ging uns allen gleich, da entstand eine Art Gemeinschaft. […] Wir kriegten natürlich genau dasselbe Kommissbrot wie die Männer. Dieses Brot schmeckt an und für sich sehr gut und ist wunderbar, wenn es frisch ist. Wenn es aber ein paar Tage gelegen hat, ist es fürchterlich hart, dann ist es abscheulich. Wenn der neue Schub kam, musste er nach hinten hingelegt werden und dieses vertrocknete Zeug von hinten musste nach vorne geschoben werden. Dazu gab es eine wunderbare Erdbeermarmelade aus großen Eimern. In diese Marmelade musste aber ein Eimer Wasser gekippt werden, damit sie nicht zu dick war und diese Wassersoße wurde dann auf das trockene Brot geschmiert. Davon aßen alle wenig. […]

Es gab Wasserklosetts, aber alles lief in eine riesengroße Zisterne, und die musste alle paar Wochen entleert werden. Dann kriegten wir einen Eimer in die Hand, und eine lange Kette wurde gebildet. Die Hauptführerin stand oben und hatte an einer langen Holzstange vorne einen Eimer dran, und dann wurde es umgeschüttet bis in die letzte Gegend, und so haben wir unseren ganzen großen Garten gedüngt. Das war eine duftige Sache!

Wenn man jung ist, macht man das gerne, dass man anderen Menschen hilft. Aber das Drumherum? Das Unnötige, dieses absolut unnötige Drumherum, dieses Menschenverachtende. Man musste gedämpft und gedrückt werden.

[…] Viele waren auch begeistert. Viele hatten es zu Hause sehr schlecht. Ich kannte ein paar Mädchen, die sagten: ‚Ich habe es zu Hause so schlecht, hier ist es besser. Hier habe ich zum ersten Mal richtig Ordnung mit dem Essen, ich werde nicht geschlagen, und die Leute sind nett.' Das alles hat sehr dazu beigetragen, dass keiner gesagt hätte, das war furchtbar. Und so war man vorgeprägt. Da konnten sie wirklich alles mit einem machen. Da hat man nachher alles andere wunderbar gefunden. […]"

Zitiert nach: „Elisabeth Cosmann, geboren 1918 im Hessischen", in: Claudia Seifert, Das Leben war bescheiden schön: ein Rückblick von Frauen, die zwischen den Kriegen geboren wurden, München 2008, S. 139 ff.



Ende Oktober 1936 werden junge Männer im Rahmen ihres Reichsarbeitsdienstes als Erntehelfer eingesetzt, während ihre Vorgesetzten im Hintergrund die Arbeit beaufsichtigen.

Auch im Reichsarbeitsdienst (RAD) setzte sich die Formung der Jugendlichen im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie fort. Sport nahm dabei im Tagesablauf einen unverzichtbaren Platz ein. Kameradschaft, Kraft, Ausdauer, Kampfgeist, Härte, Zucht und Opfersinn waren die Elemente dieser Arbeitsauffassung. „Der Reichsarbeitsdienst", hieß es im Gesetz über den RAD, „soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen."

Arbeit

Arbeit als Dienst an der „Volksgemeinschaft"

Arbeit stand im Nationalsozialismus im Mittelpunkt, nicht als tarifrechtlich geregeltes Vertragsverhältnis, sondern als Dienst an der „Volksgemeinschaft". Dieser zielte keineswegs darauf ab, Individuen zu bilden, sondern war stets in einem biologistisch-rassistischen Sinn auf die „Optimierung des Volkskörpers" gerichtet. Handarbeit als Instrument von Erziehung und Disziplinierung – diese Absicht stand ebenso hinter der Institution des Reichsarbeitsdienstes wie dessen Funktion, junge arbeitslose Männer in öffentliche Arbeitsprogramme einzubinden.

Rüstungskonjunktur

In den ersten Jahren konnte das Regime den rapiden Abbau der Arbeitslosigkeit für sich verbuchen. Zwar hatte die Weltwirtschaftskrise schon 1932 ihren tiefsten Punkt erreicht, und ein neuer Konjunkturaufschwung war in Sicht. Aber Hitler wusste sehr genau, dass der Erfolg seiner Regierung an der Fähigkeit gemessen werden würde, die katastrophal hohe Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen (September 1932) zu verringern. So drängte er im Kabinett auf rasche, staatlich finanzierte Arbeitsprogramme, die zum größten Teil bereits von der Regierung Schleicher auf den Weg gebracht worden waren, wie den Auftrag zum Bau einer Reichsautobahn unter Leitung des Straßenbauingenieurs Fritz Todt (1891–1942). Volkswirtschaftlich betrachtet ging vom Autobahnbau kein nachhaltiger beschäftigungspolitischer Impuls aus, aber mit ihrem Nimbus aus Dynamik, kühner Planung und Modernität verschafften die Autobahnen dem Regime einen öffentlichen Erfolg.

Zu den staatlichen Arbeitsprogrammen der ersten Jahre gehörte auch der Wohnungsbau, dessen Investitionen sich innerhalb eines Jahres verdreifachten. Tatsächlich sank die Zahl der Arbeitslosen bereits ein Jahr nach der Machtübernahme auf 2,7 Millionen, lag 1936 bei nur noch 1,6 Millionen und blieb 1937 unter einer Million.

Mittlerweile schufen vor allem die vom Staat mit etlichen Milliarden massiv geförderten Rüstungsinvestitionen neue Arbeitsplätze. So erlebte die Flugzeugproduktion einen beispiellosen Aufschwung von knapp 4000 Beschäftigten im Januar 1933 auf annähernd 240 000 Beschäftigte im Frühjahr 1938. Bis 1939 gab der NS-Staat 62 Milliarden Reichsmark für das Militär aus, was einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 23 Prozent entsprach. Dieses Geld wurde weniger durch Steuern oder sonstige Einnahmen, sondern größtenteils durch staatliche Schuldenaufnahme beschafft. Wie der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze schildert, kalkulierte die NS-Führung letztlich mit dem beabsichtigten Krieg, um dann mittels der Ausplünderung des eroberten Europas die zerrütteten deutschen Staatsfinanzen wieder zu sanieren. Nicht zuletzt senkten auch die Allgemeine Wehrpflicht im März 1935 und die Einführung des sechsmonatigen Reichsarbeitsdienstes, den alle Männer zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr vor ihrem Wehrdienst absolvieren mussten, die Arbeitslosenzahlen.

Der Rüstungsboom führte zu zahlreichen Ungleichheiten. Zu den großen regionalen Gewinnern gehörte Mitteldeutschland, wo ein neues industrielles Zentrum neben dem Ruhrgebiet entstand. In Städten wie Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt und Bitterfeld verdoppelte sich binnen weniger Jahre die Zahl der Beschäftigten. Die Flugzeugindustrie lockte mit hohen Lohnzuschlägen, modernsten Produktionsanlagen, beachtlichen betrieblichen Leistungen, neu gebauten Wohnungen und einem hohen Sozialprestige als „Hightech"-Industrie. Für das Gesellschaftsbild der traditionellen Arbeiterbewegung waren diese überwiegend jungen Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrer starken individuellen Aufstiegsorientierung nicht mehr zu gewinnen, während sie sich den Integrationsangeboten des NS-Regimes vorbehaltlos öffneten. Die Flugzeugbauer, so äußerte sich 1934 ein Sozialdemokrat über die Belegschaft der Heinkel-Werke, hätten nur ein einziges Interesse: ihre Arbeit zu erhalten und hohen Lohn zu beziehen. Politisch seien sie „absolut uninteressiert und indifferent", „völlig passiv" und kämen für die politische Arbeit, also für die Arbeiterbewegung, „gar nicht in Frage". In den Berichten, die sozialdemokratische Vertrauensleute heimlich an den Exilvorstand der SPD in

Ausgaben für die Wehrmacht 1933–1939 in Mrd. RM

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939**	Gesamt
Heer und Marine (einschl. Oberkommando der Wehrmacht)	–	1,3	1,7	3,6	5,0	11,2	8,0	
Reichsluftfahrtministerium	–	0,6	1,0	2,2	3,3	6,0	3,9	
Mefo-Wechsel (Wechselkredite)	–	2,1	2,7	4,5	2,7	–	–	
Insgesamt	1,9*	4,1	5,5	10,3	11,0	17,2	11,9	61,9

*Einschließlich geheimer Etats. **Stand vom 31. August 1939.

Quelle: Michael Grüttner, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Band 19: Das Dritte Reich 1933–1939, Stuttgart 2014, S. 246.

Prag schickten, hieß es 1936 resigniert, „große Teile der Arbeiterschaft“ hätten mittlerweile „Freiheit“ gegen „Sicherheit“ am Arbeitsplatz eingetauscht.

Deutsche Arbeitsfront

Um nach der Zerschlagung der Gewerkschaften kein Machtvakuum in den Betrieben entstehen zu lassen und die organisierte Arbeitnehmerschaft aufzufangen, wurde gleich im Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley gegründet, die die Millionen Gewerkschaftsmitglieder übernahm und zugleich das Vermögen der Gewerkschaften raubte. Im selben Monat folgte die Einsetzung von sogenannten Treuhändern der Arbeit, die, angeblich unabhängig, tatsächlich jedoch meist zugunsten der Unternehmen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelten.

Ziel der DAF war, wie es in der Verordnung Hitlers vom 24. Oktober 1934 hieß, „die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“. Die DAF solle dafür sorgen, „dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchster Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet“.

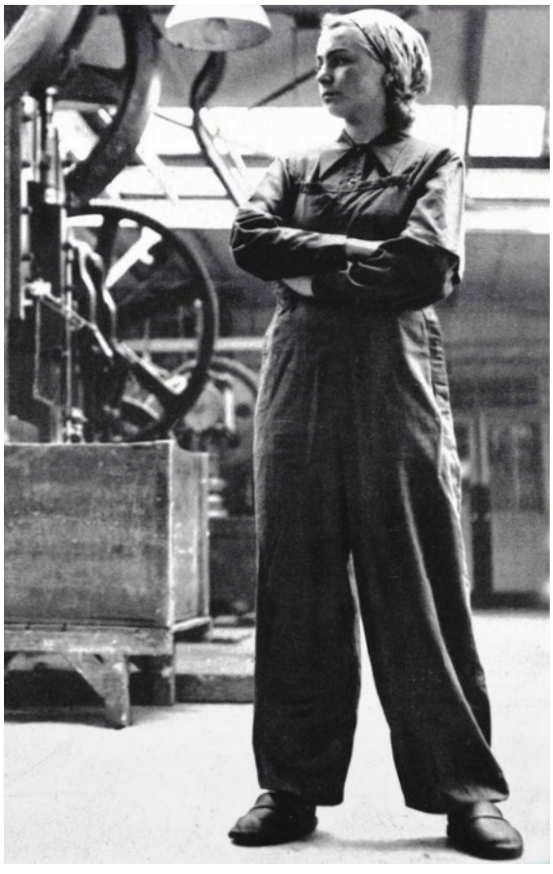
Offiziell war der DAF eine eigenständige Arbeits- und Sozialpolitik verwehrt, und der 1938 verordnete Lohnstopp, mit dem das Regime Löhne und Gehälter festsetzte und Erhöhungen ausschloss, engte ihren Handlungsspielraum erheblich ein. Gerade deswegen versuchte die Organisation nicht bloß propagandistisch, sondern auch materiell auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben Einfluss zu nehmen. Das DAF-Amt „Schönheit der Arbeit“ kümmerte sich um die Modernisierung von Betriebskantinen, den Bau von Sportanlagen oder die Verbesserung der Hygiene in den Betrieben. Das Reichsheimstättenamt der DAF drängte die Kommunen, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, und die Firmen, ihren Angestellten billige Kredite für den Hausbau zur Verfügung zu stellen. Stammarbeiter sollten bevorzugt werden, allerdings hatten sie politisch zuverlässig und „erbgesund“ zu sein. Das DAF-Amt für Volksgesundheit führte ärztliche Vorsorgeuntersuchungen in den Betrieben durch, deren Daten dann statistisch aufbereitet und rassenbiologisch ausgewertet wurden.

Frauen in der Arbeitswelt

Entgegen aller offiziellen Rhetorik nahm die Zahl der erwerbstätigen Frauen im NS-Regime keineswegs ab. 1933 waren 11,6 Millionen, 1939 14,6 Millionen Frauen erwerbstätig. Damit gingen 52 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren in Deutschland einer Lohn- bzw. Gehaltsarbeit nach. Die meisten Frauen waren nach wie vor in der Land- und Hauswirtschaft beschäftigt, es folgten der Dienstleistungssektor und zuletzt die Industrie. Dabei lag die Erwerbsquote bei ledigen Frauen mit 88 Prozent sehr viel höher als bei verheirateten Frauen mit nur etwa einem Drittel.



Propagandaplakat des DAF-Amts „Schönheit der Arbeit“, 1937



Arbeitsschutzanzug für Frauen, abgebildet in der Zeitschrift „Die Mode“, Juni 1941

Frauen als Täterinnen, Verfolgte und Widerständige

Ohne Zweifel blieb das NS-Regime eine strikt patriarchalische Ordnung, die den Frauen eine ideologisch gleichwertige, aber keine gleichrangige Position gegenüber den Männern zubilligte. Doch reduzierte sich diese keineswegs auf die gehorsame Erfüllung von Mütterlichkeit und der Rolle als Ehefrau. Innerhalb der „volksgemeinschaftlichen" Ordnung eröffneten sich Frauen durchaus Handlungsoptionen und Aufstiegschancen, wie zum Beispiel in den zahlreichen NS-Organisationen, insbesondere im BDM, der Nationalsozialistischen Frauenschaft (NSF) oder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Diese Frauen hatten auch aktiven Anteil an rassistischer und antisemitischer Politik, etwa als engagierte Angehörige der Besatzungsverwaltung in den besetzten Ostgebieten, wo sie zu selbstständig handelnden Täterinnen wurden. Jüdische Frauen wurden indes ebenso verfolgt wie jüdische Männer; das KZ Ravensbrück wurde eigens für Frauen eingerichtet. Und auch ausländische Zwangsarbeiterinnen teilten das gleiche Schicksal von Ausbeutung und Verfolgung wie die Männer. Nicht zuletzt gab es gleichermaßen Frauen im Widerstand wie Sophie Scholl (1921–1943) oder Mildred Harnack (1902–1943). Genau wie Männer lassen sich also auch Frauen weder pauschal als Opfer noch als Täterinnen kategorisieren, sondern waren sowohl Täterinnen als auch Opfer, Mitläuferinnen und Zuschauerinnen.

Freizeit und Konsum

Das bekannteste und zweifellos populärste Amt der DAF war „Kraft durch Freude" (KdF). Im November 1933 nach italienisch-faschistischem Vorbild gegründet, widmete es sich der Freizeitorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, veranstaltete Kulturabende und insbesondere Reisen. Bereits 1935 nahmen über 5,7 Millionen Personen an Kurzfahrten innerhalb Deutschlands teil, über 120 000 Menschen kamen im selben Jahr in den Genuss einer Schiffsfahrt mit einem der zehn KdF-Dampfer. Am begehrtesten waren selbstverständlich die Auslandsreisen. 1938 fuhren bereits rund 140 000 Deutsche nach Italien, andere reisten nach Norwegen, Griechenland, sogar nach Madeira und auf die Kanarischen Inseln. Hinzu kam, dass es für Arbeiterinnen und Arbeiter erst unter dem NS-Regime einen nennenswerten Urlaub von sechs bis zwölf Tagen gab, allerdings differenziert nach Branchen, Lebensalter und abhängig von der alleinigen Entscheidung der „Betriebsführer".

Für die NS-Führung stand die Wehrhaftigkeit im Vordergrund, wie es Hitler bei der Gründung der Organisation unmissverständlich ausdrückte: „Ich will, dass dem deutschen Volk ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche dies, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen." In der alltäglichen Praxis jedoch bedeutete KdF vielmehr die Erfahrung von Freizeit und Konsum. Millionen Deutsche erlebten reale und nicht nur propagandistische Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Zahlreiche Betriebe gingen aufgrund der guten Konjunktur und des bald spürbar werdenden Facharbeitermangels dazu über, höhere Akkordlöhne oder besondere Zulagen zu zahlen. So erreichten die Nettolöhne 1937, zumindest in den rüstungsrelevanten Wirtschaftsbereichen, wieder das Niveau von 1929, obwohl auch die Preise stiegen und neben den Steuern und Sozialversicherungsabgaben zusätzlich die Beiträge zur DAF automatisch vom



In Prora auf Rügen sollte ein gigantischer Komplex des Massentourismus entstehen, der jedoch wegen des Krieges nicht fertiggestellt wird. Stattdessen ist in einem Gebäudeteil ein Polizeibataillon untergebracht. Nach dem Krieg nutzen die sowjetische Armee sowie die Nationale Volksarmee der DDR die Gebäude. Heute befinden sich dort Ferienwohnungen, Seniorenheime und eine Jugendherberge.



Teilnehmer der ersten KdF-Fahrt aus Österreich nach Berlin im Jahr 1938 winken am Anhalter Bahnhof aus dem geschmückten Zug.

Lohn eingezogen wurden. Obwohl das Regime 1938 einen Lohnstopp verordnete, stiegen die effektiv gezahlten Löhne in bestimmten Branchen wie der Rüstungsindustrie.

Im internationalen Vergleich des Pro-Kopf-Einkommens der Gesamtbevölkerung lag Deutschland in den 1930er-Jahren jedoch weiterhin um die Hälfte zurück gegenüber den USA, auch weit hinter Großbritannien und noch hinter den Niederlanden, Frankreich und Dänemark. Während in den USA die Verbindung von Serienproduktion durch Standardisierung und Fließbandmontage einerseits und hohen Löhnen andererseits einen rasch wachsenden Binnenmarkt selbst für teure Massenkonsumgüter wie Automobile schuf, stagnierte die Konsumgüterproduktion in Deutschland durch die ausschließliche Konzentration auf die Rüstung.

Zwar versuchte das Regime, durch staatlich subventionierte „Volks"-Produkte Massengüter herzustellen, aber nur der Volksempfänger, ein Radio, das im Sommer 1933 in Serienproduktion ging und mit einem Ratenvertrag erworben werden konnte, wurde ein Erfolgsprodukt. Besaß 1933 ein Viertel aller deutschen Haushalte ein Radio, so waren es 1938 schon etwas über 50 Prozent (↗ S. 55). Verglichen mit 68 Prozent in England und 84 Prozent in den USA war das aber immer noch kein Spitzenwert.

Nicht zuletzt stieß das Projekt eines KdF-Wagens auf große Zustimmung. 1938 versprach Robert Ley: „In 10 Jahren jedem schaffenden Deutschen einen Volkswagen!" 336 000 Menschen leisteten wöchentliche Vorauszahlungen, um ihr eigenes Auto zu bekommen. Da der politisch festgelegte Preis von 1000 RM weit unter den Produktionskosten lag, fand sich kein Unternehmen bereit, den Volkswagen zu bauen. Stattdessen übernahm die DAF aus geraubtem Gewerkschaftsvermögen die Finanzierung und beauftragte Ferdinand Porsche mit der Entwicklung und dem Bau des KdF-Wagens. Von den Einzahlungen der künftigen VW-Besitzer zog die DAF einen Gewinn von rund 275 Millionen RM; die Sparer selbst verloren ihr Vermögen, denn entgegen den Versprechungen des Regimes zur Massenmotorisierung wurde von dem propagandistisch angekündigten Volkswagen in der NS-Zeit kein einziger ausgeliefert. Vielmehr produzierte Porsche Militärfahrzeuge für die Wehrmacht.

KdF-Wagen wird nie produziert

Kultur

Kultur war für das NS-Regime, wie für alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts, ein zentrales politisches Feld, um die Menschen nicht nur im öffentlichen Leben, sondern auch in ihrem privaten Alltag zu erreichen.

Bereits vor 1933 war der vom Parteiideologen Alfred Rosenberg (1892–1946) gegründete „Kampfbund für deutsche Kultur" aktiv gegen demokratische Künstlerinnen und Künstler vorgegangen und sorgte für Störaktionen bei Ausstellungen, Theater- und Kinovorstellungen. Nach 1933 lag die Steuerung der Kulturpolitik bei Joseph Goebbels, dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.



Mit dem „Volksempfänger" wird der Rundfunk für viele Menschen erschwinglicher. Gleichzeitig zieht damit die nationalsozialistische Propaganda in die Privaträume in „ganz Deutschland" ein, womit auch hier nur die Mitglieder der „Volksgemeinschaft" gemeint sind.



Über 330 000 Menschen sparen im NS-Deutschland auf ein eigenes Auto – das sie nie erhalten werden.

Im November 1933 gründete er die Reichskulturkammer (RKK) mit sieben verschiedenen Fachkammern für Musik, Bildende Künste, Theater, Schrifttum, Presse, Rundfunk und Film, denen Kulturschaffende angehören mussten, wenn sie in NS-Deutschland beruflich tätig sein wollten. Entsprechend hatte die RKK die Kontrolle über den Kulturbetrieb und konnte ausschließen, wer aus politischen oder antisemitischen, rassistischen Gründen nicht zur deutschen Kulturlandschaft dazugehören sollte. Zunächst verzichtete die RKK auf einen „Arierparagrafen", schloss aber ab 1934 systematisch jüdische Kulturschaffende aus, ebenso wie Homosexuelle, ehemalige Mitglieder der Linksparteien sowie Roma und Sinti. Allerdings behielt sich die RKK das Recht vor, Sondergenehmigungen zu erteilen, um Publikumslieblinge wie den Schauspieler Theo Lingen (1903–1978) oder den Schriftsteller Erich Kästner (1899–1974) weiterhin arbeiten zu lassen.

„Entartete Kunst"

Die nationalsozialistische Kulturpolitik – ganz in Übereinstimmung mit der am 19. Jahrhundert orientierten Kunstauffassung Adolf Hitlers – richtete sich vor allem gegen die künstlerische Moderne. Prominentestes Beispiel war die Ausstellung „Entartete Kunst" in München 1937, die anschließend in weiteren deutschen Städten gezeigt wurde. In ihr wurden 600 Kunstwerke von Künstlerinnen und Künstlern wie Max Beckmann, Marc Chagall, Otto Dix, Wassily Kandinsky, Paul Klee, August Macke und Paula Modersohn-Becker in bewusst herabsetzender und höhnischer Weise gezeigt. Auch Bilder von Emil Nolde wurden ausgestellt, der jedoch selbst dem NS-Regime nicht fernstand und durchaus nationalsozialistische Förderer besaß. Ebenso lässt sich für die zahlreichen Besucherinnen und Besucher, die die Ausstellung in München und später in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Wien und weiteren Städten sahen, nicht eindeutig sagen, ob sie mit der nationalsozialistischen Kulturauffassung übereinstimmten oder sich noch einmal Meisterwerke moderner Kunst sehen wollten, bevor sie aus den Museen entfernt wurden.

Denn vor und nach der Ausstellung wurden tausende Kunstwerke aus den deutschen Museen beschlagnahmt, versteckt oder auf dem internationalen Kunstmarkt verkauft, um Devisen für das NS-Regime zu erzielen. Dieser systematische Kunstraub nahm während des Krieges ein immenses Ausmaß an, als aus den besetzten Ländern unzählige Kunstwerke und Bibliotheken beschlagnahmt und nach Deutschland verschleppt wurden.

Demgegenüber produzierte das Regime zahlreiche Propaganda-Ausstellungen wie „Gebt mir vier Jahre Zeit" 1937, die ein Hitler-Zitat aus dem Jahr 1933 als Titel hatte und die Leistungen des NS-Regimes zur Schau stellen sollte. Diese und andere NS-Ausstellungen waren hinsichtlich der Ausstattung, Architektur, Lichtführung und Farbwahl modern gestaltet, schufen neue visuelle Erlebnisräume und wurden von hunderttausenden Besucherinnen und Besuchern gesehen.

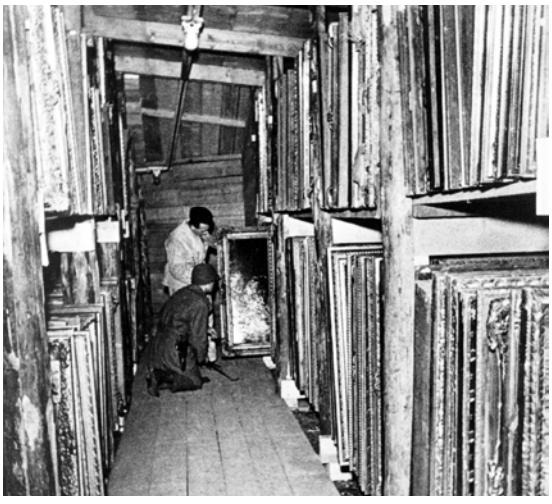
Mehr zur Ausstellung „Entartete Kunst":
www.bpb.de/141166

Film

Besondere Aufmerksamkeit widmeten das NS-Regime, insbesondere Joseph Goebbels, dem Film, der nach den technischen Innovationen des Ton- und Farbfilms zu einem zentralen Bestandteil der Massenkultur geworden war. Wie auch die anderen Kulturbereiche wurde die Filmwirtschaft „gesäubert". Regisseure wie Fritz Lang und Billy Wilder und Schauspielerinnen wie Lilian Harvey und Marlene Dietrich verließen Deutschland. Die verschiedenen Filmgesellschaften wurden verstaatlicht und die Ufa (Universum-Film Aktiengesellschaft) als zentrale



Ein Besucher der Ausstellung „Entartete Kunst" im Münchner Haus der Kunst, 1938. Die Tafel über den Bildern gibt eine herabwürdigende Deutung vor.



Zwei US-amerikanische Experten begutachten 1945 ein Gemälde im österreichischen Salzbergwerk Altaussee, in dem ein großer Teil der NS-Raubkunst versteckt wurde. Das Ausmaß des nationalsozialistischen Kunstraubs wurde erst nach Kriegsende bekannt und ist bis heute nicht umfassend geklärt.



Der Eingang des Ufa-Palastes zur Uraufführung von Leni Riefenstahls Film „Triumph des Willens", Berlin 1935

Produktionsfirma eingesetzt. Durch das Lichtspielgesetz von 1934 waren Filme verboten, die „das nationalsozialistische Empfinden" verletzten; die Zensur lag in den Händen des Propagandaministeriums, sogar persönlich bei Goebbels, der schätzungsweise zwischen 1937 und 1942/43 für zwei Drittel aller Spielfilme entschied, ob sie gezeigt werden durften.

Es war jedoch keineswegs ausgemacht, dass die eindeutigen Propagandafilme Erfolg beim Publikum hatten. So fiel der antisemitische Hetzfilm „Der ewige Jude" (1940) bei den Zuschauenden durch, obwohl für ihn massiv geworben wurde. Hingegen war der ebenfalls antisemitische Spielfilm „Jud Süß" aus demselben Jahr mit Ferdinand Marian, Kristina Söderbaum, Werner Krauß und Heinrich George – Regie führte Veit Harlan – ein ausgesprochener Publikumserfolg.

Es kamen durchaus weiterhin ausländische Filme auf den deutschen Markt. Zwischen 1933 und 1944 wurden neben 1094 deutschen Spielfilmen auch 605 ausländische Spielfilme zugelassen, darunter 273 Filme aus den USA.

Unterhaltungsfilme wie „Die Feuerzangenbowle" (1944) und „Die große Liebe" (1942), der erfolgreichste Film der NS-Zeit, machten nahezu die Hälfte der deutschen Filmproduktion aus. Dabei waren sie keineswegs unpolitisch, sondern sollten die Deutschen bei Laune halten, ihre Bereitschaft, die Entbehrungen des Krieges auszuhalten, sowie die Siegeszuversicht stärken. Zarah Leanders Lieder „Davon geht die Welt nicht unter" und „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen" aus dem Film „Die große Liebe" gehörten zu den erfolgreichsten Schlagern im Krieg.

Musik

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten war auch der Musikbereich durch Ausgrenzung geprägt. Jüdische Komponisten wie Kurt Weill, Dirigenten wie Bruno Walter und Otto Klemperer, Sängerinnen wie Fritzi Massary oder der Tenor Richard Tauber mussten Deutschland verlassen. Moderne Musik von Arnold Schönberg oder Alban Berg wurde als „entartet" ausgegrenzt und durfte nicht gespielt werden. Anderseits wurde der Komponist Paul Hindemith bis zu seiner Ausreise 1938 in die Schweiz geduldet. Junge Dirigenten wie Herbert von Karajan, der 1933 der NSDAP beigetreten war, machten im NS-Regime Karriere.

Rede Goebbels' vor Filmschaffenden, 28.3.1933

Mit dieser Rede skizzierte Joseph Goebbels, der zwei Wochen zuvor zum Minister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt worden war, seine Filmpolitik. Er betonte, wie wichtig die künstlerische Qualität sei, die jedoch von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen sein müsse, und verlangte ein Bekenntnis zur „neuen Zeit" der nationalsozialistischen Herrschaft. Zugleich machte er klar, dass jüdische Filmschaffende und jene, die die moderne Filmästhetik der Weimarer Republik prägten, keinen Platz mehr in der NS-Filmproduktion haben würden, die im Kern antisemitisch-völkisch sein sollte.

„Ich bin dankbar für die Gelegenheit, mich über die Situation des deutschen Films und die zu vermutenden Zukunftsaufgaben des deutschen Filmschaffens aussprechen zu können. Ich tue es als ein Mann, der niemals dem deutschen Film fern gestanden hat, vielmehr als ein leidenschaftlicher Liebhaber der filmischen Kunst. Seit vielen Jahren habe ich erkannt, zu welchen Höhen der deutsche Film durch die Kraft und das Ingenium des deutschen Geistes geführt werden kann. […]

Einige Filme haben einen unauslöschlichen Eindruck auf mich gemacht. Zunächst ‚Panzerkreuzer Potemkin' [ein sowjetischer Propagandafilm von 1925, Anm. d. Red.]. Er ist fabelhaft gemacht, er bedeutet eine filmische Kunst ohnegleichen. Das entscheidende ‚Warum' ist die Gesinnung. Wer weltanschaulich nicht fest ist, könnte durch diesen Film zum Bolschewisten werden. Dies beweist, daß Tendenz sehr wohl in einem Kunstwerk enthalten sein kann, und auch die schlechteste Tendenz ist zu propagieren, wenn es eben mit den Mitteln eines hervorragenden Kunstwerks geschieht. […]

Allerdings ist Kunst nur dann möglich, wenn sie mit ihren Wurzeln in das nationalsozialistische Erdreich eingedrungen ist. Ich warne davor, das deutsche Volk so billig einzuschätzen, wie es leider auch die anderen Künste vor dem Film getan haben.

Wir denken gar nicht daran, auch nur im entferntesten, zu dulden, daß jene Ideen, die im neuen Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, irgendwie getarnt oder offen im Film wieder ihren Einzug halten.

Der Künstler und die Produktion haben die Konsequenzen aus dieser Lage zu ziehen. Zu neuem schöpferischen Wollen haben sie sich zu bekennen, der Mut zur neuen Zeit ist die Vorbedingung, und nicht neue Ideen allein, auch neue Menschen müssen kommen.

Der künstlerisch schaffende Mensch muß mit seinem Bekenntnis der Zeit vorangehen. Es gibt kein herrlicheres Gefühl, als sozusagen am Webstuhl der Zeit mitzusitzen und für sein bescheiden Teil sagen zu können: ‚Wir waren dabei!' Allerdings ist der Publikumsgeschmack nicht so, wie er sich im Inneren eines jüdischen Regisseurs abspielt. Man kann kein Bild vom deutschen Volk im luftleeren Raum gewinnen. Man muß dem Volke aufs Maul schauen und selbst im deutschen Erdreich seine Wurzeln eingesetzt haben. Man muß ein Kind dieses Volkes sein. […]"

Zitiert nach: Gerd Albrecht, Film im 3. Reich, Karlsruhe 1979, S. 26–31.
Online: www.filmportal.de/material/die-goebbels-rede-im-kaiserhof-am-2831933

Medien und Propaganda im Nationalsozialismus

Das Kino im NS-Regime

Von 1933 bis 1945 wurden in Deutschland über 1.200 Spielfilme und zahllose Wochenschau- und „Kulturfilme“ produziert, die auf ganz unterschiedliche Weise massiven Einfluss auf die schon in der Weimarer Republik vom Kino begeisterte deutsche Bevölkerung nahmen. In der Saison 1934/35 gingen rund 250 Millionen Menschen in die Kinos, fünf Jahre später waren es bereits über eine Milliarde Kinobesucher jährlich. Das Angebot an Filmen hatte eine große Bandbreite: Es umfasste politisch-propagandistische Filme ebenso wie leicht unterhaltende Streifen. Ab 1934 war den Kinobesitzern verbindlich vorgeschrieben, im Vorprogramm wenigstens einen „Kulturfilm“ und die Wochenschau zu zeigen.

Bei den „Kulturfilmen“ handelte es sich um kurze Sach- und Dokumentationsfilme, die sich nach außen objektiv und sachlich präsentierten und häufig Themen wie Rassenlehre oder „Blut und Boden“ propagierten. Der Wochenschau dagegen kam die Aufgabe zu, die Leistungen des NS-Regimes ausführlich darzustellen und zu würdigen. Im Zweiten Weltkrieg sollte diese Sendung die „Volksgenossen“ durch die vermeintliche Aktualität und Authentizität der gestellten Bilder für die militärischen Erfolge begeistern.

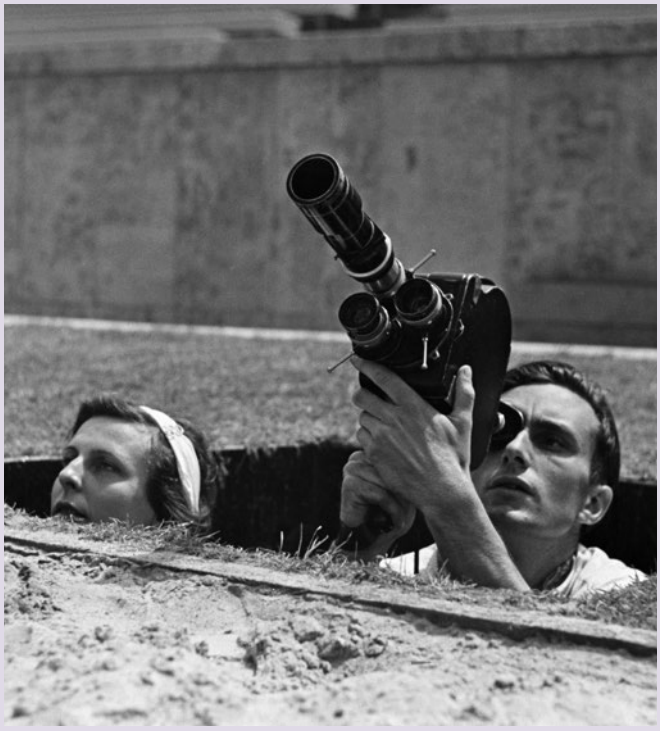
Um die „Größe“ und die Ideale des NS-Regimes der Bevölkerung im Kino vor Augen zu führen, wurde die Regisseurin Leni Riefenstahl mit der filmischen Dokumentation der Reichsparteitage und der Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin beauftragt. In „Sieg des Glaubens“ (1933) und „Triumph des Willens“ (1934) faszinierte sie die Zuschauer durch ästhetisierende Monumentalaufnahmen von den Parteitagen in Nürnberg. Die inszenierten Aufmarschszenen von Sturmabteilung (SA), Hitlerjugend (HJ) und Reichsarbeitsdienst (RAD), das flatternde Fahnenmeer und die Heroisierung Adolf Hitlers als „nationaler Erlöser“ sollten dem Kinozuschauer das Bild einer geschlossen hinter ihrem „Führer“ stehenden Volksgemeinschaft suggerieren. Die auch international gefeierten Olympiafilme „Fest der Völker“ (1936) und „Fest der Schönheit“ (1938) zeigten das von den Nationalsozialisten propagierte Idealbild des nordischen Menschen durch eine perfekte ästhetische Inszenierung von wohlproportionierten und durchtrainierten Körpern.

Ein neues Genre des NS-Kinos war der Propagandaspielfilm. Bereits 1933 war der Film „SA-Mann Brand. Ein Bild aus unseren Tagen“ im Kino zu sehen. In eine dürftige Spielhandlung waren vor allem reichlich Massenszenen und Aufmärsche eingebaut. „Hans Westmar. Einer von vielen“ (1933) stellte pathetisch überhöht das Leben des NS-Helden Horst Wessel dar. […] Eindringlich wurde die nationalsozialistische Rassenideologie in antisemitischen Hetzfilmen dargestellt. Der im Ghetto von Lodz gedrehte „Dokumentarfilm“ „Der ewige Jude“ (1940) zeigte die Juden als minderwertige „Rasse“, welche die Kulturvölker – zumal das deutsche – von innen heraus zu zersetzen versuchten. Eingeleitet wurde der Film mit der gleichnishaften Darstellung wandernder Ratten, deren Tötung ein Akt der Seuchenhygiene darstellen sollte. Ebenfalls 1940 drehte Veit Harlan den antisemitischen Spielfilm „Jud Süß“ […]. Beide Filme beabsichtigten durch Verwendung antisemitischer Stereotype und der These von der jüdischen Weltverschwörung, in der deutschen Bevölkerung Zustimmung für verschärfte antisemitische Maßnahmen bis hin zur Deportation von Juden zu erzielen.

In etwas weniger penetranter Form transportierten auch Historienfilme nationalsozialistisches Gedankengut. In zahlreichen Spielfilmen wurden dem Zuschauer „Führergestalten“ wie Politiker, Militärs, Ärzte, Künstler vorgeführt. Ohne dass explizite Bezüge zum NS-Regime hergestellt wurden, sollte der Zuschauer das Führerprinzip als natürlich empfinden und in die Gegenwart hineintransponieren. […] Anhand solcher Filme, vor allem über die „glorreichen“ Epochen preußisch-deutscher Geschichte, sollten dem Publikum Pflichterfüllung, Durchhaltewillen, Schicksalsergebenheit, bedingungsloses Führertum und Gefolgschaftstreue bis in den Tod vor Augen geführt werden.

Allerdings bildete den Großteil der Filmproduktion der Sektor der leichten Unterhaltungsfilme wie der Komödie oder des Musik- und des Heimatfilms. Das filmbegeisterte Publikum konnte so im Jahr zwischen rund hundert Unterhaltungsfilmen auswählen und […] beliebte Stars der 1930er und 1940er Jahre […] erleben. […]

Max Schreiber, „Kino im NS-Regime“, in: LeMO vom 14. August 2015. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/kunst-und-kultur/kino



Ihre heroisierenden Aufnahmen ließ Leni Riefenstahl aus extremen Perspektiven filmen. Riefenstahl und Kameramann Walter Frentz in einem Erdloch bei den Aufnahmen für die Olympia-Filme, 1936

Wochenschauen im Kino

Die Wochenschau war – lange vor der Etablierung des Fernsehens – der Versuch, einem Massenpublikum Überblick über aktuelle politische und kulturelle Ereignisse zu geben. Mit einer Kompilation von kurzen Filmen aus den verschiedensten Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens ließ sie – scheinbar – die Zuschauer selbst an diesem Geschehen teilnehmen. Sie hatte sich lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten als fester Bestandteil im Kinoprogramm etabliert. Die Wochenschau wurde in der Regel vor dem Hauptprogramm gezeigt und war beim Kinopublikum sehr beliebt. Aufgrund ihrer Aktualität und der durch die Bilder vermittelten Authentizität wurde sie nach 1933 rasch zu einem wirksamen Instrument der nationalsozialistischen Propaganda. Besonders in der Phase der Kriegsvorbereitung und während des Krieges selbst war die Wochenschau mehr noch als Rundfunk und Presse das wichtigste Instrument psychologischer Massenbeeinflussung. [...]

Zu Beginn des Dritten Reiches gab es insgesamt vier verschiedene Wochenschauen[.] [...] Die einzelnen Wochenschauen produzierten zunächst unabhängig voneinander und erstellten auch jeweils eigenes Filmmaterial. Sie unterlagen aber ab 1933 der zentralen Zensur des Reichspropagandaministeriums. Neben Berichten über Auftritte von NS-Führern, Reden und Parteiveranstaltungen enthielten die Wochenschauen in der ersten Phase des Dritten Reiches noch viele, nicht zentral gesteuerte Berichte über Kurioses und Bemerkenswertes aus aller Welt. 1935 wurde das „Deutsche Film-Nachrichtenbüro“ geschaffen – an der Spitze Hans Weidemann. Damit beschränkte man sich nicht mehr nur auf negative Nachzensur produzierter Wochenschauen, sondern bestimmte durch Themenvorgabe und direkte redaktionelle Einflußnahme den Kurs der Wochenschau. Mit der Ernennung des fanatischen Nationalsozialisten Fritz Hippler im Jahr 1939 zum Chef der Wochenschau war diese endgültig zum Propagandainstrument des Regimes geworden: Hippler war enger Vertrauter von Propagandaminister Goebbels und später verantwortlich für den antisemitischen Hetzstreifen „Der ewige Jude“. 1940 wurden schließlich die verschiedenen Wochenschauen zu einer einzigen verschmolzen: „Die Deutsche Wochenschau“, die jetzt einheitlich im ganzen Reich zu sehen war. Vielfach ließ sich Propagandaminister Goebbels die Wochenschau vor der endgültigen Fertigstellung vorführen und gab Anweisungen zur Themen- und Filmauswahl, sogar zu Schnitttechnik und unterlegter Musik. [...]

Bernd Kleinhans, „Die Wochenschau als Mittel der NS-Propaganda“, in: Zukunft braucht Erinnerung vom 5. Oktober 2004. Online: www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-wochenschau-als-mittel-der-ns-propaganda

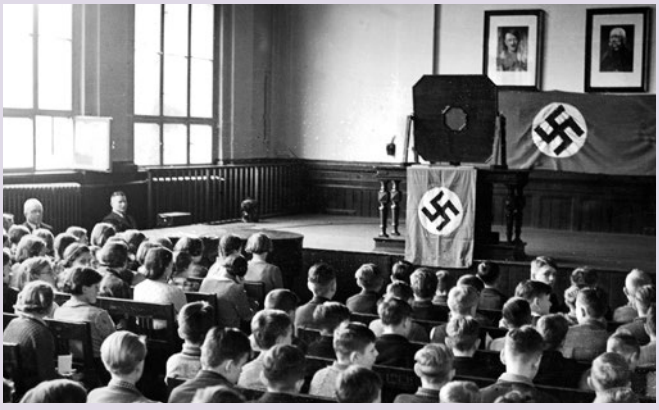
Das Radio im NS-Regime

Der im August 1933 auf der 10. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin vorgestellte Volksempfänger „VE 301“ fand im NS-Regime rasche Verbreitung. Die Typenbezeichnung verwies auf den 30. Januar, den Tag der Machtübernahme der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Sämtliche Rundfunkfirmen im Deutschen Reich waren verpflichtet, den auf Veranlassung des Propagandaministeriums entwickelten Radioapparat baugleich zu produzieren. Durch Standardisierung und kostengünstige Serienfertigung sollte der technisch einfache und schlicht gestaltete Volksempfänger für jeden Haushalt finanziell erschwinglich sein.

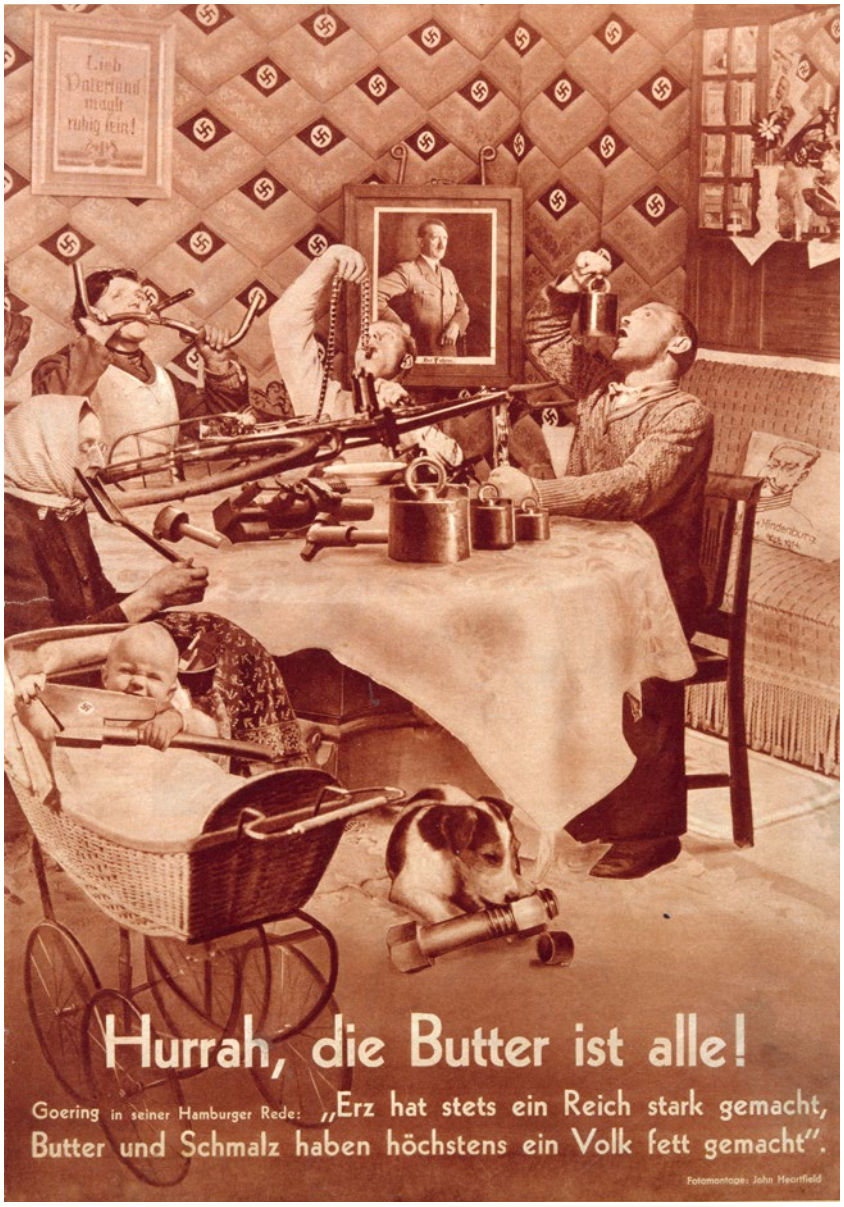
Statt der üblichen 200 bis 400 Reichsmark (RM) für einen Radioapparat der gehobenen Klasse konnte der Volksempfänger für 76 RM erworben werden. Nur 35 RM kostete ab 1938 der „Deutsche Kleinempfänger“. Trotz einer vergleichsweise hohen monatlichen Rundfunkgebühr von 2 RM erhöhte sich die Ausstattung der deutschen Haushalte mit Radiogeräten zwischen 1933 und 1941 von 25 auf 65 Prozent.

„Ganz Deutschland hört den Führer mit dem Volksempfänger“ lautete die Parole der Nationalsozialisten. Für Propagandaminister Joseph Goebbels stellte der Rundfunk das effektivste Medium zur Beeinflussung der Massen dar. Die bereits 1932 von der Regierung unter Franz von Papen durchgesetzte Verstaatlichung des Rundfunks ermöglichte den Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 die zügige Gleichschaltung des Mediums. Genaue Instruktionen des Propagandaministeriums regelten bis ins kleinste Detail die Berichterstattung in den Medien. Um einer aus Überdruss von der NS-Propaganda resultierenden Abwendung der Hörer entgegenzuwirken, nahmen auf Anweisung von Goebbels zahlreiche Wunschkonzerte, Unterhaltungssendungen, Hörspiele sowie im Zweiten Weltkrieg zusätzlich die Wehrmachtsberichte einen festen Platz in den Programmen ein.

Arnulf Scriba, „Der Volksempfänger“, in: LeMO vom 7. August 2014. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/alltagsleben/volksempfaenger



Schülerinnen und Schüler hören Hermann Görings über den Rundfunk verbreitete Rede am 1. März 1939, dem „Tag der Luftwaffe“.



In einer Fotomontage für die aus dem Exil in Prag erscheinende „Arbeiter Illustrierte Zeitung" persifliert der Grafiker John Heartfield im Dezember 1935 die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten und die militaristische Rhetorik von Hermann Göring.

Jazz war im Nationalsozialismus verpönt. Den Rundfunksendern war ab 1935 verboten, Jazz im Programm zu spielen; 1937 untersagte das Propagandaministerium den Verkauf von Jazz-Schallplatten. Dennoch war Jazzmusik bei jungen Menschen beliebt. Weiterhin gab es in den Großstädten Bars und Nachtclubs, in den Jazz gespielt wurde. Der Jazzmusiker Teddy Stauffer trat mit seiner Swingband noch bis 1939 in Deutschland auf. Und später im Krieg nahmen deutsche Soldatensender wieder Swingmusik ins Programm, damit junge Soldaten nicht „Feindsender" einschalteten, um Jazz zu hören.

Gegenüber der Unterhaltungsmusik versuchte das NS-Regime, Konformität und Popularität zu balancieren. Das Naserümpfen über „fröhliche Musik", so Hans Hinkel, einer der führenden Funktionäre des Propagandaministeriums, müsse ein Ende haben. Beim Erfolgsschlager „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern" von 1939 sah das Propagandaministerium sogar darüber hinweg, dass der Liedtexter Bruno Balz homosexuell war.

Risse in der „Volksgemeinschaft"

Die nationalsozialistische Utopie der „Volksgemeinschaft" war keine offene oder gar wohlfahrtsstaatliche Gesellschaft, sondern blieb stets rassistisch und antisemitisch bestimmt. Ohne Zweifel verlieh die „Verbreitung des Gefühls sozialer Gleichheit", so der Historiker Norbert Frei, dem Nationalsozialismus eine große Attraktivität und ein hohes Maß an Mobilisierungsbereitschaft. Die angestrebte „Volksgemeinschaft" umfasste allerdings eine unmissverständlich erb- wie rassenbiologisch definierte Menschengruppe. Das nationalsozialistische Ziel bestand nicht in einer universell-egalitären Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind, sondern richtete sich stets auf die Leistungssteigerung einer rassistischen „Volksgemeinschaft".

Doch auch innerhalb der „Volksgemeinschaft" konnte von sozialer Gleichheit keine Rede sein, wie das Beispiel der Landwirtschaft zeigt. Noch im Februar 1933 verbot die Hitler-Regierung Zwangsversteigerungen bäuerlicher Betriebe und unterband damit in populistischer Weise eine privatwirtschaftlich legale Maßnahme, die in den Jahren zuvor immer wieder für helle Empörung und sogar gewalttätigen Widerstand in der Bauernschaft gesorgt hatte. Mit dem Reichserbhofgesetz vom September 1933 erhielten rund eine Million Bauernhöfe, die rund 37 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, einen neuen Status: Sie wurden unteilbar, unverkäuflich und allein an den erstgeborenen Sohn vererbbar. Nur diese, durch „Rasse", „Ehrbarkeit" und Wirtschaftsführung ausgewiesenen Besitzer, durften sich Bauern nennen, alle anderen hießen Landwirte. Doch wurde mit dem Erbhofgesetz das Problem der enormen Diskrepanz zwischen den wenigen Gutshöfen, die über viel Ackerland verfügten, und der großen Zahl kleiner Bauernhöfe mit deutlich geringerer Ackerfläche keineswegs gelöst.

Zusätzlich wurde mit dem „Reichsnährstand" unter Landwirtschaftsminister Darré eine staatlich gelenkte Landwirtschaftsorganisation geschaffen, die Erzeuger wie Verteiler einschloss, die Preise festsetzte und damit den freien Agrarmarkt aufhob. Damit wollte die NS-Führung die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sichern. Doch wurde trotz aller „Erzeugungsschlachten", die zwar zu beachtlichen Produktionssteigerungen führten, die erstrebte Autarkie in der Lebensmittelversorgung nicht erreicht. Nach wie vor blieb Deutschland auf Importe, insbesondere bei Futtermitteln und Fetten, angewiesen. Und bei aller nationalsozialistischen „Blut und Boden"-Rhetorik, dass das Bauerntum die Grundlage der „Volksgemeinschaft" bilde, wurde der moderne Trend zur Landflucht nicht aufgehalten.

Jungen Leuten boten sich in der Industrie, die dringend Arbeitskräfte benötigte, die weitaus besseren Arbeitsbedingungen. Im November 1938 musste Darré öffentlich eingestehen, dass der Landwirtschaft seit 1933 rund 500 000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren, was einem Rückgang von 20 Prozent entsprach. Entsprechend schlecht war die Stimmung unter den Bauern, wie die staatlichen Berichte aussagten, die der Historiker Peter Longerich ausgewertet hat.

Auch für den Mittelstand erfüllten sich nicht die Erwartungen, die er in den Nationalsozialismus gesetzt hatte. Die vor 1933 heftig bekämpften Kaufhäuser wurden nicht geschlossen, sondern bloß höher besteuert. Vielmehr mussten sogar viele kleine Geschäfte schließen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlten oder sie nicht mehr konkurrenzfähig waren. Nur die großen Handelsunternehmen konnten mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Zwar konnten auch 1937/38 viele kleine und mittlere Unternehmen von den Enteignungen der jüdischen Betriebe, der „Arisierung", profitieren, aber nur ein kleiner Teil der jüdischen Vermögen geriet in private Hände (↗ S. 68). Es war insbesondere der nationalsozialistische Staat, der durch Liquidierungen, Abgabenpolitik und drastische Besteuerung den Hauptanteil dieses Raubs einstrich, um die Rüstungspolitik zu finanzieren.

Allgemein klagten viele über Preissteigerungen, denen das Regime begegnen wollte, indem es im November 1934 den Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945) als Reichspreiskommissar einsetzte, ein Amt, das er schon 1931/32 innegehabt hatte. Doch staatlich festgelegte Preise ließen eher den Schwarzmarkt aufleben und gefährdeten damit die Versorgung mit Lebensmitteln insgesamt. Und jedwede Knappheit, insbesondere bei Fleisch, Fett und Eiern, erhöhte die tatsächlichen Preise, die Kundinnen und Kunden vor Ort in den Geschäften zahlen mussten. Hamsterkäufe und „Butterschlangen" waren keine Seltenheit. „Arbeiterfrauen", warnte der Pfälzer Regierungspräsident im Juli 1937, „geben auf den Wochenmärkten ihrer Unzufriedenheit unverhohlen Ausdruck und behaupten, dass es bald unmöglich sei, ein ordentliches Mittagessen hinzustellen."



Mit diesem Plakat soll auf der Agrarmesse „Grüne Woche" 1936 das Vertrauen in die nationalsozialistische Lebensmittelversorgung gestärkt werden. Gleichzeitig werden vorratshaltende Personen als Schädlinge denunziert (hier als Hamster dargestellt).



Zwei Frauen werden öffentlich gedemütigt und „aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen". Undatierte Aufnahme



Eine Tiroler Großfamilie, die das nationalsozialistische Idealbild einer Bauernfamilie laut Reichserbhofgesetz zeigen soll. Propagandaaufnahme von 1938

↗ S. 75



MICHAEL WILDT

Früher Widerstand, Terror und Verfolgung

Ab 1933 verfolgten die Nationalsozialisten zunächst vermehrt politische Gegner. Der staatliche Terror gegen die jüdische Bevölkerung erreichte 1938 mit den Novemberpogromen einen ersten Höhepunkt.

In der ersten Phase des NS-Regimes richtete sich der Terror vor allem gegen politische Gegnerinnen und Gegner, in erster Linie gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Zu Tausenden wurden Oppositionelle von lokalen SA-Gruppen in „wilden Konzentrationslagern“ interniert und misshandelt. Hier beglichen die neuen Machthaber manche alte Rechnung aus den Zeiten des Straßenkampfes und ließen ihren jahrelangen Ressentiments gegen „die Roten“ freien Lauf.

In Berlin-Köpenick zum Beispiel war im Juni 1933 ein SA-Kommando auf den Widerstand eines jungen Sozialdemokraten gestoßen, der drei SA-Männer erschoss. Daraufhin plante die SA eine systematische Gewaltaktion gegen SPD-Anhänger in diesem Stadtteil. Sie nahm über 500 Männer des Viertels fest und folterte sie so brutal, dass 91 von ihnen starben. Zum Teil wurden die Leichen Tage später aus den umliegenden Gewässern gefischt.

Diese Phase revolutionärer Willkür musste jedoch an ihre Grenzen stoßen, denn die NS-Führung wollte in jedem Fall das Gewaltmonopol fest und zentral in der Hand behalten. Die beiden entscheidenden Herrschaftsinstrumente zur Verfolgung der Gegnerinnen und Gegner bildeten die politische Polizei und die Konzentrationslager.

Früher Widerstand

Die Kommunistische Partei hatte sich frühzeitig auf die Untergrundarbeit nach einer nationalsozialistischen Machtübernahme vorbereitet. Dennoch traf sie der Terror nach dem Reichstagsbrand mit voller Wucht. In den ersten Märzwochen wurden rund 11 000 Kommunistinnen und Kommunisten verhaftet. Im Juni 1933, so der Historiker Wolfgang Benz, waren 17 der 28 Bezirksleiter der KPD und mehr als ein Drittel der kommunistischen Reichstagsabgeordneten nicht mehr in Freiheit.

Zwar versuchten einzelne Gruppen, Widerstand zu leisten, indem sie heimlich Flugblätter herstellten und verteilten, Parolen an die Häuserwände schrieben oder rote Fahnen an Fabrikschornsteinen hissten. Aber der Gestapo gelang es, Spitzel in die Gruppen einzuschleusen und sie zu zerschlagen.

Zudem wirkte die gegenseitige Feindschaft zwischen KPD und SPD fort, die bereits vor 1933 ein breites und wirksames Bündnis der Arbeiterparteien verhindert hatte. Die sozialdemokratische Führung hielt noch an ihrem Legalitätskurs fest, auch als mit der Reichstagsbrandverordnung der staatliche Terror gegen die Opposition einsetzte und viele sozialdemokratische Funktionäre verhaftet, gefoltert und getötet wurden. Im Frühjahr 1933 floh der SPD-Parteivorstand dann nach Prag und versuchte von dort aus, sozialdemokratische Netzwerke in Deutschland aufrechtzuerhalten und die illegale Arbeit zu organisieren. Von großem Wert waren die vielen Berichte, die mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor Ort, vor allem über die Situation in den Betrieben, verfassten und heimlich über Kuriere nach Prag schickten. Diese „Deutschland-Berichte", veröffentlicht von der Exil-SPD, erschienen von 1934 bis 1940 und vermittelten ein Bild von Deutschland jenseits der nationalsozialistischen Propaganda.

Unabhängig von der SPD existierten in den ersten Jahren des NS-Regimes linke, sozialistische Widerstandsgruppen wie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), der unter anderem der junge Willy Brandt (1913–1992), von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, angehörte. Etwa 5 000 SAP-Mitglieder leisteten mit Flugblättern, Wandparolen und anderen Aktionen in den ersten Jahren Widerstand gegen das NS-Regime, waren aber 1937 zum größten Teil von der Gestapo verhaftet worden.

Eine andere Gruppe, der kleine Internationale Sozialistische Kampfbund, sorgte mit einer Aktion zur offiziellen Eröffnung des Autobahnteilstücks zwischen Frankfurt und Darmstadt am Sonntag, 19. Mai 1935, für Aufsehen. Auf die Fahrbahn waren Parolen wie „Hitler = Krieg" oder „Nieder mit Hitler" gemalt und Lautsprecher unbrauchbar gemacht worden. Obwohl, wie Wolfgang Benz schreibt, die Parolen rechtzeitig vor dem Festakt entdeckt, an den Brücken mit Hakenkreuzfahnen verdeckt und auf der Fahrbahn mit Sand bestreut wurden, ließen der einsetzende Regen und die Fahrzeuge selbst die Schrift wieder sichtbar werden.

Polizei

Verselbstständigung der politischen Polizei als Gestapo

Gleich nachdem er im April 1933 preußischer Ministerpräsident geworden war, löste Hermann Göring die politische Polizeiabteilung aus ihrer bisherigen Verankerung in der Innen- und Polizeiverwaltung und verselbstständigte sie als Geheime Staatspolizei (Gestapo). Sie blieb aber vorerst ihm als Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellt. Auch in den übrigen deutschen Ländern wurde die politische Polizei verselbstständigt und als Terrorinstrument ausgebaut. Ähnlich sollten, nachdem die „wilden" Konzentrationslager der SA aufgelöst wurden, die Konzentrationslager unter staatlicher Aufsicht zusammengefasst werden und ein ziviler Direktor im preußischen Innenministerium die Leitung übernehmen.

In Bayern dagegen gerieten politische Polizei und Konzentrationslager von vornherein unter eine einheitliche Leitung. Heinrich Himmler, der zunächst zum Münchner Polizeipräsidenten ernannt worden war, erhielt Mitte März 1933 die Führung über die gesamte politische Polizei Bayerns. Damit waren beide Funktionen, Chef der SS und der Politischen Polizei Bayerns, in seiner Person vereinigt. Außerdem erreichte Himmler, dass ihm das Konzentrationslager Dachau bei München unterstellt wurde. In Bayern entstand damit eine Verbindung aus SS, Politischer Polizei und Konzentrationslager, die sich als das erfolgreiche Modell im Machtkampf über die Kontrolle der Polizei innerhalb der NS-Führung herausstellte.

Mit Hitlers Unterstützung gelang es Himmler in den kommenden Monaten, von Bayern aus die Führung der politischen Polizeien in den übrigen Ländern und damit auch die Verfügungsgewalt über die Konzentrationslager in seine Hand zu bekommen. Im April 1934 wurde Himmler zum Inspekteur der preußischen Gestapo ernannt, löste sie aus Görings Führung und kontrollierte damit auch



SS-Chef Heinrich Himmler während einer Besichtigung im Konzentrationslager Dachau, 8. Mai 1936



Geheimes Staatspolizeiamt, Prinz-Albrecht-Str. 8, Berlin. Heute steht an dieser Stelle die „Topographie des Terrors", ein Dokumentations- und Informationsort zum nationalsozialistischen Terror.

die politische Polizei des größten Landes des Deutschen Reiches. Er und sein engster Mitarbeiter Reinhard Heydrich, der bisher die Bayrische Politische Polizei geleitet hatte und nun mit der Führung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Preußen beauftragt wurde, wechselten von München nach Berlin.

Verfolgung angeblicher „Gemeinschaftsfremder"

Schon in dieser frühen Phase richtete sich die nationalsozialistische Verfolgung nicht allein gegen politische Oppositionelle, sondern auch gegen „Gemeinschaftsfremde" und „Asoziale". Im September 1933 waren reichsweit Tausende von Landstreichern und Bettlern zeitweise verhaftet worden – eine Aktion, mit der das neue Regime öffentlich unter Beweis stellen wollte, dass es „Ordnung" schaffe. In Berlin gab es zu dieser „Bettlerrazzia" sogar eine Radioreportage vor Ort. Zeitungen berichteten öffentlich über die Internierung von politischen Oppositionellen in Konzentrationslagern.

„Rassische Generalprävention"

Im Fokus der nationalsozialistischen Verfolgung standen für Hitler und Himmler nicht nur die Ausschaltung der politischen Opposition, sondern vor allem eine allumfassende „rassische Generalprävention", so der Historiker Ulrich Herbert, durch SS und Polizei. „Die nationalsozialistische Idee, die heute das deutsche Volk und das Reich beherrscht, sieht im Volk, nicht im Einzelmenschen, die wirkliche Erscheinungsform des Menschentums", führte Heinrich Himmler 1937 in einem grundsätzlichen Aufsatz über „Aufgaben und Aufbau der Polizei im Nationalsozialismus" aus: „Die Polizei hat das deutsche Volk als organisches Gesamtwesen, seine Lebenskraft und seine Einrichtungen gegen Zerstörungen und Zersetzung zu sichern. Die Befugnisse einer Polizei, der diese Aufgaben gestellt sind, können nicht einschränkend ausgelegt werden." In dieser rassistischen Perspektive war die Polizei allumfassend für die „Sicherung" des deutschen „Volkskörpers" zuständig und sollte alle Mittel uneingeschränkt einsetzen dürfen, die ihr für diese Aufgabe notwendig erschienen.

Ein entscheidender Schritt zum Aufbau einer solchen rassistischen Polizei war Hitlers Entscheidung, Himmler im Juni 1936 zum Chef der gesamten deutschen Polizei zu ernennen und damit die Polizei aus der bisherigen Struktur der inneren Verwaltung herauszulösen. Bezeichnenderweise setzte sich Himmler erfolgreich gegen die Absicht des Innenministeriums zur Wehr, seine Ernennung „unter Berufung in das Beamtenverhältnis" vorzunehmen. Seine neue Funktion verstand der Reichsführer SS keineswegs als Staatsdienst im herkömmlichen Sinn, sondern als Aufgabe einer künftigen rassistischen staatlichen Ordnung. Sogleich strukturierte er den Polizeiapparat um, fasste Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei in einem Hauptamt Sicherheitspolizei zusammen, das von Reinhard Heydrich geleitet wurde, und unterstellte die übrige Polizei in einem Hauptamt Ordnungspolizei dem altgedienten SS-Obergruppenführer Kurt Daluege (1897–1946).

Errichtung der Konzentrationslager

1936/37 ließ Himmler alle bisherigen kleinen „Schutzhaftlager" auflösen und neben Dachau, das erheblich erweitert wurde, zwei neue, große Konzentrationslager errichten: Sachsenhausen bei Berlin sowie Buchenwald nahe Weimar. 1938 kamen die Konzentrationslager Flossenbürg, Neuengamme und Mauthausen (nach dem „Anschluss" Österreichs) sowie das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück hinzu.

Alle Lager wurden von eigenen SS-Wachverbänden, seit März 1936 offiziell SS-Totenkopfverbände genannt, bewacht und die Lagerorganisation vereinheitlicht. Während im KZ Dachau nach wie vor vornehmlich politische Häftlinge interniert wurden, füllten sich die neuen Konzentrationslager mit Menschen, die nicht mehr wegen ihrer politischen Gesinnung, sondern nach „rassenbiologischen Kriterien" ausgewählt worden waren.

Bildeten in den frühen Lagern die politischen Häftlinge die große Mehrheit, stellten sie zu Kriegsbeginn 1939 nur noch etwa ein Drittel der KZ-Häftlinge. Dagegen trugen aufgrund der Verhaftungsaktionen 1938 am Ende dieses Jahres knapp 9000 Häftlinge den schwarzen Winkel der „Asozialen" (siehe Abbildung S. 61). Von den christlichen Gemeinschaften waren die Zeugen Jehovas die am stärksten verfolgte Gruppe, da sie sich auf der Grundlage der Bibel zum Beispiel weigerten, Militärdienst zu leisten. Von den etwa 25 000–30 000 Anhängerinnen und Anhängern wurden etwa 10 000 zeitweise inhaftiert, zwischen 2000 und 3000 Zeugen Jehovas kamen in Konzentrationslager und trugen dort den lila Winkel.

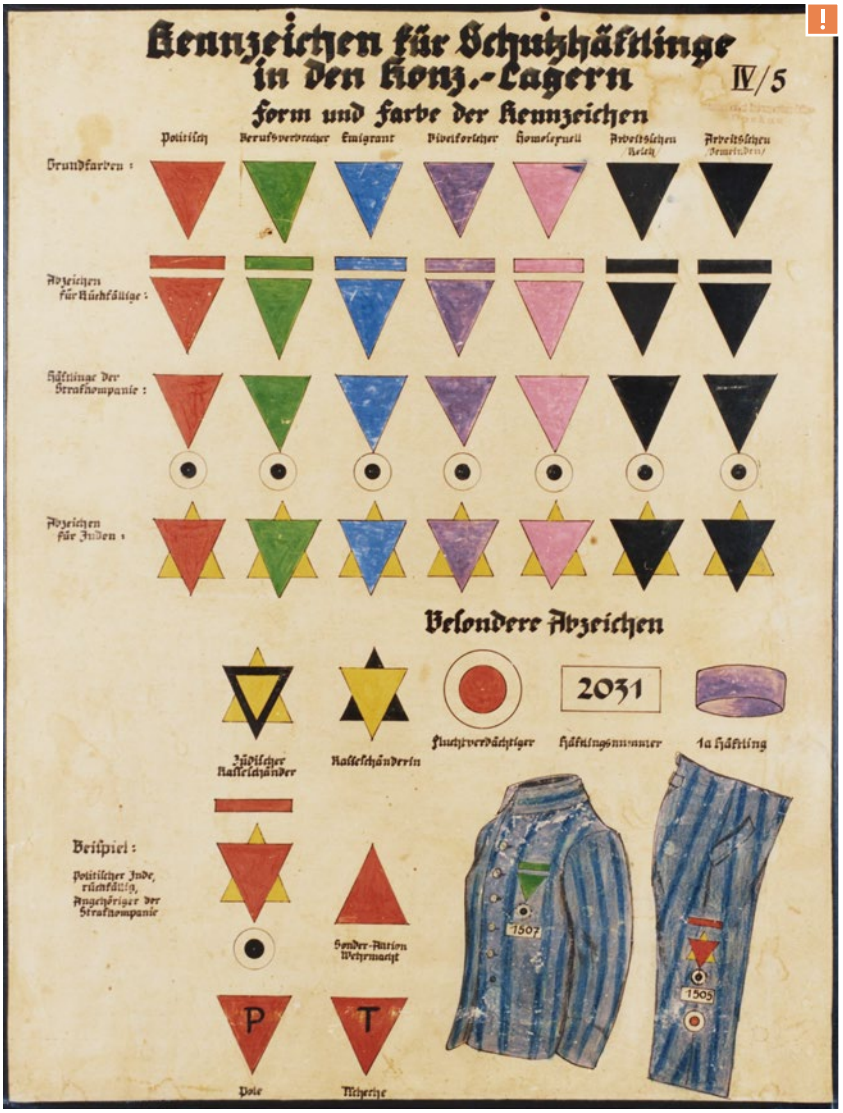
Die Zahl der KZ-Häftlinge stieg aufgrund der Verhaftungsaktionen stark an: von rund 4700 im November 1936 auf etwa 24 000 Anfang November 1938. Wenige Tage später kamen infolge der Verhaftungswelle jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom für mehrere Wochen etwa 36 000 neue Häftlinge hinzu, sodass die Zahl der Häftlinge kurzzeitig auf fast 60 000 anwuchs – mit all den katastrophalen Folgen für die Unterkunft, Verpflegung und hygienischen Bedingungen in den Lagern, die auf solche Belegungszahlen nicht ausgerichtet waren. Bis zum Jahresende wurde zwar ein Großteil der jüdischen Häftlinge wieder entlassen, sobald sie der Enteignung ihres Vermögens und der sofortigen Ausreise „zugestimmt" hatten. Danach aber wuchs die Zahl der KZ-Häftlinge wieder stark an und stieg während des Krieges immens (↗ S. 62).

Verfolgung von „Asozialen" und Homosexuellen

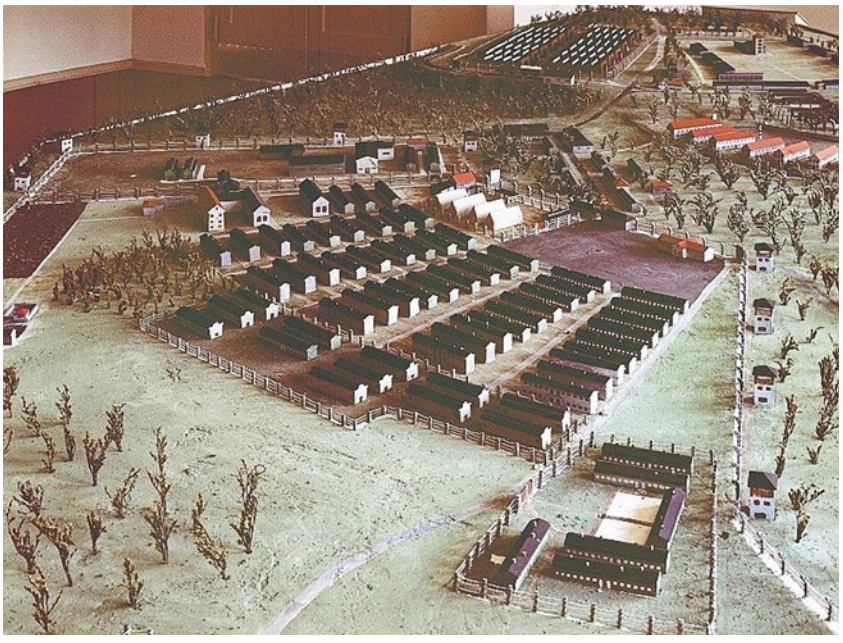
Der Begriff der „Asozialität" wurde zu einer zentralen Kategorie der Verfolgung, und kriminalbiologische Vorgaben bildeten die Grundlage einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei". Im März 1937 verhaftete die Kriminalpolizei nach vorbereiteten Listen etwa 2000 „Berufs-", „Gewohnheits-" und „Sittlichkeitsverbrecher" und verschleppte sie nach Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald, um sie dort für den Ausbau der Lager einzusetzen.

Unter den Verhafteten befanden sich vermutlich auch viele Homosexuelle, nachdem 1935 der seit dem Kaiserreich 1871 bestehende Paragraf 175 des Strafgesetzbuches verschärft worden war. Bis zu dieser Verschärfung wurden sexuelle Handlungen zwischen Männern mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft, nun waren bereits „begehrliche Blicke" strafbar und „Verführer" sollten mit bis zu zehn Jahren Haft besonders hart bestraft werden. Etwa 50 000 Männer wurden während der NS-Zeit aufgrund des Paragrafen 175 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Razzien an Treffpunkten von Homosexuellen, Wohnungsdurchsuchungen sowie mit Gewalt erzwungene Denunziationen waren Polizeialltag. Im Oktober 1936 war außerdem eine zentrale Stelle im Reichskriminalpolizeiamt zur Bekämpfung der Homosexualität eingerichtet worden. In einer Rede vor SS-Gruppenführern im Februar 1937 hatte Himmler den Kampf gegen die männliche Homosexualität besonders hervorgehoben, weil diese Männer in Himmlers rassistischer Weltsicht für die Fortpflanzung des Volkes ausfielen.

Geschätzt 5000 homosexuelle Männer wurden in die Konzentrationslager verschleppt und waren dort besonders brutaler Gewalt ausgesetzt. In welchem Ausmaß homosexuelle Frauen verfolgt wurden, ist in der Forschung umstritten. Zwar galt der Paragraf 175 des Strafgesetzbuches nur homosexuellen Männern, da in der rassistischen Sicht lesbische Frauen gebärfähig blieben. Aber selbstbestimmte Sexualität von Frauen wurde stigmatisiert und lesbische Frauen als „Asoziale" kriminalisiert und in Konzentrationslagern interniert. Erst am 11. Juni 1994 wurde der diskriminierende Paragraf 175,



Tafel mit herabsetzenden Kennzeichnungen für KZ-Häftlinge, vermutlich KZ Dachau, 1939/40



Modell des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar, vermutlich 1963 angefertigt

Zahl der Häftlinge in nationalsozialistischen Konzentrationslagern

Jahr	Gesamtzahl der Häftlinge	darunter Frauen	
		absolut	in %
1933 (Juli)*	26 861	–	–
1934 (Nov.)*	3 200	–	–
1935 (Juni)	3 500	–	–
1936 (Nov.)	4 761	–	–
1937 (Dez.)	7 750	–	–
1938 (Juni)	24 000	–	–
1939 (Sept.)	21 300	2 500	11,7
1940 (Dez.)	53 000	–	–
1942 (Aug.)	115 000	–	–
1943 (Aug.)	224 000	44 500	19,9
1944 (Aug.)	524 286	145 119	27,7
1945 (Jan.)	714 211	202 674	28,4

*Zahl der „Schutzhaftgefangenen", von denen ein kleinerer Teil auch in Justizhaftanstalten eingesperrt war.

Quelle: Michael Grüttner, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Band 19: Das Dritte Reich 1933–1939, Stuttgart 2014, S. 62.

der in veränderter Form auch in der Bundesrepublik weiterbestanden hatte, endgültig gestrichen.

Im Januar 1938 erteilte Himmler zunächst den Gestapostellen im Reich und dann auch denen in Österreich – das im März angegliedert worden war – den Befehl, „Arbeitsscheue" zu verhaften und im KZ Buchenwald zu internieren. Diese Aktion, die etwa 1500 Menschen ins Konzentrationslager brachte, war aber nur der Auftakt für eine größere Verhaftungswelle im Juni 1938. Dieses Mal erhielt jeder Leitstellenbezirk der Kriminalpolizei eine feste Quote, mindestens 200 arbeitsfähige „asoziale" Männer zu verhaften. Zusätzlich sollten alle männlichen Juden interniert werden, die jemals zu einer Haftstrafe von mindestens einem Monat verurteilt worden waren, was mittlerweile bei den geringsten Delikten möglich war. Die Polizei erfüllte das Soll um ein Dreifaches; insgesamt wurden rund 10 000 Männer verhaftet und nach Buchenwald und Sachsenhausen gebracht. Der Zweck der Internierung lag darin, die Häftlinge als Arbeitskräfte für den Ausbau der Lager und für die SS-eigenen Betriebe, insbesondere zur Herstellung von Ziegeln für die Baubranche, auszunutzen; zugleich sollten die „Asozialen" aus dem deutschen „Volkskörper" ausgesondert werden.

KZ-Häftlinge wurden als Arbeitskräfte missbraucht

Verfolgung von Roma und Sinti

Auch Roma und Sinti wurden als „Asoziale" verfolgt. Schon in der Kaiserzeit wie auch in der Weimarer Republik hatten lokale Behörden Roma und Sinti schikaniert. Nun systematisierte das NS-Regime die Verfolgung und verdrängte Menschen, die als „Zigeuner" rassistisch klassifiziert wurden, aus dem Stadtleben, verweigerte ihnen medizinische Leistungen, schloss sie aus dem Schulunterricht aus. Die antisemitischen Nürnberger Gesetze von 1935 richteten sich ebenso gegen Roma und Sinti wie gegen Schwarze Menschen (↗ S. 66).

Den Kommunen kam in der Verfolgung eine treibende Rolle zu. Viele Sinti und Roma arbeiteten als Händler/-innen, Musiker/-innen und Schausteller/-innen und die Kommunen verweigerten ihnen Wandergewerbescheine. So mussten zahlreiche Betroffene ihren Beruf aufgeben und von den Arbeitsämtern vermittelte, schlecht entlohnte Hilfsarbeiten verrichten. Die Reichsmusikkammer verweigerte den Musikerinnen und Musikern die Aufnahme.

1936 begannen mehrere Großstädte, Lager für Roma und Sinti zu errichten, und internierten Hunderte unter strenger Bewachung, hygienisch elenden Bedingungen, unzureichender Ernährung und medizinischer Versorgung. Ihren Anfang nahmen die Aktionen in Köln und Berlin, wo die bevorstehenden Olympischen Spiele der Anlass für die Errichtung eines Lagers in Berlin-Marzahn waren. Die Konzentration an einem Ort, hält die Historikerin Karola Fings fest, erleichterte die Kontrolle sowie die polizeiliche und rassenbiologische Erfassung. Ebenso dienten die Lager zur Trennung der Roma und Sinti von der übrigen Bevölkerung.

Im Reichskriminalpolizeiamt wurde eine „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" eingerichtet, die die zentrale Organisation der Verfolgung steuern sollte. Im Dezember 1938 befahl Himmler die rassenbiologische Erfassung sämtlicher als „Zigeuner" rassistisch klassifizierten Menschen in Deutschland. Diese Aufgabe übernahm die „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle" (RHF) im Reichsgesundheitsamt, die eng mit der Kriminalpolizei zusammenarbeitete. Robert Ritter (1901–1951), Leiter der RHF, und seine Assistentin Eva Justin (1909–1966) erfassten systematisch rund 30 000 Menschen im Deutschen Reich, kategorisierten sie nach rassistischen Kriterien und lieferten damit die personenbezogenen Daten, die später die Verhaftung und Ermordung möglich machten.



Erzwungene Blutabnahme bei einer Romni durch den Leiter der Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle (RHF), Robert Ritter. Propaganda-Aufnahme der RHF

Zwangssterilisation

Auch mit der Politik, ein erbbiologisch „gesundes“ Volk herzustellen, zögerte die Hitler-Regierung nicht lange. Wenige Monate nach der Machtübernahme, am 14. Juli 1933, erließ sie das Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“, mit dem erstmals in Deutschland die Zwangssterilisation aus erbbiologischen Gründen erlaubt wurde. Ausdrücklich konnte diese auch gegen den Willen der Patientinnen und Patienten angewandt werden.

Forderungen nach Einführung erbbiologischer Personalbögen, nach einem Eheverbot für „Asoziale“ bis hin zur Wegsperrung von Menschen mit Epilepsie, psychisch Kranken und Kriminellen sowie Sterilisation „Minderwertiger“ aus rassenbiologischen Gründen waren bereits in der eugenischen Diskussion der Weimarer Republik gang und gäbe gewesen. Selbst der Verfasser des gesundheitspolitischen Programms der SPD, Alfred Grotjahn (1869–1931), vertrat solche Positionen. 1920 veröffentlichten der Strafrechtler Karl Binding (1841–1920) und der Psychiater Alfred Hoche (1865–1943) eine einflussreiche Broschüre mit dem Titel „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, in der die jüdisch-christliche Achtung vor der Unantastbarkeit des Lebens mit Hinweisen auf antike Gesellschaften wie Sparta angegriffen wurde. Zwar blieb die Tötung angeblich „lebensunwerten Lebens“ unter den Eugenikern umstritten, aber die Debatte verlagerte sich zunehmend in Richtung Zwangsmaßnahmen.

Im November 1932 drängten die Ärztevertretungen auf ein Sterilisationsgesetz, nicht nur um damit einer „Verschlechterung des deutschen Erbgutes“ vorzubeugen, sondern auch um die öffentlichen Krankenkassen zu entlasten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nahm der Druck auf die Ministerialbürokratie zu, und als im Mai 1933 außerdem der Nationalsozialist Arthur Gütt (1891–1949) zum Medizinalreferenten im Reichsinnenministerium ernannt worden war, kam das entsprechende Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ ins Kabinett.

„Wer erbkrank ist“, so lautete der Paragraf 1, „kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.“ Noch nicht einmal ein medizinischer Beweis war vonnöten, sondern allein unter Berufung auf angebliche ärztliche Erfahrungen konnte ein Mensch gegen seinen Willen sterilisiert werden. Als Erbkrankheiten nannte das Gesetz explizit „angeborenen Schwachsinn, Schizophrenie, zirkuläres (manisch-depressives) Irresein, erbliche Fallsucht, erblichen Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Mißbildung“ und schweren Alkoholismus.

Eine große Öffentlichkeitskampagne in der Tages- und Fachpresse begleitete die Einführung des



Das Plakat des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP stellt in menschenverachtender Weise Menschen mit körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen als „Kostenfaktor“ für die „Volksgemeinschaft“ dar, 1938.

Gesetzes. Immer wieder wurde die „Beschaffenheit der Erbverfassung unseres Volkes“ beschworen, die aufgrund der unterschiedlichen Geburtenraten befürchten lasse, dass binnen drei Generationen „die wertvolle Schicht von der minderwertigen völlig überwuchert“ werden würde. In den Schulen wurden 1933 die Fächer Rassenkunde und Vererbungslehre in den Unterricht eingeführt.

„Rassenkunde“ und „Vererbungslehre“ als Unterrichtsfächer ab 1933

Über die Sterilisation, die von Ärzten, Krankenhausleitungen und Wohlfahrtsämtern beantragt werden konnte, hatten neu eingerichtete, sogenannte Erbgesundheitsgerichte zu entscheiden, die aus einem Richter, einem beamteten Arzt und einem Arzt, der mit der „Erbgesundheitslehre besonders vertraut“ (§ 6) sein sollte, zusammengesetzt waren. Ohne die Mithilfe zahlreicher Ärzte in den Erbgesundheitsgerichten hätte diese Massenverfolgung nicht geschehen können. Allein in den ersten drei Jahren nach Erlass des Gesetzes fällten die Erbgesundheitsgerichte 224 338 Urteile und entschieden in 198 869 Fällen, also knapp 90 Prozent, auf Sterilisation.

Verfolgung jüdischer Menschen

Zerstörung der nachbarschaftlichen Ordnung und Herstellung einer antisemitischen „Volksgemeinschaft“

Antisemitismus bildete den Kern des Nationalsozialismus; die Jüdinnen und Juden sollten aus dem öffentlichen Leben und am besten gleich ganz aus Deutschland verdrängt werden, ihr Hab und Gut sollte geraubt werden. Auf allen Ebenen, sowohl in den großen Städten als auch in der Provinz, in den Dörfern und kleinen Orten, war die Verfolgung der Jüdinnen und Juden, die zu „Rassenfeinden des deutschen Volkes“ erklärt wurden, das zentrale politische Instrument, um die gewohnte nachbarschaftliche Ordnung zu zerstören und eine antisemitische „Volksgemeinschaft“ herzustellen.

Zum Beispiel bestimmte am 11. April 1933 die Stadtverwaltung Köln, dass Rechnungen von jüdischen Ärzten nicht mehr vergütet würden; Ende April schloss der Deutsche Apotheker-Verein „nicht-arische“ Mitglieder aus, Ende Mai folgte entsprechend die Deutsche Turnerschaft; im Mai entschied der Hartmann-Bund als Verband der privaten Krankenversicherungen, dass Rechnungen jüdischer Ärzte nur noch anerkannt würden, wenn die Patienten „Nicht-Arier“ seien; im Juli beschloss der Reichsverband Deutscher Schriftsteller, dass nur Personen, die auf dem Boden der nationalen Erhebung stünden und „deutschblütig“ seien, Mitglieder sein könnten; an mehreren Orten wurden bereits im Sommer 1933 Badeverbote für jüdische Menschen in den städtischen Badeanstalten ausgesprochen.

Das ist nur eine kleine Auswahl der zahlreichen antisemitischen Bestimmungen (↗ S. 66), die allerorten erlassen wurden. Insbesondere der Boykott jüdischer Geschäfte, der in der Provinz auch nach dem 1. April 1933 unvermindert fortgesetzt wurde, bot den nationalsozialistischen Aktivisten eine Politikarena, in der sich sowohl scharfe antisemitische Grenzlinien ziehen als auch die nicht-jüdischen Deutschen zur „Volksgemeinschaft“ formieren ließen. Die Berichte aus den Landesverbänden und Ortsgruppen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) lassen erkennen, wie hartnäckig und zunehmend gewalttätig gegen die jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner in der Provinz vorgegangen wurde, wobei anfänglich die jüdischen Kaufleute ebenso heftig wie ihre nicht-jüdische Kundschaft Ziel der Kampagnen waren. Aus allen Teilen des Reiches meldeten die örtlichen C.V.-Gruppen Boykottposten, Belästigungen und Behinderungen von Kundinnen und Kunden, das nächtliche Einwerfen von Fensterscheiben und Bekleben oder Beschmieren der Schaufenster mit antisemitischen Parolen. Bald gingen die NSDAP-, SA- und HJ-Gruppen dazu über, die Kundschaft beim Betreten der Geschäfte zu fotografieren und die Aufnahmen, häufig mit vollem Namen und Anschrift, in den großen und grellrot angestrichenen Kästen zu veröffentlichen, in denen Julius Streichers antisemitisches Hetzblatt „Der Stürmer“ ausgehängt war.

Diese „Stürmerkästen“ wurden ab 1934/35 in allen Teilen des Reiches aufgestellt. Man kann sich unschwer ausmalen, wie stark der dadurch hervorgerufene soziale Druck gerade in kleineren Ortschaften war, in denen jeder jeden kannte. Der Geschäftsführer des Landesverbandes Ostpreußen des C.V. berichtete im August 1935: „Die ‚Stürmer‘-Kästen sind stets belagert. Die Inschriften und die Bilder üben auf das Publikum eine starke Wirkung aus, sodass die alte Kundschaft völlig verängstigt sich nicht mehr in die Geschäfte wagt.“ Die wenigen couragierten nicht-jüdischen Kundinnen und Kunden kamen, wenn überhaupt, nur noch in den Abendstunden. In Harpstedt bei Bremen verweigerten 1935 die christlichen Kaufleute ihren jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn den Einkauf von Lebensmitteln, weshalb diese in die Stadt fahren



Ein antijüdisches Schild am Waldrand soll jüdischen Menschen verbieten, Wälder zu betreten. Berlin, ca. 1936



„Stürmer“-Kasten in Worms. Ab 1934/35 stehen überall in Deutschland Zeitungskästen mit dem antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer“.



Rassistische Aktion der SA in Norden am 22. Juli 1935: Christine Neemann und ihr jüdischer Verlobter Julius Wolff ...



... und Elisa Extra, mit dem Juden Richard Cossen verlobt, werden öffentlich durch die Stadt getrieben, gedemütigt und misshandelt.

„Rassenschande"-Aktion in Norden vor aller Augen

Am Sonnabend, den 20. Juli 1935, kam die Ostfriesische Tageszeitung mit einer 32-seitigen Beilage „Die Juden sind unser Unglück" heraus, in denen Juden beleidigt, verhöhnt und beschimpft wurden und zugleich alle Geschäfte mit jüdischen Inhabern mit dem üblichen Aufruf zum Boykott aufgeführt waren. Zwei Tage später ergriff die SA in Norden Christine Neemann und ihren jüdischen Verlobten Julius Wolff, beide in Norden geboren, und schleppte sie in einem „Rasseschande"-Umzug durch die Stadt. Christine Neemann schilderte nach dem Krieg diesen Tag: „Im Juli 1935 wurde ich von sechs SA-Männern aus der Wohnung meiner Mutter geholt, weil ich mit einem Juden, Julius Wolff, verlobt war. Man hat uns zusammen durch die Straßen geführt, jeder ein Plakat um den Hals: Rassenschänder. Auf offener Straße hat man mich geschlagen und die Haare aus dem Kopf gerissen und dann ins Gefängnis gebracht." Laut Polizeibericht hatte Christine Neemann sich gewehrt und mit dem Zeigefinger an die Stirn getippt, um zu zeigen, dass sie das Ganze als irrsinnig betrachtete, was die rund 200 bis 300 Menschen, die den Umzug begleiteten, noch mehr erregt haben soll.

Anschließend suchte die Menge noch ein weiteres Paar: Elisa Extra und ihren jüdischen Verlobten Richard Cossen. Allerdings konnte nur Elisa bei ihrer Mutter gefunden werden, und so wurde sie allein mit einem umgehängten Schild: „Ich bin ein deutsches Mädchen und habe mich vom Juden schänden lassen", durch die Straßen Nordens getrieben. Die Fotos wurden vom Drogisten in Norden, NSDAP- und SA-Mitglied, aufgenommen, der den Auftrag von der Partei erhalten hatte, die Aktion zu dokumentieren, und die Fotos anschließend auch in seinem Schaufenster ausstellte.

Christine Neemann wurde vom Gefängnis in Aurich in das Konzentrationslager Moringen gebracht, aus dem sie Ende August 1935 wieder entlassen wurde. Ihr Arbeitgeber in Norden, bei dem sie zehn Jahre gearbeitet hatte, entließ sie. 1942 heiratete sie einen Eisenbahnschaffner. Julius Wolff konnte nach Amerika fliehen.

Elisa Extra, die zusammen mit Christine Neemann ins KZ Moringen gebracht und ebenfalls im August entlassen worden war, verlor gleichfalls ihren Arbeitsplatz bei der Post, floh nach Amsterdam und fand eine Stelle als Hausmädchen in einer jüdischen Familie. Ihr Verlobter Richard Cossen konnte 1936 nach Amsterdam und von dort nach Argentinien entkommen.

Bernhard und Astrid Parisius, „Rassenschande" in Norden. Zur Geschichte von zwei Fotos, die das Bild Jugendlicher von der NS-Zeit prägen, in: Ostfreesland 2004. Kalender für Jedermann, Norden 2003, S. 129–137.

mussten, um Brot, Milch und weitere Dinge des täglichen Lebens zu erwerben. Ähnliche Fälle wurden auch aus anderen Orten gemeldet.

Neben den gewalttätigen Boykottaktionen nahmen im Sommer 1935 ebenso Kampagnen zur Anprangerung von Liebesbeziehungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Menschen als „Rassenschande" zu. Die Deutschland-Berichte der SPD erwähnen zahlreiche solcher Beschuldigungen, die stets mit aggressiven öffentlichen Angriffen in Zeitungen und Flugblättern oder mit Demonstrationen vor dem Haus des angeblichen Täters einhergingen, insbesondere wenn es sich um die Beziehung eines jüdischen Mannes zu einer nichtjüdischen Frau handelte. So holte die SA in der ostfriesischen Stadt Norden am Montag, den 22. Juli 1935, ein junges Paar aus ihren Wohnungen, um sie als „Rasseschänder" durch die Straßen der Kleinstadt zu treiben. Die Geschehnisse hielt der Drogist in Norden, selbst NSDAP- und SA-Mitglied, mit der Kamera fest und stellte die Fotos anschließend im Schaufenster seines Ladens aus. Eine große Menge von Menschen, darunter Jugendliche, Kinder und lachende junge Frauen, begleitete den Umzug, der wie alle anderen in Deutschland am helllichten Tag in aller Öffentlichkeit stattfand.

Antijüdische Aktionen und Regelungen 1933–1939 (Auswahl)

31.3.1933	Jüdische Richter und Staatsanwälte in Bayern und Preußen werden beurlaubt
April 1933	Reichsweiter Boykott jüdischer Geschäfte; jüdische Beamte werden in den Ruhestand versetzt; jüdischen Kassenärzten wird die Zulassung entzogen; Lehrerverbände und der Apothekerverein schließen jüdische Mitglieder aus; die Anzahl jüdischer Schüler/-innen und Studierender wird begrenzt
10.5.1933	Bücherverbrennung in allen größeren Universitätsstädten
14.7.1933	Jüdische Zugewanderte werden ausgebürgert
22.9.1933	Jüdinnen und Juden werden aus künstlerischen und journalistischen Berufen ausgeschlossen
5.2.1934	Jüdische Medizinstudierende werden nicht mehr zur Staatsprüfung zugelassen
8.12.1934	Jüdische Apotheker werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen
Mai 1935	Jüdinnen und Juden wird der Besuch von Kinos, Schwimmbädern, Erholungsanlagen und Kurorten verboten; jüdische Offiziere werden entlassen
25.7.1935	„Nichtarier“ werden vom Militär ausgeschlossen
September 1935	Jüdische Zeitungen dürfen nicht mehr in Geschäften oder an Kiosken verkauft werden; Nürnberger Gesetze entziehen Jüdinnen und Juden u. a. die Staatsbürgerschaft und verbieten Ehen und sexuelle Kontakte zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Personen
14.11.1935	Jüdinnen und Juden verlieren ihr politisches Stimmrecht und dürfen kein öffentliches Amt ausüben
21.12.1935	Jüdische Ärzte, Notare, Professoren und Lehrer/-innen werden aus dem Staatsdienst entlassen
Januar 1937	Jüdinnen und Juden wird der Viehhandel verboten; Beamte dürfen keine jüdischen Ehepartner/-innen haben
15.4.1937	Jüdinnen und Juden dürfen den Doktorgrad nicht mehr erwerben
12.3.1938	Schwere antisemitische Ausschreitungen im Zuge des „Anschlusses“ Österreichs
26.4.1938	Jüdinnen und Juden müssen ihr Vermögen über 5000 RM offenlegen
31.5.1938	An Jüdinnen und Juden dürfen keine öffentlichen Aufträge vergeben werden
20.6.1938	Jüdinnen und Juden dürfen keine Behörden betreten
27.7.1938	Alle nach Jüdinnen und Juden benannten Straßen werden umbenannt
September 1938	Zulassungen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte werden ungültig
Oktober 1938	Reisepässe von Jüdinnen und Juden werden eingezogen und nur mit dem Aufdruck „J“ neu ausgestellt; tausende polnische Jüdinnen und Juden werden ausgewiesen und abgeschoben
November 1938	Novemberpogrome, Jüdinnen und Juden müssen ihre Geschäfte aufgeben, für die Schäden der Pogrome aufkommen und zusätzlich 1 Mrd. RM zahlen. Außerdem wird ihnen das Führen und Halten von PKWs, das Halten von Brieftauben sowie der Besuch von Kinos, Konzerten und Theatern verboten; jüdische Kinder dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen
Dezember 1938	Jüdinnen und Juden müssen ihre Führerscheine abgeben; jüdische Studierende werden von Hochschulen und Universitäten ausgeschlossen
Januar 1939	Jüdinnen und Juden erhalten Kennkarten, Männer müssen den Vornamen „Israel“ annehmen, Frauen den Namen „Sara“; alle politischen jüdischen Organisationen werden für aufgelöst erklärt; jüdischen Auswandernden wird verboten, Schmuck und Wertsachen mitzunehmen; Zulassungen jüdischer Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker werden ungültig; Jüdinnen und Juden dürfen auf Märkten nicht verkaufen; Hitler droht mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden
21.2.1939	Jüdinnen und Juden müssen Gold, Silber und Edelsteine ohne Entschädigung abgeben
4.3.1939	Arbeitslose Jüdinnen und Juden müssen Zwangsarbeit verrichten
30.4.1939	Jüdinnen und Juden verlieren den gesetzlichen Mieterschutz und werden in der Folge aus „arischen“ Häusern ausgewiesen und in „Judenhäuser“ eingewiesen
August 1939	Lottoscheine dürfen nicht mehr an Jüdinnen und Juden verkauft werden; Jüdinnen und Juden müssen ihr gesamtes Vermögen auf spezielle Konten einzahlen, Abhebungen sind genehmigungspflichtig

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: United States Holocaust Memorial Museum, „Antisemitic Legislation 1933-1939“, online: encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/antisemitic-legislation-1933-1939, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, „Die Nacht als die Synagogen brannten. Texte und Materialien zum 9. November 1938“, online: www.lpb-bw.de/publikation-anzeige/die-nacht-als-die-synagogen-brannten, Robert Hess, Die Geschichte der Juden, Ravensburg 2006, S. 186 ff., Knut Mellenthin, „Chronologie des Holocaust“, online: www.holocaust-chronologie.de/chronologie/uebersicht/langfassung.html, Fritz Bauer Forum, „Chronik des Holocausts“, online: fritz-bauer-ausstellung.de/chronik-des-holocausts.

Nürnberger Gesetze

In den Ministerien waren die Vorbereitungen für ein gesetzliches Verbot von „Rassenschande“ bereits vorangeschritten. Im Juli 1935 sandte das Reichsjustizministerium einen Gesetzentwurf über „volksschädliche Ehen“ an den Reichsinnenminister Frick, der als erste Konsequenz die Standesbeamten im Reich anwies, keine Ehen zwischen „Ariern“ und „Nicht-Ariern“ mehr zu trauen. Weitere Schritte wurden auf einer Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium am 20. August festgelegt. Der antisemitische Druck „von unten“ und die administrativen Vorarbeiten „von oben“ widerlegen die Annahme, die Nürnberger Gesetze seien hastig, überstürzt und wenig vorbereitet zustande gekommen. Historiker vertrauten in dieser Hinsicht lange dem nach 1945 entstandenen Erinnerungsbericht des damaligen „Rassereferenten“ im Reichsinnenministerium Bernhard Lösener (1890–1952). Vielmehr zeigt sich bereits vor dem Nürnberger Parteitag 1935 ein breiter, inhaltlicher Konsens zwischen Ministerialbürokratie, NSDAP, Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) über die zukünftigen gesetzlichen Regelungen.

Das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, die dann auf dem Nürnberger Parteitag von dem dorthin einberufenen Reichstag am 15. September 1935 beschlossen wurden, erfüllten zu einem Gutteil die Forderungen, die zuvor erhoben worden waren. „Reichsbürger“ konnte demnach nur „der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ werden, der zudem „durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen“. Nur einem solchen „Reichsbürger“ sollten die vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze gewährt werden. Jüdische Deutsche waren nunmehr bloße „Staatsangehörige“, die dem „Schutzverband des Deutschen Reiches“ angehörten und ihm „besonders verpflichtet“ seien.

Das „Blutschutzgesetz“, eingeleitet durch eine Präambel, in der es hieß: „Durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist“, verbot nicht bloß Eheschließungen „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“, sondern darüber hinaus generell den „außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“. Damit war erstmals in Deutschland die rassistische Obsession, sexuellen Kontakt mit jüdischen Menschen zu verbieten, staatliches Gesetz geworden. Nunmehr stellte ein Gesetz privates, ja intimes Verhalten unter Strafe, dessen Beobachtung normalerweise nicht Aufgabe von staatlicher oder polizeilicher Kontrolle war. Die Verfolgung „außerehelichen Verkehrs“ konnte nur durch Denunziationen aus der Bevölkerung geschehen und wurde, wie die nach oben schnellende Zahl der Denunziationen nach dem Herbst 1935 zeigt, auch als Aufforderung zum „volksgemeinschaftlichen“ Ausspionieren verstanden.

Zudem zielte die sexualisierte Ausrichtung dieses Gesetzes vor allem auf Männer ab. So bestrafte es nur Männer als den angeblich „aktiven" Teil bei einem Verstoß gegen das Verbot außerehelichen Verkehrs und untersagte in einem weiteren Paragrafen Juden die Beschäftigung weiblicher, nicht-jüdischer Hausangestellter unter 45 Jahren, womit jüdischen Männern von vornherein sexuelle Triebhaftigkeit unterstellt wurde. Nicht zufällig wurde einen Monat später, am 18. Oktober 1935, ein ähnliches Eheverbot mit dem Gesetz zum „Schutz der deutschen Erbgesundheit" auch für all diejenigen erlassen, die als „erbbiologisch minderwertig" galten.

In der Bevölkerung seien die Rassegesetze, so meldeten die staatlichen und polizeilichen Lageberichte, weitgehend mit Zustimmung und Befriedigung aufgenommen worden, weil damit klare Verhältnisse geschaffen und den unkontrollierten Ausschreitungen der vorangegangenen Monate ein Ende gesetzt würden. Mochten selbst deutsche Jüdinnen und Juden gehofft haben, dass mit den Nürnberger Gesetzen so etwas wie Rechts-, besser: Unrechtssicherheit geschaffen worden war, so zeigte sich rasch, dass sie bloß ein Etappenziel in der sich radikalisierenden antijüdischen Politik des NS-Regimes bildeten.

Enteignung

Das Jahr 1938 begann mit einer Reihe von antisemitischen Verschärfungen. Im Januar wurden die deutschen Jüdinnen und Juden gezwungen, ihre Vornamen in „typisch jüdische" zu ändern. Ab 1. Januar 1939 mussten Männer zusätzlich den Vornamen Israel, Frauen den Vornamen Sara tragen. Vor allem aber ging es um die Enteignung jüdischen Vermögens, das der NS-Staat zur Finanzierung seiner Aufrüstung verwendete. Im März 1938 wurde den jüdischen Gemeinden der Status von Körperschaften öffentlichen Rechts entzogen; im April erließ Göring eine Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Jüdinnen und Juden, mit der systematisch das Eigentum erfasst wurde, das geraubt werden sollte. Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom Juli sollte die Verdrängung von Jüdinnen und Juden aus Berufen, die sie noch ausüben durften, erreichen.

Bis dahin hatten sich etliche jüdische Unternehmen noch gegen die zunehmende Drangsalierung behaupten können. 1938 traten nun unzählige Partei- und Volksgenossen, die bislang beim Raub jüdischen Eigentums noch leer ausgegangen waren, auf den Plan, um die verbleibenden Objekte zum Billigtarif zu „arisieren". Der eigentliche Profiteur des Raubs an den jüdischen Vermögen aber war der NS-Staat. Er verdiente einerseits durch besondere Abgaben, die die „Ariseure" zu bezahlen hatten, und plünderte andererseits die emigrierenden Jüdinnen und Juden durch die „Reichsfluchtsteuer" und zahlreiche weitere Zwangsabgaben so weit aus, dass ihnen auf ihrer Flucht nur ein Handgeld blieb. Zudem liquidierte er zahlreiche Unternehmen und beschlagnahmte deren Vermögen.

Der Begriff „arisch"

Das Wort Arier hat eine lange Geschichte. Ursprünglich bezeichnete es Volksgruppen, die eine Vielzahl von verwandten Sprachen sprachen. Dazu gehörten die meisten europäischen und einige asiatische Sprachen. Mit der Zeit nahm das Wort jedoch neue, andere Bedeutungen an. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert definierten unter anderem einige Gelehrte die Arier als mythische „Rasse", die angeblich anderen Rassen überlegen sei. In Deutschland förderten die Nationalsozialisten diese falsche Annahme und verherrlichten das deutsche Volk als Angehörige der „arischen Rasse". Gleichzeitig verunglimpften sie Juden, Schwarze und Roma und Sinti als „Nichtarier".

United States Holocaust Memorial Museum, „Arier", in: Holocaust-Enzyklopädie. Online: https://encyclopedia.ushmm.org/content/de/article/aryan-1



Viele jüdische Besitzer werden dazu gezwungen, ihre Betriebe weit unter Wert zu verkaufen. Bei diesem „arisierten" Geschäft im bayrischen Hof wird im November 1938 der Name ausgetauscht.

„Anschluss" Österreichs

Im März 1938 wurde der „Anschluss" Österreichs als erster Schritt einer aggressiven Expansion des Regimes vollzogen. Dieser Schritt ging mit verschärften antisemitischen Ausschreitungen einher. In Wien und anderen österreichischen Orten ließen Menschen ihrem antisemitischen Hass freien Lauf. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Jüdinnen und Juden willkürlich verhaftet, aus ihren Wohnungen getrieben und misshandelt, persönliche Bereicherungen waren an der Tagesordnung. Bis zum Frühjahr 1939 hatte etwa die Hälfte aller rund

Was heißt „Arisierung“?

Der Begriff „Arisierung“ entstammt dem Umfeld des völkischen Antisemitismus, der schon in den 20er Jahren die Forderung nach einer „Arisierung“ der Wirtschaft bzw. einer „arischen Wirtschaftsordnung“ erhob und darunter die vollständige, mindestens jedoch weitgehende Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben verstand. Etwa Mitte der 30er Jahre tauchte der Begriff im Behördenjargon auf, ging in den Sprachgebrauch der Bevölkerung über und wurde auch nach 1945 – z.B. in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen – weiter verwendet. Wer allerdings nach einer offiziellen oder auch nur offiziösen Definition des Begriffes „Arisierung“ sucht, wird enttäuscht, weil sich mit der „Arisierung“ zum Teil sehr unterschiedliche Bedeutungsinhalte verknüpften. Im allgemeinen dominierte eine ökonomische Verwendung des Begriffes, und zwar in einer allgemeineren und einer engeren Variante. Im weiteren Sinne bezeichnete die „Arisierung“ den Prozeß der wirtschaftlichen Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden, im engeren den Eigentumstransfer von „jüdischem“ in „arischen Besitz“.

[...] Die schleichende Verdrängung jüdischer Unternehmen nach 1933 und ihre „Arisierung“ waren jedoch nicht allein das Ergebnis einer antijüdischen Politik, d.h. sie gingen nicht allein auf gesetzliche und administrative Maßnahmen des Staates und Initiativen der NSDAP zurück. Vor allem der Staat hielt sich aus der „Arisierung jüdischen Besitzes“ lange Zeit heraus. Erst 1938 erließ er entsprechende rechtliche Regelungen für die „Arisierung jüdischer Unternehmen“, die formal erst nach dem Novemberpogrom erzwungen und angeordnet werden konnten. Die Maßnahmen des Staates und die Initiativen der NSDAP prägten zwar das politische Klima und die Rahmenbedingungen, doch vollzog sich die „Arisierung“ als solche in erster Linie im gesellschaftlichen Raum. Im Bereich der Wirtschaft gestalteten sich die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen besonders eng. Hier begegneten sie sich in den verschiedensten Rollen und Funktionen: als Geschäftspartner und Konkurrenten, Arbeitgeber und Angestellte, Geschäftsinhaber und Kunden, als Veräußerer und Erwerber von Unternehmen. Die „Arisierung“ als politisch-gesellschaftlicher Prozeß wäre ohne die direkte oder indirekte Beteiligung Millionen Deutscher nicht möglich gewesen. Sie markierte einen der größten Besitzwechsel der neueren deutschen Geschichte, in den zahlreiche Akteure und Profiteure involviert waren. Gerade am Beispiel der „Arisierung“ zeigt sich, daß die nationalsozialistische Herrschaft nicht als bloße Diktatur von oben nach unten, sondern als soziale Praxis begriffen werden sollte, an der die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war. [...]

Frank Bajohr, „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß, in: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a.M./New York 2000, S. 15 ff.

190 000 österreichischen Jüdinnen und Juden ihr Land verlassen; darunter Tausende, die von SA und SS mit Gewalt illegal über die Grenzen abgeschoben wurden.

Zufrieden stellte der Lagebericht des SD für das erste Vierteljahr 1938 fest, „dass die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vom Standpunkt des Reiches aus gesehen sehr erfolgreich waren“ – und fuhr fort: „Auf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden.“ Den Widerspruch, jüdische Menschen einerseits auszuplündern, damit jedoch andererseits ihre Auswanderungsmöglichkeiten entscheidend zu verringern, sah der SD durchaus. Denn die Verarmten besaßen kaum mehr die Möglichkeit, freiwillig das Land zu verlassen, fehlte ihnen doch das Kapital, das die potenziellen Einwanderungsländer verlangten. Nur noch junge Leute und wohlhabende Jüdinnen und Juden konnten sich Hoffnung machen, in anderen Ländern noch einmal von vorn anzufangen.

Allerdings offenbarte die von US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1882–1945) einberufene Konferenz zur Unterstützung der verfolgten Juden im Juli 1938 im französischen Kurort Évian-les-Bains am Genfer See, dass kein Land bereit war, seine Einwanderungsquoten zu erhöhen. In Österreich hatte der nach Wien entsandte Adolf Eichmann (1906–1962) die jüdische Gemeinde gezwungen, die Zwangsemigration von österreichischen Jüdinnen und Juden selbst zu finanzieren, und scheute sich nicht, sie mit terroristischer Gewalt über die Grenzen treiben zu lassen. Diese Praxis wurde nun von der NS-Führung in Berlin als eine Handlungsoption wahrgenommen, um den selbst geschaffenen Schwierigkeiten zu entkommen.

Deportation der polnischen Jüdinnen und Juden

Die Atmosphäre in Deutschland blieb gewalttätig aufgeladen. Das NS-Regime betrieb eine immer schriller werdende Pressekampagne für die „unterdrückten“ Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, deren Schicksal nur geändert werden könnte, wenn die sudetendeutschen Gebiete von der Tschechoslowakei abgetrennt und dem Deutschen Reich angeschlossen würden. Um einen drohenden Krieg zu vermeiden, gestanden Großbritannien, Frankreich und Italien nach kurzfristig anberaumten, dramatischen Verhandlungen im „Münchener Abkommen“ vom 30. September 1938 Deutschland zu, die sudetendeutschen Gebiete zu annektieren. Tags darauf marschierte die Wehrmacht in die Tschechoslowakei ein und besetzte diese Gebiete.

In diesen angespannten Wochen wuchs in der Bevölkerung die Furcht vor einem neuen Krieg, der um das Sudetenland geführt werden müsste. In Behördenberichten war von einer „wahren Kriegspsychose“, sogar von „Panik“ die Rede. Während der Glaube an Hitler offenbar gefährdet, aber nicht gebrochen war, suchten sich die Emotionen auf andere Weise ihre Bahn – gegen jüdische Menschen. Der SD konstatierte Ende Oktober, „dass Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung zum Teil auch daraus entstanden sind, dass die Parteiangehörigen den Augenblick zur endgültigen Liquidierung der Judenfrage gekommen glaubten“. In einzelnen Kreisen begannen die lokalen NSDAP-Gruppen damit, die Jüdinnen und Juden des Ortes zu zwingen, ihr Eigentum, ihre Häuser, Geschäfte und Grundstücke zu Niedrigstpreisen

zu verkaufen, und sie danach mit Gewalt aus den Orten zu vertreiben. Über den mittelfränkischen Ort Bechhofen berichtete der SD, dass Ende September die letzten der dortigen Jüdinnen und Juden vertrieben wurden: „Man habe sie aus ihren Häusern herausgeholt, geschlagen und angespuckt, mit Füßen getreten und zum Teil barfuß durch die Ortschaft getrieben. Auch die Kinder nahmen an dieser Demonstration nach Aufforderung teil."

Eine seit dem Frühjahr schwelende diplomatische Auseinandersetzung mit Polen führte im Oktober zu einer erneuten massenhaften Polizeiaktion gegen jüdische Menschen. Die polnische Regierung beabsichtigte, den im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen, vor allem Jüdinnen und Juden, die Staatsangehörigkeit abzuerkennen und die Wiedereinreise nach Polen zu verwehren. Als Reaktion darauf erließ Himmler am 26. Oktober ein Aufenthaltsverbot für polnische Jüdinnen und Juden und ordnete an, dass sie innerhalb von drei Tagen das Deutsche Reich zu verlassen hätten. In einer gezielten Großaktion nahm die Gestapo am 28. Oktober etwa 17 000 polnische Jüdinnen und Juden fest und verfrachtete sie an die polnische Grenze.

Da Polen die Einreise dieser Menschen verweigerte, irrten sie im Niemandsland und in den Grenzorten herum, ohne jede Hilfe, Lebensmittel, Obdach und sanitäre Möglichkeiten. Erst nachdem sich Polen und Deutschland nach einigen Tagen auf eine Verlängerung der Abschiebefrist verständigt hatten, brach Himmler die Aktion ab, und die Menschen wurden in Polen aufgenommen.

Es war diese kalt kalkulierte und brutale Maßnahme, die den jungen Herschel Grynszpan (1921–vermutlich 1942/43), dessen Eltern zu den Deportierten gehörten, am 7. November 1938 in Paris zum Attentat auf den deutschen Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath (1909–1938) trieb. Noch am selben Tag gab das Propagandaministerium die Weisung aus, dass alle Zeitungen „in größter Form über das Attentat" zu berichten hätten und die Nachricht „die erste Seite voll beherrschen" müsste. Es sei darauf zu achten, dass die Artikel nicht gegen Frankreich gerichtet würden, sondern „gegen das internationale jüdische Verbrechergesindel". Bereits am selben Abend kam es in Kassel zu den ersten antijüdischen Ausschreitungen, die sich am folgenden Tag in anderen hessischen Orten fortsetzten.



Am 28. Oktober 1938 verhaftet die deutsche Polizei schlagartig etwa 17 000 polnische Jüdinnen und Juden und deportiert sie an die polnische Grenze. Tagelang irren die Menschen ohne Lebensmittel und Unterkunft im Niemandsland, bis die polnische Regierung schließlich die Einreise erlaubt.

Novemberpogrom

Am Nachmittag des 9. November starb Ernst vom Rath. Abends saß wie üblich die Parteispitze der NSDAP im Alten Rathaussaal in München zusammen, um den Jahrestag des Putschversuches von 1923 zu feiern. Es ist nicht eindeutig geklärt, wann Hitler die Nachricht vom Tode vom Raths erhielt. Er besprach sich kurz mit Goebbels und verließ anschließend den Saal, woraufhin Goebbels gegen zehn Uhr eine antisemitische Hetzrede hielt. Die anwesenden Parteiführer verstanden richtig, dass damit das Signal zum Losschlagen gegen die jüdische Bevölkerung gegeben worden war, und telefonierten umgehend mit ihren regionalen Organisationen. Noch in derselben Nacht begannen die Schlägertrupps aus Partei und SA ihre Zerstörungsaktionen.

Was sich in den kommenden Stunden überall in Deutschland ereignete, übertraf an Brutalität, Vandalismus und Mordbereitschaft die bisherigen Pogrome bei Weitem. Vor aller Augen schlugen die Trupps Fensterscheiben ein, plünderten Geschäfte, schlugen deren jüdische Besitzer zusammen, drangen in Wohnungen von Jüdinnen und Juden ein, verwüsteten die Einrichtung, misshandelten die Bewohnerinnen und Bewohner und schreckten auch vor Mord nicht zurück. Auf offener Straße wurden zahlreiche Menschen buchstäblich zu Tode geprügelt. Es gibt bis heute keine genauen Zahlen über das ganze Ausmaß der Zerstörungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Körperverletzungen und Ermordungen in diesen Tagen. Heydrich selbst bezifferte die Schäden in einem Brief an Göring zwei Tage später auf 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesetzte oder sonst verwüstete Warenhäuser, 171 zertrümmerte Wohnhäuser und 191 angezündete Synagogen, von denen 76 vollständig zerstört wurden. Ferner seien elf jüdische Gemeindehäuser in Brand gesetzt, 36 Jüdinnen und Juden getötet und ebenso viele verletzt worden. Am 12. November gab Heydrich auf der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium mehr als 7500 verwüstete Geschäfte an. Die Zahl der während des Pogroms Ermordeten lag in Wirklichkeit bei mindestens hundert Personen. Hinzu kommen die zahlreichen jüdischen Menschen, die in den anschließenden Wochen in den Konzentrationslagern getötet wurden.

»Was sich in den kommenden Stunden überall in Deutschland ereignete, übertraf an Brutalität, Vandalismus und Mordbereitschaft die bisherigen Pogrome bei Weitem.«

Die SS und die Gestapo waren an dem Pogrom nicht von vornherein beteiligt. Erst kurz vor Mitternacht sandte Gestapo-Chef Heinrich Müller (1900–1945) an sämtliche Staatspolizeidienststellen

Novemberpogrom 1938



Am Morgen des 10. November 1938 brennt die Synagoge am Börneplatz in Frankfurt am Main lichterloh vor zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauern.



Einwohnerinnen und Einwohner der südhessischen Stadt Ober-Ramstadt sehen am Morgen des 10. November 1938 zu, wie die örtliche Synagoge brennt.



Blick in die ausgebrannte und eingestürzte Alte Synagoge in Aachen, vermutlich am 10. November 1938 aufgenommen



Während des Novemberpogroms werden tausende Geschäfte jüdischer Inhaberinnen und Inhaber zerstört und geplündert, wie hier das Stoff- und Kurzwarengeschäft der Brüder Karfiol in Magdeburg.



Das Foto zeigt die Zerstörung eines Geschäfts jüdischer Inhaber, wahrscheinlich in Fürth, unter Beobachtung von Schaulustigen, 10. November 1938.

ein geheimes Fernschreiben, in dem es hieß, dass „in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige Ausschreitungen unterbunden werden können." Zudem sollten etwa 20–30 000 vor allem vermögende Juden festgenommen werden. Heydrich bestätigte in einem Fernschreiben zwei Stunden später Müllers Befehl und wies sämtliche Gestapo- und SD-Stellen an, wohlhabende, männliche, nicht zu alte Juden zu verhaften und in die nächstgelegenen Konzentrationslager zu bringen.

Diese Verhaftungen gerieten in vielen Orten zu einem öffentlichen Schauspiel von Demütigung und Misshandlung. In Saarbrücken mussten sich die festgenommenen jüdischen Männer zu einem Zug formieren, einer erhielt eine Trommel um den Hals gehängt, ein zweiter Schlagbecken in die Hand. Singend und schlagend mussten sie durch die Straßen ziehen. Vor der Synagoge angekommen, wurden die Männer gezwungen, kniend religiöse Lieder zu singen und zu tanzen. Auf dem Rückweg zum Bahnhof bespritzte man sie an diesem Novembermorgen mit dem Wasserstrahl des städtischen Sprengwagens, bis sie in ihren Schlafanzügen, Nachthemden und Hosen völlig durchnässt waren. In kleineren Orten inszenierten die Parteigruppen den Abtransport der verhafteten Juden als regelrechte Umzüge durch die Stadt. Meistens begleitete eine Volksschar von Neugierigen den Zug, die den Marsch zum Bahnhof für die Opfer in einen Spießrutenlauf verwandelte. Als die verhafteten Frankfurter Juden zum Beispiel auf dem Südbahnhof eintrafen, empfing sie bereits eine johlende Menschenmenge, die sie mit Knüppeln und Stöcken verfolgte. Ganze Schulklassen wurden an manchen Orten aufgeboten, um das Schauspiel mitzuerleben und die Opfer anzuspucken oder zu schlagen.

Bis heute sind die Heftigkeit und Brutalität des Novemberpogroms nicht hinreichend erklärt. Den SA-Trupps konnte zwar der Befehl erteilt werden, selbst mitten in der Nacht Synagogen anzuzünden und Wohnungen zu zerstören. Aber eine derartige Zerstörungswut, wie sie während des Pogroms zutage trat, kann nicht befohlen werden. Neben antisemitischem Hass waren sicher auch die gewalttätigen Spannungen des Jahres 1938 für den Gewaltexzess verantwortlich. Der Novemberpogrom zielte nicht mehr nur auf die Diskriminierung und Isolierung der jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn, sondern auf deren Vertreibung und auf die Auslöschung der jüdischen Kultur in Deutschland.

Konsequenzen des Pogroms

Die NS-Führung war von dieser Explosion der Gewalt offenbar selbst überrascht und mühte sich, die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Noch am Morgen des 10. November gab das Propagandaministerium eine Presseanweisung heraus, dass Berichte über den Pogrom nicht groß aufgemacht



Jüdische Männer aus Baden-Baden werden nach dem Pogrom ins KZ Dachau verschleppt. Rechts oben ist ein Passant zu sehen, der das Geschehen fotografiert.

und keine Bilder veröffentlicht werden sollten. Um 20 Uhr übertrugen die Radiosender einen Aufruf, die Aktionen einzustellen, nachdem schon die Nachmittagszeitungen einen entsprechenden Artikel Goebbels' veröffentlicht hatten. In einem Blitzfernschreiben wies Heydrich die Gestapostellen an, in der Nacht mit der Ordnungspolizei Streifen zu organisieren, um weitere Aktionen zu verhindern. Allerdings sollten die Festnahmen von jüdischen Personen ohne Einschränkung fortgesetzt werden.

Hermann Göring machte zwei Tage später auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium, die eine Bilanz der Ereignisse ziehen sollte, aus seinem Unmut über die Aktionen keinen Hehl. Dabei bereiteten ihm weniger die Morde und die brutale Gewalt an Jüdinnen und Juden Sorgen als vielmehr die Zerstörung von Sachwerten. Er habe diese Demonstrationen satt, sagte er: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet." Als „Sühneleistung" legte Göring in einer Verordnung vom selben Tag der jüdischen Bevölkerung auf, eine Summe von einer Milliarde Reichsmark zu zahlen. Zudem hatten die jüdischen Gemeinden alle Schäden zu bezahlen und ihre Versicherungsansprüche an den Staat abzutreten, was insgesamt auf eine umfassende Enteignung der jüdischen Bevölkerung hinauslief. Heydrich berichtete auf der Konferenz, dass es der neu gegründeten Zentralstelle für jüdische Auswanderung unter Eichmann in Wien gelungen sei, 50 000 Jüdinnen und Juden „herauszubringen", und erhielt daraufhin von Göring die Genehmigung, eine ähnliche Zentrale auch für das Deutsche Reich zu errichten. „Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben", so Heydrich, „bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt."

Enteignung der jüdischen Bevölkerung

Tagebucheintrag von Mischael Rosenberg, Student der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt Würzburg

Mischael Rosenberg (1919–1986) war ab April 1937 in der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt in Würzburg, wo er die Ausschreitungen des 10. November 1938 miterlebte. Nach einwöchiger Haft wurde er aus dem Würzburger Gefängnis entlassen und wanderte im März 1939 nach Jerusalem aus.

„Donnerstag, 10. November

In der Nacht zu diesem Tag kam der „Lohn" für die Tat Grynszpans. Wir waren alle ruhig und nichtsahnend am Mittwoch Abend ins Bett gegangen; [hörten] im Radio noch die Nachricht von den Unruhen in Kassel, bei denen die Synagoge draufgegangen war, dachten jedoch mit keinem, auch nicht dem kleinsten Gedanken daran, daß uns etwas ähnliches auch nur treffen könnte. Die Nacht belehrte uns eines besseren. Um ½ 4 [Uhr] wurden wir geweckt – durch die Schläge, die die Haustür aufbrachen. Es war wie ein unangenehmer Traum, den ich zuerst abschütteln und nicht zur Wirklichkeit werden lassen wollte, der aber doch dann allzu grausame Wirklichkeit wurde.

Diese dumpfen, hohlen, das ganze Haus erschütternden, krachenden Schläge und diese wilden, drohenden, fürchterlich schreienden Stimmen werde ich nie im Leben vergessen, so wenig wie die darauf folgenden acht Tage. Dann krachte es, die Tür war auf – sie kamen. So um mein Leben habe ich noch nie gezittert, es waren fürchterliche Laute, dieses trapp-trapp, wie sie die Treppen heraufkamen und wie sie zu uns ins Zimmer traten. Ich hatte schon vom Leben Abschied genommen. Man jagte uns zunächst aus den Betten und dann begann das gräßlichste Werk einer bestialischen, unmenschlichen Zerstörungswut, ein Vandalismus ohnegleichen. Es blieb nicht ein Stückchen ganz im ganzen Zimmer, die Schränke, die Betten, die Waschschüssel, Spiegel, Stühle, Federkissen, Gläser, Türen – all dies bildete ein unbeschreibliches, grauenerregendes Tohuwabohu von Splittern, Scherben, zerbrochenen Stühlen, zertrümmerten Bettstellen, eingehauenen Türen, Kleidern und was sonst noch alles in einem Schlafsaal vorhanden ist. Es war fürchterlich, doch ein Dankgebet stieg zu Gott auf, als wir sahen, daß man uns nichts zu Leide tat, wenn auch Rufe „Diesmal die Möbel – nächstes Mal ihr" uns das Blut erstarren ließen. Nach einer 3/4 Stunde war so ziemlich alles vorbei – so dachten wir wenigstens [...].

Dann hörte man Neuigkeiten: Die Synagoge ist zerstört, alle Männer werden geholt usw. usw. Besonders schmerzlich traf uns die Nachricht von der Mißhandlung der Thorarollen. Vor nichts haben diese Menschen aber auch mehr Respekt. Überhaupt haben sie es in ganz Deutschland gerade auf Synagogen und Thorarollen abgesehen gehabt; sie wußten verdammt genau, wie sie uns treffen konnten. Das erfuhren wir aber erst Tage nachher. Gegen 7.00 [Uhr] schickten wir Leute zum Seminar [in der Sandbergerstraße]; dort schien es ruhig, doch ging's auch bald los. Dem Gebäude geschah nichts, doch brannten die Thorarollen sowie die gesamte wertvolle Lehrerbibliothek auf einem Scheiterhaufen vor dem Seminar. Mittelalter! Dieses eine Wort kennzeichnet die ganzen Geschehnisse blitzesartig.

[...] Es sollte noch lustiger werden. Die ganze Menge lauerte so ziemlich vor dem Haus, doch hielten wir die Türe fest geschlossen. Als wir gerade Hans hereinlassen wollten, kam das Unglück – es wäre wohl auch so gekommen: Die Menge, Gestapobeamte führten sie, drang ein; wir wurden teils in [Lehrer] Stolbergs Wohnung, teils in den Schlafsälen oben eingesperrt, doch wurden die uns von der Menge noch trennenden Türen ausgehängt und das Volk kam herein und „besichtigte" uns wie Tiere im Zoo: „Des san Jüden!", als ob sie noch nie im Leben welche gesehen hätten. Es waren fürchterliche Minuten.

Erst glaubte ich, wir hätten dies Stunden ausgehalten, doch erzählte man mir nachher, daß bis zur Verhaftung lediglich zehn Minuten vergangen waren. Dann wurden wir alle aufgestellt. [...] Es wurde ein richtiges Spießrutenlaufen durch diese wilde Volksmenge voll schrecklich keifender und quietschender Weiber und wir atmeten auf, als sich die Pforten des Gefängnisses hinter uns schlossen. Und nun begannen acht Tage, vor deren Wiederholung uns Gott schützen möchte.

Zuerst, wie gesagt, in der Zelle atmeten wir auf, da wir der festen Meinung waren, dies sei nur eine zu unserem Schutz ergriffene Maßnahme. Und so schliefen wir denn auch in der Nacht ruhig auf den Strohmatratzen des Gefängnisses."

Abgedruckt in: Roland Flade, Der Novemberpogrom von 1938 in Unterfranken. Vorgeschichte – Verlauf – Augenzeugenberichte, Würzburg 1988, S. 121 ff., zitiert nach: Thomas Goll, Die inszenierte Empörung. Der 9. November 1938, Bonn 2010, S. 26 f.



Porträtfoto Mischael Rosenbergs



Teile der NSDAP-Führung während der Reichstagssitzung in der Berliner Kroll-Oper am 30. Januar 1939, dem 6. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme. In der Rede, die er an diesem Tag hält, droht Hitler mit der Ermordung aller europäischen Jüdinnen und Juden, sollte ein weiterer Weltkrieg ausbrechen.

Ohne Zweifel hat eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Pogrom nicht gebilligt. Aber es war weniger die Gewalt gegen die jüdischen Opfer als vielmehr die Zerstörung von Geschäften, die im Zentrum der Kritik stand. Folgt man den zeitgenössischen Stimmungs- und Lageberichten, so fand eine „Vergeltung" für das Attentat auf Ernst vom Rath durchaus Zustimmung, wohingegen die Form dieser Vergeltungsaktion, nämlich die Zerstörungen und die exzessive Gewalt, auf zum Teil starke Ablehnung stieß. Dementsprechend wurde die „Sühneleistung" als „gerechte Strafe" angesehen. „Moralische Empfindungslosigkeit" gegenüber dem Schicksal der Juden nannte der israelische Historiker David Bankier diese Haltung.

Die Politik der forcierten Vertreibung wurde von Hitler ausdrücklich bekräftigt. Als oberster Grundsatz, so ließ Göring Anfang Dezember 1938 die Gauleiter, Oberpräsidenten und Reichsstatthalter wissen, habe nach Hitlers Weisung zu gelten: „An der Spitze aller unserer Überlegungen und Maßnahmen steht der Sinn, die Juden so rasch und so effektiv wie möglich ins Ausland abzuschieben, die Auswanderung mit allem Nachdruck zu forcieren, und hierbei all das wegzunehmen, was die Auswanderung hindert." Auf der Konferenz am 12. November im Reichsluftfahrtministerium hatte Göring bereits die künftige Linie der nationalsozialistischen Politik aufgezeigt: „Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."

Am 30. Januar 1939 hielt Hitler dann eine Rede vor dem Reichstag, in der er die europäischen Mächte aufforderte, für eine „Lösung der Judenfrage" zu sorgen, und endete mit der Drohung, falls es zum Krieg käme, werde das Ergebnis nicht die „Bolschewisierung der Erde", sondern die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" sein. Im März 1939 besetzte Deutschland unter Verletzung des „Münchener Abkommens" den restlichen Teil der Tschechischen Republik, errichtete das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren und führte sofort alle antijüdischen Verordnungen ein, die im Deutschen Reich galten. Adolf Eichmann wurde von der SS-Führung mit dem Auftrag nach Prag geschickt, „initiativ die Entfernung der Juden aus dem böhmisch-mährischen Raum und die Erfassung ihres Vermögens zu betreiben". Ein halbes Jahr später, im September 1939, überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus. Im Schatten des Krieges nahm die „Lösung der Judenfrage" nunmehr die Form des systematischen Massenmords an.

Hitler fordert die „Lösung der Judenfrage"

Die Fortsetzung dieser Ausgabe, IzpB 368 „Nationalsozialismus: Krieg und Holocaust", erscheint im Frühjahr 2027 und ist im Anschluss hier abrufbar:

www.bpb.de/581647

Literatur

Aly, Götz: Wie konnte das geschehen? Deutschland 1933–1945, Frankfurt am Main 2025, 766 S.

Benz, Wolfgang: Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler, München 2019, 556 S.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Band 1: Aufstieg, München 2023, 752 S.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Band 2: Diktatur, München 2023, 1083 S.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Band 3: Krieg, München 2023, 1151 S.

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Die Jahre der Vernichtung 1939–1945. Einbändige Sonderausgabe, München 2008, 1317 S.

Grüttner, Michael: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939, Stuttgart 2015, 607 S.

Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten?, München 2021, 302 S.

Kershaw, Ian: Hitler. Band 1: 1889–1936, München 2013, 972 S.

Kershaw, Ian: Hitler. Band 2: 1936–1945, München 2013, 1343 S.

Longerich, Peter: Unwillige Volksgenossen. Wie die Deutschen zum NS-Regime standen. Eine Stimmungsgeschichte, München 2025, 637 S.

Siemens, Daniel: Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2019, 589 S.

Steinbacher, Sybille (Hg.): Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007, 238 S.

Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2018, 926 S.

Wildt, Michael: Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945, München 2022, 638 S.

Internetquellen

Bundesarchiv: Themenseite und Quellensammlung zum Nationalsozialismus
www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/nationalsozialismus

Clio-Guide: Nationalsozialismus und Holocaust, umfassende Quellensammlung für Recherche und Lehre
guides.clio-online.de/guides/epochen/nationalsozialismus-und-holocaust/2024

Digitale Angebote der Gedenkstätte Deutscher Widerstand
www.gdw-berlin.de/vertiefung/online-angebote

Digitales Angebot der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Leichter Sprache
www.gdw-berlin.de/leichte-sprache/themen-bereiche

Erinnerungsorte für die Opfer des Nationalsozialismus
www.bpb.de/74847

Informationsportal über die Gedenkstätten in Deutschland zu den nationalsozialistischen Verbrechen
www.gedenkstaettenforum.de

Institut für Zeitgeschichte, München/Berlin: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition
www.mein-kampf-edition.de

Lebendiges Museum Online (LeMO): Zeitstrahl Die Weimarer Republik
www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik

Lebendiges Museum Online (LeMO): Zeitstrahl NS-Regime
www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime

Multimediales Angebot „NS-Zeit“
www.bpb.de/570504

Online-Dossier „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg“
www.bpb.de/39529

Online-Dossier „Schicksalsjahr 1938“
www.bpb.de/258890

Online-Enzyklopädie des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM)
encyclopedia.ushmm.org/de

Online-Lexikon des NS-Dokumentationszentrums in München
www.nsdoku.de/lexikon

Planet Wissen: Themenseite Nationalsozialismus
www.planet-wissen.de/geschichte/nationalsozialismus/index.html

Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus (1933–1945): Primärquellensammlung des Deutschen Historischen Instituts, Washington DC
germanhistorydocs.org/de/deutschland-nationalsozialismus-1933-1945

Topographie der Gewalt 1930–1938: Visualisierung dokumentierter antisemitischer Übergriffe auf Personen, Einrichtungen und Unternehmen
www.jmberlin.de/topographie-gewalt

Website der Arolsen Archives, dem weltweit größten Archiv über Opfer und Überlebende des Nationalsozialismus
www.arolsen-archives.org

Materialien

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ: Deutschland 1933 (4/2023). Online: www.bpb.de/517487

Dies.: Reihe einfach POLITIK: Nationalsozialismus. Seine Ziele, seine Herrschaft und seine Opfer, Bonn 2025. Online: www.bpb.de/507422

Dies: Reihe Infoaktuell: Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945 (38/2021). Online: www.bpb.de/344935

Dies.: Reihe Informationen zur politischen Bildung/izpb: Widerstand gegen den Nationalsozialismus (2/2016). Online: www.bpb.de/232813

Dies.: Reihe Spicker: Nationalsozialismus (Spicker Politik Nr. 42), Bonn 2026. Online: www.bpb.de/578407

Dies.: Reihe Themen und Materialien: Der 9. November. Schicksalstag der Deutschen, Bonn 2011. Online: www.bpb.de/75670

Dies.: Reihe Zeitbilder: Paul, Gerhard/Michael Wildt: Nationalsozialismus. Aufstieg–Macht–Niedergang–Nachgeschichte, Bonn 2023, 496 S.

Dies.: Reihe Zeitbilder: Rother, Rainer: Muster der Propaganda. Filme des Nationalsozialismus, Bonn 2026, 366 S.

Dies.: Reihe Zeitbilder: Rüther, Martin: „Und wir werden in alle Winde verstreut“. Ausgrenzung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung Kölns aus Perspektive der Betroffenen, Bonn 2024, 344 S.

Interaktives Lernangebot des Deutschen Historischen Museums
www.dhm.de/bildung/ida/nationalsozialismus

Lern- und Lehrmaterial des Anne Frank Zentrums in Berlin
www.annefrank.de/bildungsarbeit/lernmaterialien

Medienangebot von Planet Schule
www.planet-schule.de/schwerpunkt/nationalsozialismus-und-zweiter-weltkrieg/index.html

Online-Angebot und Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
www.lpb-bw.de/themen/geschichte/nationalsozialismus

Videoarchiv des Kölner NS-Dokumentationszentrums mit Zeitzeuginnen- und Zeitzeugen-Interviews
www.eg.nsdok.de

Der Autor

Michael Wildt, geb. 1954, absolvierte eine Lehre als Buchhändler und arbeitete mehrere Jahre im Rowohlt-Verlag. Von 1979 bis 1985 studierte er Geschichte, Soziologie, Kulturwissenschaften und Evangelische Theologie an der Universität Hamburg. Er promovierte mit einer Dissertation zur Konsumgeschichte der Bundesrepublik und war anschließend an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg tätig. Seit 1997 arbeitete er im Hamburger Institut für Sozialforschung und habilitierte 2001 mit einer Studie zum Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Von 2009 bis zur Emeritierung 2022 war er Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Kapiteleingangsbilder

Titelbild/Kapitel 1, S. 4: Am 13. Juni 1936 zeigen Arbeiter der Hamburger Werft Blohm & Voss beim Stapellauf des Marineschulschiffs „Horst Wessel“ den Hitlergruß – nur ein Mann macht nicht mit, sondern verschränkt die Arme vor der Brust.

Kapitel 2, S. 6: Parallel zu den Friedensverhandlungen in Versailles finden deutschlandweit Protestkundgebungen gegen die Abspaltung der deutschen Ostgebiete statt. Am 17. April 1919 ziehen Demonstrantinnen und Demonstranten über die Potsdamer Straße in Berlin.

Kapitel 3, S. 28: Adolf Hitler verlässt nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 das Hotel Kaiserhof in Berlin – und wird von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt.

Kapitel 4, S. 42: Während der Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936 hängt die Olympische Flagge prominent neben der Hakenkreuzflagge der NSDAP. Abendszene am 9. August 1936 an der Kreuzung der Straßen „Unter den Linden“ und „Friedrichstrasse“ in Berlin Mitte

Kapitel 5, S. 52: Nach der Machtübernahme der NSDAP richtet sich der nationalsozialistische Terror primär gegen politische Gegner wie die SPD und die KPD. Hier zu sehen ist das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin Mitte, seit 1926 die Parteizentrale der KPD, welche das Gebäude unter anderem mit antifaschistischen Bannern geschmückt hat. Anfang 1933 besetzt die SA das Gebäude und nennt es in Horst-Wessel-Haus um. Das hier gezeigte Foto ist auf Anfang 1933 datiert, vermutlich wurde es vor der Machtübernahme am 30. Januar 1933 aufgenommen.

Bildnachweise

akg-images
12: akg-images **52 (rechts):** akg-images/Pictures From History

mauritius images/Alamy Stock Photos
Titel + 04: mauritius images/Alamy Stock Photos/piemags **18:** mauritius images/Alamy Stock Photos/Graham Turner

Bundesarchiv
10 (oben rechts) + 17 (alle) + 21 (links, rechts) + 22 (links) + 27 (oben links, oben rechts, unten Mitte, unten rechts) + 33 (unten links) + 34 + 35 (unten) + 37 + 50 (links) + 51 (links) + 60 + 61 (oben) + 62 + 64 (rechts) + 70 (Mitte rechts) + 71: Bundesarchiv **29 (oben) + 33 (oben links, unten rechts) + 39 (oben):** Bundesarchiv/Georg Pahl **33 (oben rechts) + 59:** Bundesarchiv/Friedrich Franz Bauer **64 (links):** Bundesarchiv/Eugen Heilig **69:** Bundesarchiv/H. Großberger

bpk-Fotoarchiv/VG Bild-Kunst
7 + 20 + 43 (oben): bpk-Fotoarchiv/Heinrich Hoffmann **56:** © The Heartfield Community of Heirs/VG Bild-Kunst, Bonn 2026; Foto: bpk-Fotoarchiv

Deutsches Historisches Museum, Berlin
10 (unten links): Deutsches Historisches Museum, Berlin/Sammlung Haney, Berlin **22 (rechts) + 27 (oben Mitte) + 35 (oben) + 40 + 49 (links) + 51 (rechts):** Deutsches Historisches Museum, Berlin

Getty Images
42: Bettmann/Kontributor

INTERFOTO
5: INTERFOTO/TV-Yesterday

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich
65 (oben): Rep. 243 Nr. A 898 **65 (unten):** Rep. 243 Nr. A 898

Picture Alliance
6: SZ Photo | Scherl **8:** akg-images | akg-images **15 (oben):** SZ Photo | Scherl **15 (unten):** Photo12/Ann Ronan Picture Librar | – **28:** SZ Photo | Scherl **30:** SZ Photo | SZ Photo **36:** picture alliance/United Archives | 91050/United_Archives/TopFoto **39 (unten):** SZ Photo | Michael Hohe **41 (links):** SZ Photo | Scherl **41 (rechts):** SZ Photo | Scherl **47:** akg-images | akg-images **50 (rechts):** SZ Photo | Scherl **52 (links):** SZ Photo | Scherl **53:** SZ Photo | SZ Photo **57 (oben):** SZ Photo | Scherl **57 (unten links):** SZ Photo | Scherl **57 (unten rechts):** Fotoarchiv für Zeitgeschichte/Archiv | Fotoarchiv für Zeitgeschichte **58:** SZ Photo | SZ Photo **70 (oben links):** CPA Media Co. Ltd | – **70 (unten):** ASSOCIATED PRESS | Uncredited

Sammlung Gerhard Paul (Flensburg)
21 (Mitte) + 63: Sammlung Gerhard Paul (Flensburg)

ullstein bild
11: ullstein bild – Archiv Gerstenberg **19:** ullstein bild **25 (unten):** ullstein bild **29 (unten):** ADN-Bildarchiv **31:** Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl **38:** Archiv Gerstenberg **54:** Lothar Ruebelt **55:** Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl **73:** ullstein bild

United States Holocaust Memorial Museum
43 (unten): United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of National Archives and Records Administration, College Park, **70 (oben rechts):** United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Trudy Isenberg **70 (Mitte links):** United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Stadtarchiv Aachen

Weitere
25 (oben): Ballhause Archiv **27 (unten links):** Württembergische Landesbibliothek/Sammlung Zeit der Weltkriege, Signatur 3.1/69 **49 (rechts):** Norbert Leonard **61 (unten):** Deutsche Fotothek unter CC BY-SA 3.0, unveränderter Abdruck **67:** Stadtarchiv Hof, FF 7380 **72:** Staatsarchiv Kitzingen: StAKt, Gestapostelle Würzburg 11036

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309,
Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion: Laura Gerken, Luise Römer, Charlotte Wittenius (verantwortlich), Leon Wörmann (Volontär); alle bpb

Mitarbeit: Claudia Didczuneit, Martine Kunze-Marinow, Timo Jäckel, Muska Saber; alle bpb

Gutachten: Stefanie Peger, Markkleeberg

Umschlagrückseite: Synchronschwimmer GmbH, synchronschwimmer.net

Gesamtgestaltung: Synchronschwimmer GmbH, synchronschwimmer.net

Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG, 47608 Geldern

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.09.2026

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.
Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.
Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.
Wir danken allen Lizenzgebern für die freundlich erteilte Abdruckgenehmigung.
Die Inhalte der im Text, in den Anmerkungen und Literaturhinweisen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die bpb sowie der Autor keine Haftung.

Anforderungen

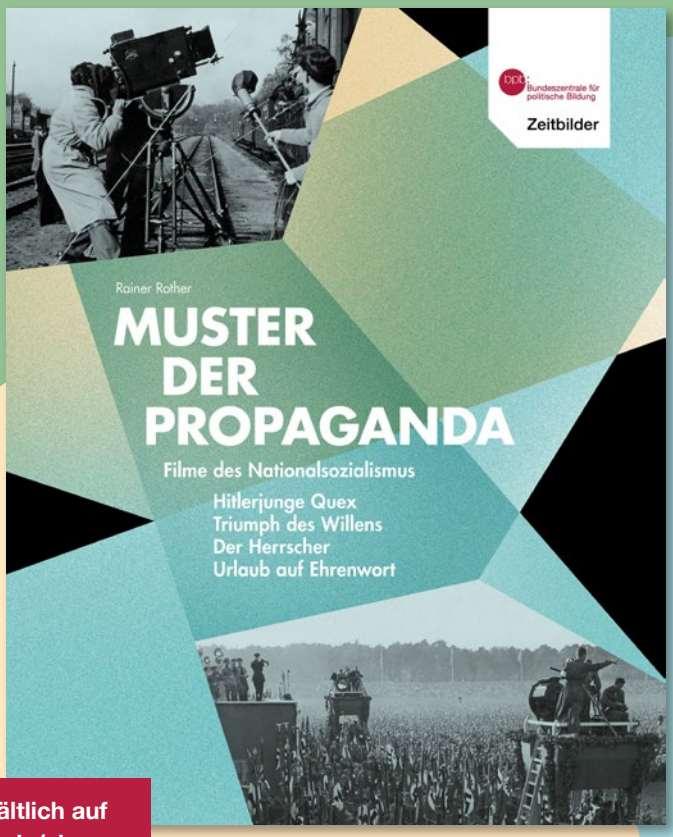
bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten können unter folgendem Link vorgenommen werden: www.bpb.de/541048

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)**
steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0
Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Muster der Propaganda

Filme des Nationalsozialismus

Für die Nationalsozialisten stellte das neue Medium Tonfilm ein zentrales Propagandainstrument dar. Die Filmindustrie wurde nach der Machtübernahme rasch auf Linie gebracht, jüdische und politisch missliebige Künstler wurden entlassen und verfolgt. Die Produktion wurde vollständig in den Dienst des Regimes gestellt. Dabei bilden die ab 1933 entstandenen Filme keinen einheitlichen Bestand. Scheinbar unpolitische Unterhaltungsfilme erfüllten ebenso eine ideologische Funktion wie Filme mit expliziter propagandistischer Aussage.

Rainer Rother analysiert vier beispielhafte Filme des Nationalsozialismus aus der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges: Hitlerjunge Quex (1933), Triumph des Willens (1935), Der Herrscher (1937) und Urlaub auf Ehrenwort (1938). Diese Filme zeigen, wie die NS-Propaganda Führerstaat und „Volksgemeinschaft“ verherrlichte, Geschichte umdeutete und Feindbilder konstruierte. Der Autor erläutert den jeweiligen Entstehungskontext und analysiert die Botschaften sowie die erzählerischen und ästhetischen Strategien der Filme. So legt er Mechanismen der Manipulation offen, die nicht nur die vorgestellten Beispiele prägten, sondern die nationalsozialistische Propaganda insgesamt.

Erhältlich auf bpb.de/shop

Zeitbilder | Muster der Propaganda
Bestell-Nr. 3915 | 7,50€
www.bpb.de/575864

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de